

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlen. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Ostpreußen, Litauen, Estland, Lettland, 4,50 Reichsmark, für das Abreise Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erläuterung und Kleinanzeigen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 16. Juli 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Das Aufwertungsgesetz beschlossen!

Vergeblicher Appell an „den Retter“ Hindenburg.

Erregte Szenen, bei denen es etwas laut zugeht, sind in Parlamenten häufig. Große Spannungen sind selten. Eine solche große Spannung erlebte gestern in später Stunde der Reichstag, als der Abgeordnete Best und die völkische Fraktion das Verlangen aussprachen, die Verkündung des Aufwertungsgesetzes, das soeben die dritte Lesung passiert hatte, auszusetzen und als die Sozialdemokraten durch Genossen Keil ihre Zustimmung zu diesem Verlangen erklärten.

Die Spannung stieg aufs höchste, als der Reichspräsident das Ergebnis der Abstimmung verkündete. Es hatten 169 Abgeordnete für die Aussetzung gestimmt, 249 gegen sie. Damit war das Drittel des Reichstags, das verfassungsmäßig die Aussetzung der Verkündung eines Gesetzes um zwei Monate verlangen kann, erreicht. Sowohl ein Drittel der anwesenden Abgeordneten, als auch zugleich ein Drittel aller Mitglieder des Hauses hatten sich damit dem Verlangen angeschlossen. Damit war in völlig zweifelsfreier Weise die Entscheidung an den Reichspräsidenten v. Hindenburg übergegangen.

In ihren Artikeln 72 und 73 bestimmt die Verfassung, die in diesem Fall zum erstenmal in Anwendung gebracht wurden, folgendes:

Die Verkündung eines Reichsgesetzes ist um zwei Monate auszusetzen, wenn es ein Drittel des Reichstags verlangt. Gesetze, die der Reichstag und der Reichsrat für dringlich erklären, kann der Reichspräsident ungeachtet dieses Verlangens verkünden.

Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündung zum Volkssentscheid zu bringen, wenn der Reichspräsident binnen eines Monats es bestimmt.

Ein Gesetz, dessen Verkündung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstags ausgesetzt ist, ist dem Volkssentscheid zu unterbreiten, wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten es beantragt.

Die Anregung, diese Artikel der Verfassung in Gang zu bringen, war, wie schon gesagt, von den Völkischen, also den heißblütigsten Vorkämpfern der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, ausgegangen. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten glaubten, sich ihr nicht verschließen zu dürfen. Und das um so weniger, als der Reichspräsident v. Hindenburg selbst beim Empfang der Sparer- und Gläubigerorganisationen am 24. Juni Hoffnungen erweckt hatte, von denen sich nun zeigen sollte, ob sie standhalten würden. Damals führte der gegenwärtige Herr Reichspräsident aus:

„Ich danke Ihnen, meine Herren, für die sehr interessanten Ausführungen. Im großen und ganzen stehe ich diesen Fragen ja fern, aber besonders habe ich mich stets interessiert für die Lage der armen, alten Rentner. Ich glaube auch, daß die frühere Reichsregierung ihren Worten nicht untreu gewesen ist, wenn auch ich nicht die Verantwortung gehabt habe. Ich habe ja auch Bedenken, daß ein Mann, der 10 000 M. Vermögen gehabt hat, nur mit 15 Proz. ausgewertet werden soll, ebenso wie ein Millionär. Denn dieser kann davon existieren, während der andere es nicht kann. Ich habe selbst mein Vermögen verloren und kann daher die Notlage dieser Leute verstehen. Wenn ich meine Pension nicht gehabt hätte — und sie war ja ausreichend —, hätte ich auch hungern müssen. Ich bitte Sie daher, mir Ihre Wünsche noch einmal kurz schriftlich einzureichen. Das letzte Wort in dieser Frage ist noch nicht gesprochen. Ich werde erst das fertige Gesetz abwarten, bevor ich meine Entscheidung fasse. Denn Sie wissen ja, ich muß als alter Soldat mir die Freiheit meines Handelns wahren.“

Dazu erlaubte mir uns schon damals zu bemerken:

Nach diesen Ausführungen muß man annehmen, daß der Reichspräsident in der Aufwertungsfrage eine große Aktion gegen die Rechtsregierung plant und gegen das Aufwertungsstimmversprechen an das Volk appellieren will.

So und nicht anders wurde denn auch die Ansprache Herrn v. Hindenburgs von den Massen der Sparer und Hypothekengläubiger verstanden. Diese Massen hatten ja zweifellos in ihrer überwältigenden Mehrheit Herrn v. Hindenburg als „den Retter“ zum Reichspräsidenten gewählt. Ihre Hoffnung, daß ihnen im Reichspräsidenten nun wirklich „der Retter“ ersehen werde, wurde durch dessen Ansprache am 24. Juni mächtig befestigt. Durch sie wurden Herr Best und die Völkischen offenbar erst dazu ermutigt, durch Inanspruchnahme des Artikels 72 der Verfassung an dem Reichspräsidenten als „den Retter“ zu appellieren.

Die Sozialdemokratie sah keinen Grund, sich diesem Experiment zu widersetzen.

Wie aber geht nun die Geschichte weiter?

Der Reichstag hat in seiner Mehrheit das Aufwertungsgesetz für dringlich erklärt. Das Gleiche hatte der Reichsrat schon vorfolglich getan, noch ehe über das völkische Verlangen abgestimmt worden war. Es sind also die Voraussetzungen erfüllt, unter denen der Reichspräsident sich über das Verlangen nach Aufschub hinwegsetzen und das Gesetz verkünden kann — nicht muß!

Was wird der Reichspräsident tun? Diejenigen, die ihre Hoffnungen auf ihn gesetzt hatten, werden sehr rasch enttäuscht sein. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir erklären, daß das „Reichsgesetzblatt“ mit dem Aufwertungsgesetz schon unter der Presse ist, und daß die Verkündung durch den Reichspräsidenten schon so gut wie eine vollzogene Tatsache ist.

Damit endet der Entstehungsprozess des Aufwertungsgesetzes, wie er begann, als ein großes Kapitel politischen Anschauungsunterrichts.

Der Kampf um die Aufwertung hinterläßt auf der Rechten Ruinen, bei ihren betrogenen Anhängern ein Trümmerfeld zerfallener Illusionen. Millionen, die aus einem Rausch erwacht sind, beginnen sich in der harten Wirklichkeit langsam zurechtzufinden. Sie werden erkennen, daß Deutschland eine demokratische Republik ist und nichts anderes mehr sein kann, und daß es auch für sie gilt, in dieser Republik den Kampf gegen den Geist des Großkapitalismus zu führen, der bei der Verabschiedung des Aufwertungsgesetzes einen Pyrrhussieg erstritten hat.

Wir geben hier die Erklärung wieder, mit der Genosse Keil bei der Gesamtstimmung die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion begründete. Den Bericht über die weiteren bewegten Verhandlungen finden unsere Leser in der Beilage dieses Blattes.

Abg. Keil (Soz.):

Wenn der § 88 angenommen sein wird, stehen wir vor der Schlussabstimmung über das ganze Gesetz. Ich beantrage, diese Abstimmung als namentliche Abstimmung vorzunehmen, und habe im Namen meiner Fraktion zur Schlussabstimmung die folgende Erklärung abzugeben:

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat bei ihrer Stellungnahme zur Aufwertungsfrage das Ziel verfolgt, die entwerteten Papiermarkenansprüche in dem Maße aufzuwerten, in dem es ohne Gefährdung der neuen Währung und ohne Erschütterung des Wirtschaftslebens möglich ist. Sie hat dabei den Gedanken in den Vordergrund gestellt, daß am wirksamsten dort geholfen werden muß, wo die Not am größten ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Für die Sicherung der Lebensmöglichkeit der infolge Krieg und Inflation verarmten Volksschichten haben jene Kreise Opfer zu bringen, die trotz Kriegsalderlage und Massenverarmung reich geworden oder reich geblieben sind. (Sehr richtig! bei den Soz. — Lachen und Zurufe rechts.)

Bei der Vertretung dieser Auffassung ist die sozialdemokratische Fraktion auf den

Widerstand der Regierungsparteien

gestoßen. (Sehr richtig! bei den Soz. — Lachen und Zurufe rechts.)

Unter dem Vorwand der Wahrung wirtschaftlicher Allgemeininteressen sind den Schuldnern große Vorteile auf Kosten ihrer Gläubiger gewährt worden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der schematische Höchstsatz von 25 Proz. für die Aufwertung von Vermögensanlagen bleibt weit hinter der allgemeinen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zurück und drückt das Siegel der Gefährdung unter ungerechtfertigter Berücksichtigung zahlungsfähiger Schuldner. Die ganze Ausgestaltung der Aufwertungsmaßnahmen im einzelnen ist diktiert von der Sorge für das Wohlergehen des schuldnerischen Sachwertbesitzes. Die Interessen des verarmten Gläubigers haben die gebührende Berücksichtigung nicht erfahren. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die Begünstigung des Hypothekenschuldners hat zugleich die Folge, daß die Besitzer von Pfandbriefen, Versicherungsansprüchen und Sparguthaben mit dürftigen Bruchteilen ihrer Ansprüche abgefunden werden. (Erneute Zustimmung bei den Soz.) Der systematische Schutz, den die Regierung und die Regierungsparteien den Kugelhörnern der Kriegs- und Inflationskatastrophe gewähren, fand seinen kräftigsten Ausdruck in der Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge auf Erhebung einer Sondersteuer von den erhaltengebliebenen, gewachsenen und neugebildeten Vermögen. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Folge hiervon ist, daß die Aufwertung der öffentlichen Anleihen eine Gestaltung bekommen hat, die von den Anleihegeheimern als Hoßn empfunden wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das berechnete

Verlangen der verarmten Anleihebesitzer nach Wiederaufnahme des Zinsendienstes bleibt unerfüllt. Dafür wird ein geringwertiges neues Loospapier ausgegeben, das nicht selten erst zur Auslösung gelangen wird, wenn der hungernde Gläubiger längst gestorben ist. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Auch die Sparkassen und die Träger der Reichsversicherung können erst in einer ungewissen Zukunft auf die Rückzahlung kleiner Teile ihrer dem Reich zur Verfügung gestellten Vermögen rechnen. Der kleine und kleinste Anleihebesitzer wird mit Prozentsätzen abgefunden, die das soziale Empfinden verletzen. Eine freigelegte Aufwertung erklärt allein das Spekulantentum.

Es hat die Hochflut der Inflation dazu ausgenützt, mit Bruchteilen von Goldpfennigen große Anleihebestände zu erwerben. Jetzt werden diese Anleihen auf ein Vielfaches des Erwerbspreises aufgemert. (Hört! Hört! bei den Soz.) Die Forderung der Sozialdemokratie nach völliger Ausschließung der Spekulanten von der Aufwertung ist von der Regierung und den Regierungsparteien abgelehnt worden. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Die Aufwertungsgesetze sind nicht das Ergebnis eines sachlichen Meinungsaustausches zwischen Regierungsmehrheit und Opposition. (Oh! rechts.) Sie beruhen vielmehr auf Sonderabmachungen der Regierungsparteien, von denen die Opposition ausgeschlossen war. (Lebhafte Rufe links: Hört! Hört! — Zurufe rechts.) Alle Verbesserungsanträge der sozialdemokratischen Fraktion wurden wie im Ausschuss, so auch im Plenum ohne sachliche Würdigung niedergestimmt. (Sehr wahr! links. — Unruhe und Zurufe rechts.)

Die Gesetze stehen in schroffem Widerspruch zu den Verprechungen, die den Wählern gegeben worden sind.

Die Gesetze sind von demselben Geist erfüllt, den die Zoll- und Steuerpolitik der Rechtsregierung atmet. Diese Politik dient dem Schutze des Großkapitals (Sehr wahr! bei den Soz.), sie belastet die proletarischen Volksmassen und sie enteignet weite Kreise des ehemaligen Mittelstandes zugunsten einer kleinen Schicht von Inflationsgewinnlern. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. — Widerspruch rechts.)

Die sozialdemokratische Fraktion lehnt jede Verantwortung für eine solche Politik ab, indem sie gegen die Aufwertungsgesetze stimmt.

(Starker Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Regierungsmehrheit wird die Gesetze annehmen. (Rufe rechts: Jawohl!) Ist das geschehen, dann können sich die Hoffnungen der Gläubiger und Sparer nur noch auf den Reichspräsidenten Hindenburg richten. Artikel 73 Absatz 1 der Reichsverfassung lautet:

Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündung zum Volkssentscheid zu bringen, wenn der Reichspräsident binnen eines Monats es bestimmt.

Die Verfassung der Deutschen Republik gibt also dem Reichspräsidenten Hindenburg die Möglichkeit, das Volk selbst über die Aufwertungsgesetze entscheiden zu lassen. Die völkische Freiheitspartei will durch den Vorhina vom Herrn Präsidenten bekanntgegebenen Antrag den Reichspräsidenten in feierlicher Form auf die von der Verfassung ihm zuerkannten Rechte aufmerksam machen. Dieser Antrag verlangt in Anwendung des Artikels 72 der Reichsverfassung, daß die Verkündung der Aufwertungsgesetze um 2 Monate ausgesetzt wird. Die sozialdemokratische Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. Falls ein Drittel des Reichstags dem Antrag zustimmt, darf die Verkündung nicht vor dem Ablauf von zwei Monaten erfolgen. Die Rechtsregierung ändert sich, wenn die Mehrheit des Reichstags die Gesetze für dringlich erklärt. Ein solcher Antrag liegt vor. Wird dieser Antrag angenommen, so ist der Reichspräsident nicht gemäß Artikel 70 der Reichsverfassung verpflichtet, das Gesetz binnen Monatsfrist zu verkünden, sondern er ist gemäß Artikel 72

in seiner Entscheidung völlig frei.

Er kann es verkünden. Er kann auch die Verkündung aussetzen, um den Antrag von mindestens einem Zwanzigstel der Stimmberechtigten auf Vornahme einer Volksabstimmung abzuwarten. Er kann aber auch selbst auf Grund des Artikels 73 der Reichsverfassung bestimmen, daß das Gesetz zur Volksabstimmung gebracht wird. Dies kann er auch dann, wenn der Antrag auf Aussetzung der Verkündung nicht von einem Drittel des Reichstags unterstützt werden sollte.

Bei dem großen Vertrauen, das die völkische Freiheitspartei dem Reichspräsidenten Hindenburg wie bei seiner Wahl, so auch jetzt noch entgegenbringt, wird man annehmen dürfen, daß sie ihren Antrag nicht gestellt haben würde, wenn sie des Erfolges nicht sicher wäre. Mit größter Spannung sieht also das deutsche Volk und sehen vor allem die Gläubiger und Sparer der Entscheidung des Reichspräsidenten entgegen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Sonnabend Antwort an Briand.

Einigung im Reichskabinett.

Ueber den gestrigen Kabinettsrat wurde folgender offizieller Bericht ausgegeben:

Das Reichskabinett ist vormittag 11 Uhr zu der angekündigten Beratung der Antwort auf die französische Note vom 16. Juni betr. den Abschluß eines Sicherheitspactes zusammengetreten. In der Sitzung, die bis gegen 2 Uhr nachmittags andauerte, hat sich das Reichskabinett auf einen Entwurf der Antwort geeinigt. Die Schlussredaktion wird erfolgen, sobald die Fühlungnahme mit dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages und den Ministerpräsidenten der Länder stattgefunden hat.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages wird den Auswärtigen Ausschuss auf Freitag, den 17. Juli, vormittags, einberufen; die Ministerpräsidenten der Länder sind auf Freitag nachmittag 5 Uhr nach Berlin geladen worden.

Die Ablehnung der Note ist für Sonnabend in Aussicht genommen. Die Veröffentlichung des Wortlautes wird gleichzeitig in Berlin und Paris am Dienstag erfolgen.

Man darf einigermaßen darauf gespannt sein, auf welcher Grundlage eine Einigung im Kabinett erzielt werden konnte. Hat der Außenminister Stresemann seinem Kollegen Schiele Zugeständnisse nur in der Form oder auch in der Sache machen müssen? Wenn die deutsche Antwort weitere Verhandlungen ermöglichen soll — und das war ja bisher die Absicht des Auswärtigen Amtes —, dann wird sie allerdings so gehalten sein müssen, daß die Deutschnationalen sie nicht billigen können. Denn der letzte deutschnationalen Standpunkt, so wie ihn Graf Westarp in der Presse formuliert, ging doch dahin, daß es sich bisher nur um unvorläufige Vorverhandlungen gehandelt hätte, die durch die Note Briands hinfällig geworden wären und denen man keine konkreten Folgen geben sollte.

Wenn dieses Dokument, wie anzunehmen ist, den Zweck verfolgt, die bisherigen Verhandlungen fortzusetzen, dann muß es selbstverständlich von dem Inhalt des deutschen Angebots, d. h. vom Memorandum des 9. Februar ausgehen; mit anderen Worten, dann muß es die grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Ausdruck bringen, sowohl die Versaillesgrenzen im Westen zu garantieren (Verzicht auf Elsaß-Lothringen), wie auch dem Völkerverbund beizutreten. Ist aber diese prinzipielle Bereitwilligkeit durch einen einmütigen Beschluß des Kabinetts noch einmal unterstrichen, dann gibt es für die Deutschnationalen kein Zurück mehr, dann wird die „Deutsche Zeitung“ nicht mehr allein gegen Stresemann, sondern auch gegen Schiele Anklageerhebung wegen Hochverrats fordern müssen!

Agrarenquete und Reichspolitik.

Die neue Niederlage des Ernährungsministers.

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Agrarenquete, die auf Veranlassung des Reichstages durch sechs Sachverständige veranstaltet wurde, stellen eine glatte Niederlage des Reichsernährungsministers dar. Die Gesamtheit des Ausschusses hat nämlich erklärt, daß das Mißverhältnis zwischen den Preisen der Agrarprodukte und den Produktionskosten der Landwirtschaft nicht mehr besteht. Ein Teil der Sachverständigen hat sich daher auch gegen Getreidezölle ausgesprochen; wenn die Mehrheit des Ausschusses trotzdem, obwohl sie die These von der Notlage der Landwirtschaft ablehnte, Schutzzölle für notwendig hielt, so geschah das teils aus dem Hang an überkommenen Wirtschaftsprinzipien, teils mit Rücksicht auf Umstände, die mit der Zollfrage selbst nichts zu tun haben. Denn wenn die Umsatzzölle der Landwirtschaft schwer belastet, dann muß sie eben abgeschafft werden. Die agrarischen Vertreter im Parlament wehren sich jedoch dagegen. Und wenn auf der anderen Seite die Industriezölle einen Ausgleich bei der Landwirtschaft erforderlich machen sollen, so kann das nur des-

halb geschehen, weil die Agrarier ihrerseits den Wechsel auf Industriezölle quergeschrieben haben und infolgedessen erst einmal ihre Zusage erfüllen, um sich unter allen Umständen den Anspruch auf diesen famosen Ausgleich sicherzustellen. Mit Logik hat also die Stellungnahme derjenigen Gelehrten, die Agrarzölle fordern, obwohl ihre Notwendigkeit erst mit Zustimmung der Agrarier künstlich geschaffen wird, nicht übermäßig viel zu tun.

Tropdem sind die Ergebnisse der Erhebung für die Arbeiterschaft von großem Wert. Erst vor einigen Tagen hat der Deutschnationalen und Landbauführer Schlange-Schönigen die Behauptung aufgestellt, daß die Landwirtschaft Zölle brauche, um ihre Kredite zurückzahlen zu können. Jetzt stellt sich heraus, daß nur 5 Proz. der kurzfristigen Schulden der Landwirtschaft in der nächsten Ernte fällig werden. Wenn nun die Ernte in diesem Jahr nur einigermaßen das hält, was die Aussichten versprechen, so sind diese 5 Proz. glatt aus dem Uberschuß der Ernteerträge über die bisherigen Normalerträge zu bezahlen. Diese Feststellung ist von größter Wichtigkeit, denn sie bringt eines der schwersten Argumente der Agrarier für den Schutz Zoll zu Fall.

Bezeichnend ist, daß die Enquete keinesfalls Mindestzölle gefordert hat. Die Forderungen des Ernährungsministeriums, die auf die Wiedereinführung von Mindestzöllen auf Getreide hinauslaufen, erledigen sich dadurch von selbst. Es steht jetzt mit aller wünschenswerten Eindeutigkeit fest, daß wissenschaftliche Gründe nicht einmal mehr von den schutzollfreundlichen Agrarsachverständigen für die Mindestzölle geltend gemacht werden können.

Die Mindestzölle, die die Nahrung der Armen, das Brot, belasten, sind es aber, die in allererster Linie bekämpft werden müssen. Die Agrarsachverständigen haben hierzu in dem Bericht, den wir an anderer Stelle wiedergeben, die Feststellung gemacht, daß die Rückwirkung der Zölle auf die soziale Lage — Lebensmittelteuerung mit allen ihren Folgen — unvermeidlich sei! Das ist ja an sich eine Selbstverständlichkeit, wird aber von einzelnen Agrariern immer wieder bestritten.

Würde der Zollkampf mit wissenschaftlichen Gründen ausgekämpft werden, er wäre längst erledigt. Es ist aber ein politischer Machtkampf, in dem die Arbeitnehmer aller Berufe alle Kräfte aufbieten müssen, um das drohende Unheil abzuwehren. Den Schutzöllern ist durch die unparteiische Erhebung der Getreideenquete-Kommission der letzte Wind aus den Segeln genommen; es kommt nun darauf an, ihre hinterhältige, nur den Großagrariern und kleinen Gruppen der Industrie dienende Politik als das zu entlarven, was sie wirklich ist: als einen durch volkswirtschaftliche Gründe nicht mehr zu rechtfertigenden Raubzug auf die Minderbemittelten.

Kommunistischer Parteitag.

Ruth Fischers Abrechnung.

Bis zum gestrigen Mittag schleppte sich die Diskussion über das Referat Götsche über die Organisation der Parteiarbeit träge hin. Mehrere Redner gestanden, daß mit der Zellenarbeit nicht viel erreicht worden sei. Ein Delegierter aus Offenbach meinte, ohne die Straßenorganisation komme man nicht aus, „wir haben ja dazu kaum Leute genug“. Ein Redner aus Solingen erklärte, für die Zellenorganisation beständen in den für die Kommunisten günstigen Gebieten die größten Schwierigkeiten. Die Mehrzahl der Genossen könnten nach Arbeitsluß nicht mehr in den Betrieben gehalten werden, um noch längere Referate zu hören. Wieder andere Delegierte beschwerten sich darüber, daß man über ein Organisationsstatut diskutiere, das von der Kommission noch gar nicht fertiggestellt sei. Dann kam Götsche zum Schlusswort. Da der „Vorwärts“ sich erlaubt hatte, die Interesslosigkeit der Delegierten bei seinen Ausführungen zu schildern, so nahm er jetzt kräftige Rache. Wenn die Revolution ausbreche, so rief er, werde die Partei sich wieder des „Vorwärts“-Gebäudes und der „Vorwärts“-Redaktion erinnern. Nachdem er mit diesem Schwur den ge-

hörigen Applaus geerntet hatte, nahmen die Delegierten die ihnen vorgelegte Resolution einstimmig an. Das Organisationsstatut soll noch folgen.

Am Nachmittag kam das Bilanzstück des Parteitages. Ruth Fischer rechnete ab: mit den linken Sozialdemokraten, mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand, mit den Kapitalisten, mit den Imperialisten, mit den Rechten, mit den „Ultraslinken“ und dann wieder mit den Sozialdemokraten. Zuerst gab sie die übliche „Analyse“. Der Dames-Plan habe Deutschland zu einer Kolonie gemacht. Der Garantiepakt garantiere nichts anderes als neue Kriegsgefahren. Die Räumung der Ruhr, immerhin ein Ergebnis der Londoner Abmachungen, definierte sie also: „Wenn man durch den Sicherheitspakt die Möglichkeit der Besetzung ganz Deutschlands erhält, dann räumt man auch leicht das Ruhrgebiet“. Die Stabilisierung, so behauptete sie weiter, komme langsam ins Schwanken. Unter diesen Umständen brauche die deutsche Bourgeoisie im Innern Ruhe und Ordnung, d. h. die Niederknüpfung der Arbeiter und dabei helfe ihr die Sozialdemokratie. Der Kampf gegen die Monarchie sei eine der vornehmsten Aufgaben der kommunistischen Partei. Leider kommt diese Erkenntnis ein wenig reichlich zu spät, nachdem nämlich die Kommunisten erst die Deutschnationalen im Preussischen Landtag unterstützten und Hindenburg zum Siege verholfen hatte.

Auf die „Analyse“ folgte die Abrechnung mit den Feinden im eigenen Lager, mit den Scholern, Ernst Meyer, Kap. Dr. Korsch, Dr. Rosenberg. Wer von ihnen zur Rechten, wer zu den „Ultraslinken“ gehört, war freilich nicht recht auseinanderzuhalten. Vor der endgültigen Abrechnung nahm Ruth Fischer erst eine kleine Leichenschändung vor, indem sie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vorwarf, sie hätten „schwere Irrtümer“ hinterlassen, von denen sich die Kommunisten erst freimachen müßten. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hätten sich von der Sozialdemokratie getrennt, aber welche Ueberheblichkeit von einer Ruth Fischer, sich zum Richter über die beiden aufzuwerfen! Die „Ultraslinken“ kamen freilich noch schlechter weg. Werner Schollem, so meinte die Fischer, gehöre neben Kurt Rosenfeld, der „Typus Schollem“ wolle nur Versammlungen abhalten und Mitglieder werben. Das aber sei „sozialdemokratisch“. Hier treten die „Ultraslinken“ schüchtern auf, aber wenn sie mit ihren Kollegen, den Boris, Kolf usw., zusammen sind, dann schmieden sie Komplote gegen die Partei.

„Wir werden Euch genau so erbarmungslos maßregeln, wie Ihr die Brandler gemahregelt habt.“

schrie sie ihnen zu. Und dann zeigte sie, in Abteilungen gegliedert, die „Grundfehler“ auf, die sowohl in Sachten wie in Preußen gemacht worden seien. Daraus zog sie die Schlussfolgerung: die kommunistische Partei sei auf den bewaffneten Kampf und den Bürgerkrieg eingestellt, das sei ein unüberleglicher Programmpunkt. Die wichtigste Aufgabe der kommunistischen Partei sei es, jetzt den Kampf gegen die „Ultraslinken“ rücksichtslos durchzuführen. Wenn man nicht jede Minute ausnütze, werde es sich später bitter rächen. Zum Schluß der Appell an die „schwierige Faust“ (!) Man müsse die Stimme der Arbeiter zur Geltung bringen, sie müsse bis zur Zentrale dringen. Offenbar hält Ruth Fischer sich selbst für das Gefäß, das „die Stimme der Arbeiter“ auffangen soll. Wie lange, und auch Ruth Fischer wird zu denen gehören, die von ihren heutigen Mitkämpfern abgelöst werden!

Die große Mehrzahl der Delegierten spendete „stürmischen Beifall“. Der „Typus Schollem“ aber verhielt sich bis auf einen Zwischenruf still, heute soll er nach einem Referat Thälmanns über die Gewerkschaftsfrage etwas länger zur Diskussion sprechen dürfen.

Die Räumungsfrage im Unterhaus.

London, 15. Juli (W.Z.) Webwood Benn fragte, wann beabsichtigt sei, die Besetzung Düsseldorf, Ruhrorts und Duisburgs durch die alliierten Truppen zu beenden. Chamberlain erwiderte, die drei Städte seien augenblicklich von französischen und belgischen Truppen besetzt und er habe keine Information, wann beabsichtigt sei, sie zu räumen.

Curt Grottel.

Zum 20. Todestag.

Am 16. Juli 1905, also gerade vor zwanzig Jahren, zogen die grünen Finger wuchernder Wasserpflanzen unseren Freund Curt Grottel in die Tiefe der Rüggelehelmer Krämpfe. Der „weiße“ märkische See, in dessen Naturgeheimnis er uns geleitete, führte ihn in das ewige Geheimnis des Todes. Mit tiefer Behmüt gedanke ich seines begeisterungsvollen Hymnus auf die weichen Seen der Ostsee: „Manchen See sah ich auf meinen Wanderungen... den azurblauen Gardsee und den dunkleren Ammersee, die lieblichen Seehe Fränklands und den vornehmen Bierwaldstättersee. Aber ich kann nicht sagen, daß ich euch weniger liebte, ihr klaren, weichen Seen der Ostsee, mit eurer unendlichen Sehnsucht und eurem stillen Heimweh, mit euren melancholischen Kiefernwaldern, deren dunkle Schatten euch einschließen und abschließen von allem Lärm der Welt.“ Er hatte ihn in Rüggelehelme gefunden — den See, der ihn von der lernenden, kapitalistischen Welt abschloß. Was hat er diese veräuferte kapitalistische Zivilisation gehaßt, die unseren Körper mit tausend überflüssigen Dingen behängt, um mit ihnen unsere Seele völlig zu erdrücken. Den Ruf zum Boeten und Propheten hielt er nicht für vereinbar mit einem literarischen Handwerkerberuf. Er wurde Gärtner und Landwirt, um nicht in journalistischer Tagelöhnerlei untergehen zu müssen. Er wurde Gärtner, um der Natur ewig nahe zu sein.

Grottel hatte den Revolutionär im Blute. Er wurde zum radikalsten Lebensreformer. Das Naturerlebnis, das zu ihm übergewaltig sprach, war für ihn nicht ein bloßes ästhetisches Beiwerk, mit dem man sich in literarischen Cafés vergnügt, sondern ein heiliges Gebot zur Verlesung des Lebens überhaupt.

Wir sahen ihn Blitze schleudern gegen Götter wie Darwin — und die Karrenpreise schwingen gegen die Tagesgötter der Literatur. Was hatte uns dieser Gedanktenrevolutionär noch alles zu sagen? Seine veröffentlichten, aber leider noch nicht völlig ausgewerteten, Deutungen Kuffigs lassen das ahnen. Aber er war im höchsten Maße auch Tatmensch. Als körperlicher Arbeiter und schöpferischer Boet hätte er uns die neue klassenlose Kultur der Arbeit aufbauen helfen, die endlich die Zivilisation der kapitalistischen Welt überwinden soll. Was hatte Grottel der Arbeiterjugend — die Jugendbewegung war gerade erst bei seinem Tode zum Leben erwacht — zu offenbaren, was hatte dieser Natur- und Kulturprophet noch den Jungsozialisten zu verkünden! B. R.

Das erste Hörspiel für den Rundfunk wurde im Jahre 1924 im Auftrage der Britischen Broadcasting Company von Richard Hughes geschrieben und durch Nigel Planck von der Londoner Station am 15. Januar vergangener Jahres gesandt. Der Autor des Stückes ist ein englischer Dramatiker, dessen Werke das besondere Interesse Bernard Shaw's erweckt haben. Dieses Stück, das nur auf der Sendebühne darstellbar ist, weil es in einem Bergwerk in völliger Finsternis spielt, trägt den Titel „Danger“ („Gefahr“). Es liegt nun auch in deutscher Uebersetzung vor.

Der Dänenprinz im Hünengrab. Helsingör hat selbstverständlich einen Touristenverein; denn Helsingör ist ein berühmter Ort — nach Shafelpere. Dort lebte der Dänenprinz Hamlet, dort spukte der Geist seines mordsüchtigen ermordeten Vaters — nach Shafelpere. Der Touristenverein hat damals natürlich noch nicht gelebt; sollte Herr Shafelpere also gemogelt haben, was indessen bei der bekannten Wahrheitsliebe der Boeten nicht anzunehmen ist, so ist der Touristenverein daran völlig unschuldig. Jedenfalls ist er begründet worden, weil sich 1. bei Helsingör ein Steinhaufen und 2. ein Bach befand. Was konnten der Steinhaufen aber anders sein als das Grab des Dänenprinzen? Wo konnte sich Ophelia sonst ertränkt haben, wenn nicht in diesem Bach? Sollte man den Mimen diesen diese Reliquien vorantreiben? Man sollte es nicht. Man gründete einen Touristenverein, der den staunenden Zeitgenossen verkündete: Kommt und seht! Nur bei uns gibt es das echte Hamlet-Grab, den unverfälschten Ophelia-Bach! Und da die Augen bekanntlich nicht alle werden, so liehen sie die Aufforderung nicht ungehört verklingen, sondern kamen. Helsingör machte wahrscheinlich ein ganz gutes Geschäft dabei. Aber Helsingör ist nicht dankbar. Der arme Dänenprinz soll auch etwas davon haben — ein würdiges Grab wenigstens; an Stelle des Steinhaufens soll eine Art Hünengrab treten, das ist nicht nur würdig, sondern auch — billig. Denn vermutlich kann man den Steinhaufen restlos dazu verwerten und braucht nur noch ein paar höhere Granitplatten anzuschaffen. Sollte der Fremdenverkehr nach dieser Verdonnerung in dem erhofften Maße zunehmen, so wird man in absehbarer Zeit wahrscheinlich den Ophelia-Bach für Bergungsanlagen sehrbar machen. Vielleicht könnte man auch in das geräumige Grab ein Kino einbauen, in dem sich Shafelperes „Hamlet“ im Film stimmungsvoll vorführen ließe?

Mensch oder Affe? Der berühmte Taungschädel, von dem sein Entdecker, Professor Raymond Darton in Johannesburg, behauptet, daß er das sogenannte „schlechte Glied“ in der Entwicklungslinie darstellt, die von den höheren Affen zum Menschen führt, ist gegenwärtig der Gegenstand einer lebhaften wissenschaftlichen Kontroverse. Falls die Angaben von Professor Darton zutreffen sollten, so könnte man die moderne Abstammungslehre, die den Ursprung des Menschen durch Vermittlung eben jenes fehlenden Gliedes vom Affen herleitet, als endgültig erwiesen betrachten. Sir Arthur Keith, Englands größter Anthropologe glaubt allerdings nicht daran, daß der Taungschädel einst auf den Schuttern eines prähistorischen Menschen gesehen habe, und bezeichnet ihn als unentwickelten Affenschädel. Professor Darton wendet sich aber entschieden gegen die Annahme von Sir Arthur Keith, daß der Ursprung der Menschheit in Indien zu suchen sei und betont, daß nach seiner festen Ueberzeugung die ersten Menschen in Afrika gelebt haben müssen.

Ueberbrückung des Kanals. Nachdem jahrzehntelang das Projekt einer Tunnelverbindung zwischen Frankreich und England gescheitert hat, veröffentlicht nunmehr der schweizerische Ingenieur Jäger den Plan einer Ueberbrückung des Kanals durch einen tiefen Damm. Die ehemals gegen das Tunnelprojekt von beiden Seiten geltend gemachten militärischen Einwendungen sind ja mit der Eroberung der Luft als Kriegsanfahrungsgebiet gegenstandslos geworden und wenn die französische Compagnie du Chemin de fer du Nord, sowie die englische South Eastern Railway Co., die an

dem Projekt sehr stark interessiert sein würden, ihren Einfluß ausbieten, wäre es gar nicht unmöglich, daß der Plan sich über das Stadium einer phantastischen Utopie hinaus entwickelte. Der Damm würde auf der von Jäger ins Auge gefaßten Trasse 42 Kilometer lang und über Meerestiefen von 35—50 Meter zu legen sein. Er soll von den beiderseitigen Küsten aus 8 Kilometer ins Meer hinaus geführt werden, würde dort durch zwei für die größten Seeschiffe passierbare Durchlässe unterbrochen werden und sich dann in zwei parallele Dämme teilen, zwischen denen dadurch sozusagen ein „Binnenschiffahrtsweg“ von 300 Meter Breite entstünde. Jeder Damm soll vier Eisenbahngleise und eine 10 Meter breite Automobilstraße tragen. Zur Herstellung der Dammbauten würden nötig sein: 40 Millionen Kubikmeter Stein, 15 Millionen Kubikmeter Beton, Brückenmaterial und — nicht zu vergessen! — reichlich anderthalb Milliarden Goldmark.

Die Hölle der Buddhisten. In den Sälen und Gärten des Vatikans in Rom findet zurzeit eine Wissensausstellung statt, zu der alle katholischen Missionare irgendein charakteristisches Stück aus dem Lande, in dem sie wirken, beigezweigt haben. So fanden beispielsweise die Franziskaner aus China, wo sie ihre Missionstätigkeit ausüben, Photographien der Hauptpagode von King-Tschu. Der Pagode stellt die buddhistische Hölle dar und veranschaulicht die Strafen, die zehn Totengerichte über die Verstorbenen verhängen, die sich im Leben der zwölf Todsünden schuldig gemacht haben, in zwölf verschiedenen Szenen. Da sind zunächst die Hagfrieren und Wucherer, die lebendig im Eis verfenkt werden, während die Brandarine, die sich als ungerechte Unterdrücker erweisen haben, mit Keulen erschlagen werden. Dann sind da Opiumraucher, die bei lebendigem Leibe von Dämonen verschlungen werden. Beamte, die bestechlich waren, werden ausgepeitscht. Eltern, die ihre Kinder vernachlässigten, sind verurteilt, die Verlassenen und Hungernden zu ernähren. Wüstlingen und Ehebrechern wird der Kopf vom Rumpfe getrennt. Ungerechte Bananen werden von der Höhe eines Turmes in ein Meer von Schlangen und Vorkost geworfen. Vorkoster, die viel geschluckt haben, werden von Sägen geschnitten, Brandstifter und Wörder mit Mühlsteinen erschlagen. Unholde, die Gräber geschändet haben, werden in lodendem Del gefoltert. Goldschmücker auf einen Haufen Glascherben gebunden. Diejenigen aber, die gegen das Gebot der kindlichen Pietät verstoßen haben, werden zur Strafe in Schlangen verwandelt.

Leonard Wells Komödie „Die Doble“ wird zu Beginn der kommenden Spielzeit am Dortmunder Stadttheater uraufgeführt werden. Das Stück ist als Buch im Volksbühnenverlag erschienen.

Ein deutscher Gelehrter in Frankreich. Der Leipziger Privatdozent für romanische Philologie, Dr. Wilhelm Friedmann, wurde von der französischen Section der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit eingeladen, im Rahmen ihrer Ferienreise einen Vortragshörsaal über die internationale geistige Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Kunst und Literatur abzuhalten. Dieser beim deutschen Gelehrten nur aus schwebeliche, italienische, englische und chinesische Universitätslehrer zu Vorträgen aufgerufen.

Ein Studentenklub bei Chartom. Das Bildungsbüro der Ukraine hat beschlossen, als Vorort der Stadt Chartom ein nur für Studenten bestimmtes Quartier erbauen zu lassen, in dem 2000 Studentenwohnungen vorhanden sein sollen.

Zentrum und Zollvorlage.

Gruppe Stegerwald und linker Flügel gegen Agrarzoll.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ meldet: Die Reichstagsfraktion des Zentrums befahte sich am Mittwochabend mit der Zollvorlage. Ihre Beratungen galt es vor allem dem Versuch, die innerhalb der Fraktion bestehenden Schwierigkeiten zur Verabschiedung der Vorlage zu überwinden. Während die Reichsregierung auf Mindestzölle besteht, lehnt die Gruppe Stegerwald und der linke Flügel des Zentrums entsprechend einer „einmütigen“ Forderung der christlichen Gewerkschaften diese Zölle bisher ab. Damit ist die Verabschiedung der Zollvorlage in Frage gestellt.

Die Beratungen des Zentrums wurden abends um 6 Uhr unterbrochen. Es ist fraglich, ob in Anbetracht der gegensätzlichen Anschauungen innerhalb der Fraktion überhaupt eine Einigung möglich ist, die von der Regierung als erträglich angenommen werden kann.

Marseille und Heidelberg.

Die Delegierten der Reichstagsfraktion zu den Parteitag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat als Delegierte zum Internationalen Kongress in Marseille folgende Genossen gewählt: Beder, Herborn, Bender, Breitscheid, Dittmann, Henke, Herz, Keil, Frau Reize, Frau Lony Sender, Scheidemann, Solmann.

Zum Parteitag in Heidelberg entsendet sie als Delegierte die Genossen Frau Anforger, Aufhäuser, Frölich, Graßmann, Breitscheid, Heimann, Herz, Hoch, Limberg, Karsten, Kirchmann, Krüger, Frau Partels, Hüttmann, Lübbing, Meier-Baden, Saenger, Frau Schilling, Robert Schmidt, Frau Schuch, Severing, Seidel, Seppel, Simon-Schwaben, Stücken und Frau Burm.

Die Steuervorlagen.

Der Steuerausschuss beginnt die zweite Lesung.

Der Steuerausschuss des Reichstags begann am Mittwoch die zweite Lesung der Steuervorlagen mit der Beratung des Einkommensteuergesetzes. Im allgemeinen wurden die Beschlüsse der ersten Lesung aufrechterhalten. Eine längere Debatte verursachte ein Antrag der Deutschen Volkspartei, für Gewerbetreibende die Besteuerung nach einem dreijährigen Durchschnitt vorzusehen. Dieser Antrag wird vom Abg. Dr. Fischer (Dem.) unterstützt. Staatssekretär Döppel aber erklärt ihn für unannehmbar, da er die Steuerpflichtigen bewußt in zwei verschiedene Klassen einteile. Bei der Annahme des Antrages müsse damit gerechnet werden, daß die Lohnsteuer aus politischen und sozialen Erwägungen schwer gefährdet werde. Von sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten wurde diese Auffassung unterstützt, da dann für Lohnsteuerpflichtige die Steuer nach einem Durchschnitt von einer Woche, bei den Gewerbetreibenden aber nach einem Durchschnitt von drei Jahren bemessen werde. Der Antrag wurde abgelehnt.

Für Steuerpflichtige, deren Einkommen 15000 M. und deren Vermögen 50000 M. nicht übersteigt, soll bei Versicherungsprämien und Sparendlagen, zu denen sich der Steuerpflichtige in den Jahren 1923 bis 1926 verpflichtet hat, der abzugsfähige Betrag erhöht werden und zwar auf 960 M., wenn der Steuerpflichtige mehr als 50, auf 1200 M., wenn er mehr als 55, auf 1440 M., wenn er mehr als 60 Jahre alt ist. Ein sozialdemokratischer Antrag, diese Vergünstigung nur bei Vermögen bis zu 20000 M. zu gewähren, wurde abgelehnt. Ebenso ein demokratischer Antrag, die Abzüge für Beiträge für Lebens-, Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung von 480 auf 720 M. zu erhöhen.

Ein Justizskandal.

Drei Sozialdemokraten fälschlich wegen Meineides verurteilt!

In Sondershausen wurde vor einigen Monaten der sozialdemokratische Beigeordnete Genosse Stegmann verurteilt, weil er in einer Vernehmung angeblich mit folgenden Worten zu m Diebstahl aufgefordert haben soll: „Wenn Ihr nicht Geld habt, um das Holz zu bezahlen, dann geht in den Wald und holt's Euch!“ (!) In der Verhandlung hatten drei Parteigenossen ausgesagt, daß eine solche Äußerung nicht gefallen sei. Alle drei wurden sofort festgenommen und wegen angeblichen Meineides in Untersuchungshaft gesperrt. Nach viermonatiger Haftdauer wurden sie wegen fälschlichen Meineides zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil wurde von den Angeklagten und vom Staatsanwalt, dem die Strafe zu niedrig erschien, Berufung eingelegt, mit der sich die Strafkammer in Sondershausen dieser Lage zu befähigten hatte. Jetzt erlebte der Staatsanwalt eine glatte Niederlage, da die Anklage völlig zusammenbrach.

Der Staatsanwalt beantragte trotz dem sechs Monate Gefängnis, während sich das Verdict dem Antrag des Verteidigers Genossen Dr. Rosenfeld angeschlossen und sämtliche Angeklagten freigesprochen. Dadurch ist der reaktionäre Versuch, durch einen Meineidsprozeß unsere Bewegung in Sondershausen zu schädigen, gescheitert.

Moskauer Unverschämtheiten.

Was die Reichsregierung sich bieten läßt.

Die Reichsregierung hatte am 10. d. M. durch das Wolffsche Telegraphenbureau eine Meldung verbreiten lassen, in der sie zu den Todesurteilen im Moskauer Studentenprozeß Stellung nahm und sie als eine ernste Belastungsprobe für die deutsch-russischen Beziehungen erklärte. Gegen diese offiziöse Note der Reichsregierung, die als solche für jeden erkennbar war, verbreitet nun die Russische Telegraphenagentur eine lange Erklärung, die in Form einer Polemik gegen die Wolffsche Telegraphenagentur in überheblichem Tone die Reichsregierung wie einen Schuljungen abkanzelt. Es heißt am Schluß dieser Erklärung:

„Das Wolffsche Telegraphenbureau hat, wie jedes Presseorgan, durchaus das Recht, das Urteil des Obersten Gerichtshofes, soweit es ihm als Faktum erscheint, einer Kritik zu unterziehen. Darauf kommt es jedoch nicht an. Die Strafprozedur, die auf dem Gebiete des Sowjetstaates gilt, kennt einen Weg, durch den die Vollstreckung des Urteils ausgeführt werden kann. Diesen Weg haben die Angeklagten eingeschlagen, als sie die Gnadengesuche einreichten. Außer diesem Wege gibt es keine anderen Möglichkeiten. Die Regierung der Sowjetunion kann und wird Einwirkungsversuche, von welcher Seite sie auch kommen mögen, nicht zulassen, wenn solche Versuche das Ziel verfolgen, sich in innere Angelegenheiten der Sowjetunion einzumischen. Solche Versuche, einen Druck auszuüben, sind nicht mehr geeignet, der Sache zu schaden. Je schneller dies der Verfasser der Erklärungen des Wolffschen Telegraphenbureaus und mit ihnen die deutsche Presse begreifen werden, um so schneller wird auch der Ton gefunden werden, der bei der Lösung von Fragen, welche die verschiedenen Formen der Be-

Verhandlungen im städtischen Werkkonflikt.

Heute abend endgültige Entscheidung.

Im Tarifstreit der Gas- und Wasserwerksarbeiter fanden in der Direktion der städtischen Gaswerke am Mittwoch neue Verhandlungen unter Mitwirkung von Vertretern des Hauptvorstandes des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter statt. Als letztes Angebot machte die Direktion folgenden Vorschlag:

Die tariflichen Stundenlöhne werden ab 1. August für männliche Arbeiter um 4 Pf., für weibliche um 3 Pf. pro Stunde erhöht. Das Abkommen gilt bis zum 30. November 1925. Bei einer Steigerung des Lebenshaltungsindex von 6 Punkten und mehr kann während der Vertragszeit in neue Verhandlungen eingetreten werden.

Dieses Ergebnis lag Mittwoch abend einer Konferenz der Obleute der Werke zur Entscheidung vor. Die Obleute erklärten das Ergebnis für unzureichend und beauftragten die Leitung der Organisation, das Arbeitsministerium um neue Vermittlung anzusuchen.

Auf Veranlassung des Arbeitsministeriums kam es noch in den Abendstunden zu neuen Verhandlungen mit den Direktionen der Werke. Der Vertreter der Organisationen der Arbeiter machte den letzten Vermittlungsvorschlag, den Stundenlohn um fünf Pfennig zu erhöhen (für die männlichen Arbeiter) und die Geltungsdauer des Abkommens auf den 1. Oktober zu beschränken.

Die Direktionen bestanden jedoch auf ihrem letzten, von der Obleutenkonferenz abgelehnten Angebot, nur vier Pfennige Lohnhöhung (bzw. 3 Pf.) mit Bindung bis zum 1. Dezember zuzugehen.

Damit war der letzte Vergleichsvorschlag der Organisationsvertreter gescheitert, da das Angebot der Werkdirektionen sowohl bezüglich der Lohnhöhung als auch der Geltungsdauer für die Arbeiter unannehmbar war. Obwohl dies den Direktionen

ziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion betreffen, notwendigerweise gemahnt werden muß.

Wir hatten am 4. Juli anläßlich der Moskauer Justizkomödie geschrieben, daß die verhängnisvolle Schwäche der Reichsregierung bei maßgebenden kommunistischen Politikern in Moskau die Ueberzeugung hervorgerufen zu haben scheint, daß die unverschämtesten Erpressermethoden Deutschland gegenüber am angebrachtesten seien. Diese Feststellung erfährt eine neue Bestätigung durch die Art und Weise, wie das offizielle Organ der Moskauer Regierung den Protest der Reichsregierung gegen das Moskauer Fehlurteil behandelt. Trotz der außerordentlichen Zurückhaltung der Reichsregierung, die sichtlich vermeidet war, in ihrer offiziellen Meldung alle Schärpen zu verstreuen, antwortet die Moskauer Regierung durch ihre Nachrichtenagentur in einem Tone, der an das anmaßende Auftreten der zarischen Minister unter Nikolaus I. erinnert, der bekanntlich Preußen-Deutschland als einen russischen Vasallenstaat betrachtete. Dabei mag es noch die Moskauer Telegraphenagentur, der deutschen Presse und der Reichsregierung Vorschriften zu machen, welchen Ton sie Moskau gegenüber anschlagen solle.

Dieser ganze Skandal wäre unmöglich gewesen, wenn die Reichsregierung bei ihrem Eintreten für die verurteilten deutschen Studenten mehr Rückgrat gezeigt hätte. Sie muß sich deshalb von Moskau nicht nur Vorschriften über den guten Ton gefallen lassen, es wird ihr auch unverblümt erklärt, daß die Moskauer Todesurteile zu Recht bestünden und daß ihre Vollstreckung nur auf dem Wege der „Gnadengesuche“ ausgeführt werden könnte. Diese Antwort ist in allen Punkten eine Herausforderung der öffentlichen Meinung Deutschlands, die sich einmütig gegen das Moskauer Fehlurteil gemandt hat. Die Forderung, dieses Urteil aufzuheben, bedeutet keine „Eingemischung in die inneren Angelegenheiten Sowjetrußlands“, sondern sie ist vielmehr die notwendige Reaktion auf ein Verfahren, dessen Hintergründe allzu durchsichtig sind, als daß man sie noch näher zu kennzeichnen brauchte. Wenn die Reichsregierung vor diesem Verfahren kapituliert, so wird sie sich nicht zu wundern brauchen, daß sie bei der nächsten Gelegenheit von den Moskauer Gewalttätigern in noch viel wegwerfender Weise behandelt werden wird, als das bisher der Fall war.

Tschechische Regierungskrise.

Die Folge des Vatikanstreits.

Prag, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Eisenbahnminister Stribny hat am Mittwoch dem Ministerpräsidenten seine Demission überreicht. Gleichzeitig wird von der Partei der tschechischen Nationalsozialisten (Demokraten) mitgeteilt, daß auch der zweite Minister der Partei, Volksminister Dr. Franko, der kurzelt auf einer Studienreise in Frankreich weilte, zurücktreten wird, während Außenminister Dr. Beneš, der ebenfalls der Nationalsozialistischen Partei angehört, vorläufig im Amte bleiben soll. Die Sitzungen von Kammer und Senat wurden infolge dieser Regierungskrise am Mittwoch vorzeitig geschlossen. Das Parlament dürfte erst wieder im September zusammentreten.

Der Grund des plötzlichen Rücktritts der nationalsozialistischen Minister ist in dem Konflikt der tschechoslowakischen Regierung mit dem Vatikan zu suchen. Die Regierungskoalition suchte eine parlamentarische Behandlung der demonstrierenden Abreise des Runtius Marmaggi, die im ganzen Lande das größte Aufsehen erregte, zunächst zu verhindern. Als jedoch der Zwischenfall von den deutschen Sozialisten im Senat zur Sprache gebracht und in beiden Häusern des Parlaments eine dringliche Interpellation zur Erörterung dieser Angelegenheit von ihnen eingereicht worden war, taten auch die tschechischen Nationalsozialisten ein gleiches. Daraufhin entspann sich innerhalb der Koalitionsparteien ein scharfer Kampf um die Frage, ob diese Interpellationen zur parlamentarischen Aussprache zugelassen werden sollten. Am Dienstag und Mittwoch tagte die oberste Koalitionsinstanz, ein zwanzigköpfiger Ausschuss. Hier beharrten die Nationalsozialisten auf ihrer Forderung nach Zulassung ihrer Interpellation und verlangten eine Beantwortung durch die gesamte Regierung. Ein amtlicher Bericht erklärt zwar, daß die vom Außenminister vorgeschlagenen Richtlinien für die weitere Behandlung dieser Angelegenheit vom Ausschuss genehmigt worden seien; die Nationalsozialisten haben aber dennoch mit Rücksicht auf die illoyale Haltung der übrigen Koalitionsparteien ihre Minister aus der Regierung abberufen und erklären, daß sie sich an weiteren Beratungen der Regierungskoalition nicht mehr beteiligen werden. Infolgedessen mußte auch die Verabschiedung der Wahlreformvorlage, die noch in der Mittwochssitzung des Parlaments erledigt werden sollte, auf die Herbsttagung verschoben werden.

bekannt war, lehnten sie nach kurzer Beratung jedwede Erweiterung ihres abgelehnten Angebots ab. Damit ist der letzte Einigungsversuch gegenstandslos.

Das Objekt, um das nunmehr der Kampf entbrennt, beträgt einen Pfennig. Bei einer Belegschaft von etwa 5500 Mann eine Mehrausgabe von ungefähr 11500 M. monatlich. Dieser Streifenpfennig bedeutet gegenüber der gewaltigen Schädigung, die durch den nunmehr direkt herausbeschworenen Streit eintreten muß, lediglich eine Bagatelle.

Können die Direktionen der Gas- und Wasserwerke es vor der Berliner Bevölkerung verantworten, dieser Bagatelle halber, es auf einen harten Kampf ankommen zu lassen, um die Gas- und Wasserzufuhr abzusperren? Das wäre geradezu ungeheuerlich! Gehen die Direktionen nicht noch in letzter Stunde von ihrem Standpunkt ab und stimmen dem Vergleichsvorschlag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu, dann haben wir morgen früh den Streit der Gas- und Wasserwerksarbeiter.

Die Entscheidung fällt heute abend! Noch hoffen wir, daß die heutigen Tagesstunden nicht ungenützt bleiben, um dem Streitbeschlusse vorzubeugen. Die Vertreter der Arbeiter haben alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft. Nicht ihre Schuld ist es, wenn sich für die Arbeiter kein anderer Weg mehr zeigen sollte als der Streit.

Die entscheidende Funktionärerversammlung findet heute abend 7 Uhr im Verbandsbau, Johannisstraße, statt.

In der bürgerlichen Presse werden in der Streitsache die tollsten Gerüchte verbreitet. So wird u. a. von einer „Krankenversicherung“ der Arbeiter durch die sogenannte „Streikfanktion“ des Verbandsvorstandes gesprochen. Alle diese Berichte sind Mutmaßungen. Die Frage der Sanktion des Streiks richtet sich allein nach den statistischen Bestimmungen.

Wahlsieg der Labour Party.

Purcell gewählt.

London, 15. Juli. (W.B.) Bei der Erziehung von Herest of Dean wurde der Kandidat der Arbeiterpartei Purcell mit 11629 Stimmen gewählt. Der konservative Kandidat erhielt 8607, der Liberale 3774 Stimmen. Das Ergebnis der Wahl wurde von der Arbeiterpartei im Unterhaus mit Beifallsrufen aufgenommen.

Angerstein und die „Kreuzzeitung“.

Oder: Was im neuen Deutschland möglich ist!

Die „Kreuzzeitung“ hält bekanntlich an Ueberlieferungen fest, zu denen in erster Reihe die gehört, jeden Gegner mit den gemeinsten Invektiven zu überhäufen und ihm grundtätig die niedrigste Bestimmung zu unterstellen, auf der anderen Seite aber den ärgsten Unrat in den eigenen Reihen mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe zu bedecken. Die Offentlichkeit hat sich an die Vorliebe der „Kreuzzeitung“ für die Einfuhr von Fälschungen in das Gebiet der Politik gewöhnt, wie sich unsere Soldaten in Schützengräben schließlich mit dem Ungeziefer abgefunden haben. Aber bisweilen fühlt man sich doch versucht, den Kopf der alten Rabane auszuklopfen ohne allzu großes Bedauern über die Webe, die dabei für ihren Rücken abfallen.

Am 2. Dezember 1924 erschien in der „Kreuzzeitung“ eine Notiz mit der Spitzmarke „Was im neuen Deutschland möglich ist“. Darin wurde nicht etwa — dies ist ja in Deutschland möglich geworden — berichtet, daß der meineidige Lump Ehrhardt nicht verhaftet werden kann und daß der gegen ihn erlassene Haftbefehl den deutschen nationalen Parteibeisigen Rahr nicht davon abgehalten hat, den Verbrecher zu empfangen. Nein, die Ueberfahrt bedeckte die Nachricht, daß in dem Städtchen Haiger eine Räuberbande acht Angehörige und Angestellte des Direktors Angerstein erschlagen habe. Sehr bald tauchte bekanntlich der Verdacht auf, daß Angerstein selbst der Urheber der entsetzlichen Bluttat sei. Der Schriftleitung der „Kreuzzeitung“ war inzwischen offenbar aus der Gegend des Tatortes, in der die Reaktion und das Mordertum üppig gedeihen, mitgeteilt worden, daß Angerstein ein treuer Anhänger der deutschnationalen Volkspartei ist. Es kam für sie darauf an, den Parteigenossen zu schmeicheln. In ihrer Abendausgabe vom 3. Dezember schrieb sie daher: „Angerstein... war außerordentlich beliebt und galt als ein bescheidener Mann und (entsprechendes Deutsch) der auch in jeder Weise seinen Mitmenschen gefällig war... Die Angelegenheit bedarf dringend der weiteren Klärung... Bis dahin muß die Annahme, der Direktor hat (!) im Wahnsinn die furchtbare Tat selbst begangen, bezweifelt werden.“ Die Leser wurden also weiter in dem Glauben erhalten, daß die Weimarer Verfassung für das Verbrechen von Haiger verantwortlich sei.

Die Hauptverhandlung in Limburg hat an der Lächerlichkeit Angersteins und der Schuldlosigkeit der Weimarer Koalitionsparteien keinen Zweifel bestehen lassen; sie hat ergeben, daß Angerstein in Herrn Rumm eine Idealgestalt erblickt hat und Mitglied des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes war. Die „Kreuzzeitung“ unterrichtet ihre Leser über den Prozeß durch den gleichen BS-Bericht, den alle anderen Berliner Zeitungen enthielten. Aber die Feststellung, daß Angerstein in einem deutschnationalen Verband organisiert war, sucht man in dem Blatte des Grafen Westarp vergebens. Die um die Gemütsruhe ihrer Leser besorgte Schriftleitung hat diesen verschwiegen, daß in Limburg einer ihrer Parteigenossen um sein Leben kämpfte. Der Rostitzer irgendeines Fernandes hatte über oder durch die Mitgliedschaft Angersteins im „deutschnationalen Handlungsgehilfenverband“ einen Strich gemacht.

Sollte sich die „Kreuzzeitung“ nachträglich noch dazu verstehen, ihren Lesern einzugestehen, daß die furchtbaren Verbrechen, die ihr den Stohsfeuser „Was im neuen Deutschland möglich ist“ entlockt haben, von einem Anhänger der deutschnationalen Volkspartei begangen worden sind, so fügt sie vielleicht der Vollständigkeit halber hinzu, daß der Lübecker Luftmörder Liedemann, der kürzlich in der Nacht vor seiner Hinrichtung Selbstmord begangen hat, gleichfalls deutschnational und Stahelmer war und seiner treu deutschnationalen Gesinnung wegen den Hausmeisterposten bei dem deutschnationalen Führer Schmidt-Roemhild erhalten hatte. Ja, ja: „Was im neuen Deutschland möglich ist!“

Kutischer aus der Haft entlassen. Unter Abänderung ihres Beschlusses vom 4. Juli d. J. hat die erste Strafkammer des Landgerichts I auf weitere Verurteilung den Haftbefehl gegen Kutischer aufgehoben, weil nach einem Gutachten der zweiten medizinischen Klinik der Chortitz bei Chortitz infolge sehr harter Mauthdrückstellungen Lebensgeföhr besteht. Von der Stellung einer Kaution hat die Strafkammer wegen der schlechten Finanzlage Kutischer's abgesehen.

Gewerkschaftsbewegung

(Gewerkschaftliches siehe auch 1. Beilage.)

Der Zeitungshändler.

Zu keiner Zeit sind im gestaltenreichen Berliner Straßenbild die Zeitungshändler so stark in Erscheinung getreten wie jetzt und in der jüngsten Vergangenheit. Die sich überstürzenden politischen und wirtschaftlichen Ereignisse machten mehr denn je bei den öffentlich Interessierten ein spontanes und befruchtendes Orientierungsbedürfnis geltend. Der Abonnent glaubte nicht warten zu können, bis ihm sein Verborgenes durch die Botenfrau in sein Heim überbracht wurde und stillte seinen Sensationshunger, angeregt durch die mit Riesentexten überschriebenen und ausgeprägten Artikel, im Straßentrafik der Zeitungen.

Hier legen die Fähigkeiten und Fündigkeiten des routinierten Zeitungshändlers ein. Den Pulsschlag des rasenden, öffentlichen Lebens abtastend, wird er zum Sprachrohr des Zeitgeistes. Mit lauten Rufen, zarten Hinweisen, mit tragischem Pathos, je nach der Wichtigkeit, Traurigkeit oder Heiterkeit des betreffenden Ereignisses preist er seine Zeitung an. Die Verkehrszentren, Hoch-, Untergrund-, Stadtbahnzüge, Omnibus- und Straßenbahnhaltestellen sind die besonders bevorzugten Stätten seiner propagandistischen Wirksamkeit. Aber auch die von Tausenden besuchten Großbetriebe der Industrie und des Handels werden vom Zeitungshändler gern be- lagert und stellen ein lautsprechendes Publikum. Mit rednerischen und dekorativen Künften versucht er seine Ware an den Mann oder die Frau zu bringen. Verkörpert er nicht ein starkes Maß geistiger Beweglichkeit, dann ist er für seinen schweren Beruf völlig ungeeignet und wird von den Lesern nicht mehr beliefert. Es ist für den Zeitungshändler kein leichtes, mit den politischen Sympathien und Antipathien der Straßenpassanten fertig zu werden, die er je nachdem, welche Zeitung er feilscht, mehr oder weniger laut, manchmal sogar mit „Schlagenden“ Beweisen zu fühlen bekommt.

Dabei wird dem Zeitungshändler, der den Unbilden der Bitterung, den Gefahren der Strafe wie allen den hier nur angedeuteten Unlieblichkeiten ausgesetzt ist, für seine schwere Arbeit nur geringer Lohn zuteil. Der Deutsche Verkehrsbund ist bemüht, auch diesen Beruf in das große Bereich arbeitsvertraglicher und tarifrechtlicher Regelung einzuverleiben, wie dies bei den Zeitungsfrauen bereits geschehen ist. Eine gut besuchte Zeitungshändlerversammlung war ein erfreulicher Auftakt dieser Organisationsarbeit auf einem neuen Werbegebiet. Damit ist auch dem Zeitungshändler Gelegenheit gegeben, mitgestaltend in sein Arbeitsverhältnis einzugreifen. Möge er von diesem Recht weitgehendsten Gebrauch machen durch regelmäßigen Besuch aller diesbezüglichen Veranstaltungen des Deutschen Verkehrsbundes, der durch ständige Tarifabschlüsse und Verhandlungen in engerer Fühlung mit allen, auch den größten Zeitungsverlegern steht.

Ein Sechzigjähriger.

Am 17. Juli vollendete der Genosse Albert Uheh sein 60. Lebensjahr. Gleichzeitig feiert er sein 25jähriges Jubiläum als Angehöriger des Deutschen Verkehrsbundes, Bezirksverwaltung Berlin. Nach schwerster Jugend — mit einem Jahr wurde er Vollwaise und von einer pommerischen Dorfgemeinde „erzogen“ — kam er 22jährig nach Berlin und organisierte sich im Hausdunklerverein, nachdem er vorher in Pommern bereits dem Hirsch-Dunklerverein angehört hatte. Seit 1890 ist er auch parteipolitisch organisiert. Seit dem ersten Tag hat er in der Berliner Partei- und Gewerkschaftsbewegung jeden Platz, auf den ihn seine Mitkämpfer stellten,

voll ausgefüllt. Wir wünschen ihm und damit unserer Bewegung noch manches fruchtbare Jahr.

Allgemeiner Streik der Zimmerer.

In der Versammlung der Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Zimmerer gestern abend, berichtete Kepschläger über den Stand der Lohnbewegung. Der Kampf, der jetzt im ganzen Reich geführt werde, sei der schwerste aller bisher geführten Kämpfe. Lieber die „Bauhütten“ solle in dieser Stunde nicht geredet werden. Da die Abstimmungen in den Bezirken eine überwältigende Mehrheit für den allgemeinen Streik ergeben haben, empfehle auch die Schlichtungskommission und die Zahlstelle den allgemeinen Streik. Dieser müsse einmütig durchgeführt werden.

Während die Diskussion fast ausschließlich im Sinne der Erklärung des allgemeinen Streiks geführt wurde, äußerte der frühere langjährige Zahlstellenvorsitzende Witt lebhaftes Bedauern über den Antrag der Zahlstellenleitung wurde bei einigen Stimmhaltungen angenommen:

„Die am 15. Juli im Dresdener Kasino tagende Zahlstellenversammlung beschließt den allgemeinen Streik ab 16. Juli 1925. Alle im Hoch-, Beton- und Tiefbau beschäftigten Zimmerer werden daher aufgefordert, die Arbeit einzustellen und sich zwecks Kontrolle in den zuständigen Bezirken zu stellen.“

Riesendemonstration der Pforzheimer Streikenden.

Pforzheim, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Androhung des Arbeitgeberverbandes, sämtliche Arbeiter als entlassen zu betrachten, falls die Arbeit nicht am Mittwoch wieder aufgenommen würde, ist vollständig verpufft. Am Mittwoch vormittag fand eine Riesendemonstration der Gewerkschaften statt, an der sich etwa 20.000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligten, die zu einer wuchtigen Kundgebung für die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterklasse wurde und der ein Demonstrationzug durch die Industrieviertel der Stadt folgte, dessen Vorbereitungsarbeit eine Stunde dauerte. Alles vollzog sich in musterhafter Ruhe und Ordnung. In der Pforzheimer Schmudwarenindustrie liegen etwa 1000 Betriebe vollständig still. Der Riesenkampf droht zu einer schweren Gefahr für die Wirtschaft des Industriebezirks Pforzheim zu werden, falls seine Beilegung nicht bald möglich wird. Der Schlichtungsausschuss hat die Parteien für Freitag zu Verhandlungen geladen.

Die Metallarbeiter in Frankfurt a. M.

In der Delegierten-Versammlung zum Dresdener Gewerkschafts-Kongress in der Frankfurter Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben sich 2128 Mitglieder beteiligt. Davon stimmten 1718 für die Liste A. Rutlandts-Scheld (Amsterdamer Richtung) und 382 für die kommunistische Liste B. Ungültig waren 25 Stimmen. Ist auch jede einzelne Stimme, die noch für die „Eroberer“ der Gewerkschaften abgegeben wird, zuviel, so ist doch der Rückgang der Kommunisten unermesslich. Es würde sich noch deutlicher zeigen, wenn unsere Genossen sich vollständig an den Wahlen beteiligten.

Keine Arbeitszeitverlängerung im Ruhrbergbau.

Wie die IFC von unterrichteter Seite aus Essen erfahren hat, beabsichtigen die rheinisch-westfälischen Zechen keineswegs die Kündigung des bestehenden Tarifabkommens, um eine Verlängerung der Arbeitszeit durchzuführen.

„Es wird uns versichert, daß der Bergbau, gerade im Hinblick auf seine schwierige Lage, alles vermeidet, was zur Beun-

ruhigung der Arbeitnehmer beitragen könnte. Eine Verlängerung der Arbeitszeit wäre nach Ansicht des Bergbaues nicht dazu angetan, das Abjauchproblem zu lösen. Viel wichtiger sei eine weitere Herabsetzung der Eisenbahnfrachten für Kohle, Koks und Nebenprodukte. Lieber die Frage der Arbeiterentlassungen äußerte sich unser Gewährsmann dahin, daß sich in Bergbaubetrieben angesichts der feindseligen Haltung Polens immer härter die Tendenz bemerkbar mache, zunächst die politischen Arbeiter und Angehörigen abzubauen.“

Hierzu sei bemerkt, daß das Abkommen vor dem 31. August, zum 30. September, überhaupt nicht gekündigt werden kann, wiewohl aber, daß bei einer beabsichtigten Verlängerung der Arbeitszeit die Bergarbeiter schließlich immer noch ein Wort mitzureden hätten. Entzieht kein Streik um die Arbeitszeit, dann um so besser.

Streik in der Tapetenindustrie!

In der Tapetenfabrik G. L. Peine in Hildesheim ist die Arbeiterkraft in den Ausstand getreten, weil die Firma sich weigert, den Reichstarifvertrag für die deutsche Tapeten- und Buntpapierfabrikation anzuerkennen und die in diesem Vertrag festgesetzten Löhne, Ueberlöhne und Zuschläge usw. zu bezahlen.

Es ist deshalb der Ruf von Tapetenfabrikanten, Handwerksmeistern und anderen Facharbeitern, sowie von Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen nach Hildesheim strengstens fernzuhalten! Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Sieg Hannover.

Arbeitszeitkampf in Polnisch-Oberschlesien.

Die Zentralkommission der polnischen Fachverbände fordert in einem Appell die ober-schlesischen Arbeiter auf, daß sie einen rücksichtslosen Kampf für die Wiedereinführung des achtstündigen Arbeitstages im ober-schlesischen Hüttenwesen beginnen solle. Die Krakauer Vereinbarung über die Verlängerung des achtstündigen Arbeitstages in den ober-schlesischen Hütten auf zwölf Stunden läuft am 21. Juli ab. Deshalb müsse sich die arbeitende Klasse ganz Polens, vor allem aber mühten sich die ober-schlesischen Arbeiter die Frage beantworten, ob sie weiter zwölf Stunden arbeiten wollen oder nicht. Der allgemeine Kongress der Fachverbände in Polen und die Zentralkommission der Fachverbände hätten die gegenwärtige Lage besprochen und seien zu dem Entschluß gekommen, daß nach dem 21. Juli ein rücksichtsloser Kampf um den achtstündigen Arbeitstag geführt werden müsse.

Paschawirtschaft.

London, 15. Juli. (E.P.) Nach einer Meldung aus Konstantinopel sind die Telegraphenangestellten in Adana, Erzerum und Samsun in den Ausstand getreten. Die Regierung führt den Streik auf kommunistische Agitation zurück und hat infolgedessen Befehl gegeben, alle Streikenden zu verhaften und zur Aburteilung nach Angora abzuführen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Berlin. Großes Sommerfest Sonntag in den Gesamträumen der Brauerei Friedrichshagen. Am Friedrichshagen 16-22. Mitwirkende: Berliner Konzeptschreiber, Berliner Sängerchor, M. S. S. S., erfindungsreiche Gesellschaften für jung und alt. Im großen Festsaal, Festsaal, Eintritt inkl. Essen und Getränk 0,30 B. für Kinder unter 14 Jahren Eintritt frei. Kassenöffnung 2 Uhr, Eröffnung der Kasse 3 Uhr. Beginn des Konzerts 4 Uhr. Beginn des Festballes 6 Uhr. Eintrittskarten sind an der Kasse erhältlich. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schill; Wirtschaft: Wilhelm Götter; Gewerkschaftsbewegung: J. Klein; Revolution: Dr. John Schimanski; Sozialismus und Sozialismus: Erik Karsch; Anarchismus: Th. Glöck; Familie in Berlin; Berlin: Bornstr.-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstr.-Berliner-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Saison-Ausverkauf vom 1. bis 31. Juli

Elegante Halbstores
statt 60.00 bis 110.00 für **55.00**
statt 90.00 bis 140.00 für **75.00**

Steppdecke
Einfarb. Satin auf beiden Seiten, Handarb. 180x200
aus bedrucktem Perkal
100x200 cm **58.00**

Daunendecke
aus bedrucktem Perkal
100x200 cm **58.00**

J. Smiel
BERLIN C * KÖNIGSTR.
SPANDAUERSTRASSE

Kleiderstoffe	Seidenstoffe	Damen-Handschuhe	Wachstoffe	Herrenwäsche
Reinwoll. Rock- u. Kleiderstoffe elfenbein mit farbigen Streifen 105 cm breit 1.95	Damast Halbselbe für Jacke- u. Mantelfutter 85 cm breit Mtr. 2.90	Leinen-Nachahmung weiß, zwei Druckkn... 0.90	Baumw. Mousseline vorzügl. Qualität Mtr. 0.60	Oberhemd gestr. Perkal, mit Kragen u. Klappmanschett. 3.85
Reinw. Krepp bedruckt aparte Muster statt 4.50 Mtr. 2.85	Bastseide gestreift, für Kleider und Oberhemden reine Seide 80 cm breit Mtr. 3.90	Spielanzug für Knaben und Mädchen Größe 45-55 1.25	Frottéweid u. in viel. Streif. schwere Qualität 100cm breit Mtr. 1.15	Farb. Oberhemd Perkal, m. gefüttert Falteinsatz, l. weich u. lateil. Kragen 5.75
Reinw. Cheviot elfenbein vorzügliche Qualität 130 cm ... Mtr. 3.60	naturfarbig, Mtr. 2.90	Servierschürze aus gutem Linon 1.25	Crêpe Marocain aparte Muster 100 cm breit Mtr. 1.45	Nachthemd 4.50
Velours de laine moderne Streifen f. Röcke- u. Kleider 130 cm statt 9.00 Mtr. 4.80	Crêpe de Chine schwarz weiß od. farbig ca. 100 cm br. Mtr. 5.65	Herrensocken Jacquardmuster kariert 1.25	Vollvoile weiß, Schweizer Ware 112 cm breit Mtr. 1.60	Nachthemd 4.50
	Hutvelvet in schönen Farben 45 cm breit Mtr. 2.20	Damenstrümpfe Kunstseide, viele Farben. 1.35	Tisch- und Hauswäsche	Schlafanzug a. gestreift. Zephir, m. Besatz u. Aufschlägen. 6.75
		Servier- oder Hauskleid einfarb. od. gestreift Zephir ... 4.45	Tischtücher Relaislinen Hausmacher Rosen- od. Malglockchen-Mittelstück 130x130 cm. 6 Servietten 5.75	Kaffeegedeck weiß halbleinen Jacquard mit farbigen Kanten 130x160 m. 6 Servietten 8.90
Damenkleidung	Seidene Kleider statt 65.00 bis 175.00 für 49.00	Kieler - Knaben-Waschanzug aus vorzüglich. Cadet Größe 0 für 5.90	130x165 cm. 6 Servietten 6.90	Stubenhandtuch prima halbleinen Jacquard 50x100 cm. 1.25
Kasaks weiß u. farbig 8.75 bis 19.00 für 6.75	Morgenröcke statt 19.50 bis 28.50 für 12.50	Damenstrümpfe Kunstseide, viele Farben. 1.35	160x225 cm. 12 Servietten 9.90	Küchenhandtuch weiß reinleinen Gerstenkorn mit roten Kanten 48x100 cm. 1.10
Waschkleider statt 12.50 bis 19.50 für 6.90	Jackenkleider darunter elegante Modelle statt 85.00-200.00 für 59.00 u. 79.00	Servier- oder Hauskleid einfarb. od. gestreift Zephir ... 4.45	Passende Servietten 58x58 cm. 1.45	Gardinen Mull weiß gestreift gute Qualität 120cm breit Mtr. 1.15
Wollene Kleider statt 62.00 bis 89.00 für 39.00	Damenwäsche	Badeschuhe u. Badepantoffel aus Schilf in allen Größen 1.50	Staub- u. Poliertücher gelbes, wolliges Gewebe 6 Stk. 1.15	Halbstores Etamine mit breitem Handarbeitsfries 6.50
Taghemd mit Stickerei-Ansatz 1.85	Ungarn. Strohhüte in vielen Farben 1.75	Bademantel aus bestem Frottiertuch 16.90	Frottierwäsche	Mullgarnitur farbig, gestreift mit Volants ... 9.75
Nachthemd mit Hohlsaum 2.90	Filzkappe in verschiedenen Farben 1.90	Kinder-Sweater mit eckigem Ausschnitt 1.15	Frottierhandtuch weiß gewirnt 53x110 cm. 2.25	Madragarnitur mod. Form mit Perifransen .. 18.50
Nachthemd mit Stickerei-Ansatz 3.45	Weißer Filzhut mit Filzstreifen garniert 3.90	Damen-Bade-Anzüge mit farb. Besatz 90 cm lang .. 2.25	60x110 cm. 2.45	Herren-Beinkleider echt Mako Mittelgröße ... 3.35
Beinkleid m. Stick.-Ansatz 1.85	Kunstseidenband in viel. Farben 5 1/2 cm br. Mtr. 0.25		130x160 cm. 6.90	Reinwoll. Clubjacken f. Damen, weiß m. farb. Kante 14.50
Garnitur 2teilig, mit Stick.-Ansatz .. 4.75	Bettwäsche		weib, 150x190 8.40	
	Kissenbezug Linon, 80x100 cm 1.65		110x140 cm. 1.15	
	Laken-Haustuch 140x220 cm .. 4.75			
	Deckbettbezug Linon 130x200 cm .. 7.75			
	Überschlaglaken 150x250, mit handgezeug. Hohlsaum .. 10.90			



Die Typhusbakterien in Solingen und Kallam, aber die wir ausführlich berichtet haben, lenken das Interesse auf jene unheimlich schnell um sich greifende Seuche, die gerade jetzt in der heißen Jahreszeit ihren gefährlichsten Boden findet.

Noch immer sind Seuchen und Epidemien unsere tödlichsten und gefährlichsten Feinde. Auch die Fortschritte der Spezialwissenschaft, Doktrinen, die sich jährlich neu nuancieren, jährlich alte Widerstände überwinden, um vor neuen Rätseln zu stehen, bleiben gegenüber der elementaren Wucht der unheimlich fruchtbaren Bazillen, die von irgend woher kommen und ihre tödenden Fesseln schlagen, nur Stückwerk, die der mächtige Sturm allmächtiger Zerstörungsmächte morgen umknicken kann.

Historie der Seuchen.

Von jeher war die Seuche die Geißel der Menschheit, und immer kam sie im Gefolge eines anderen Gesellen, dem Nord, Brand und Zerstörung in blutigen Runen auf der Stirne geschrieben stand, dem Krieg. Im Troß jenes entsehligen Währigen Religionskrieges, in dem der Fanatismus entsehlter Kirchenbognmatiker Millionen Menschen schlachtete und das deutsche Land zur grauenvollen Wüste machte, kamen die finsternen Geßellen: Hunger und Seuchen. Cholera und Pest, in der primitiven sanitären Situation auf weit geringere Widerstände stoßend wie heute, mo die eifrige Medizin unablässig Stein auf Stein zum Schutzwall aufträgt, wüteten furchtbar und bezimmerten ganze Länderstriche. Wer erinnert sich nicht mit Entsetzen jener Zeit, da die schwarze Pest erbarmungslos Menschen sonder Zahl zu Boden mähte und gerissene, intrigentvertraute Spekulanten — ganz wie in den Inflationswutten bei uns — die verzweifeltten und erbitterten Volksmassen als Bligabeiteiler auf die Juden lenkten und Jehntausende dieser „Hepp-Hepps“ auf den Scheiterhaufen verbrannten? Erwähnt sei auch jene unseelige Epidemie der Kreuzzüge, die Hunderttausende blühender Menschen auf dem Gewissen hat. Wieviel Heere, die kreuzgeschmückt zum Heiligen Lande zogen, wohl an Seuchen zugrunde gegangen sein mögen? Von manchen meldet uns die Geschichte, und wieviel verschweigt sie wohl?

Seuchenbekämpfung heute.

Ohne Zweifel hat die unablässig experimentierende Wissenschaft, die Alles, Erzeugenes bewährte und Neues, Hypothetisches, Prüfungen unterzog, die Kraft dieses Naturunheils sehr stark schwächen, aber nicht brechen können. Auch in neuerer Zeit haben wir epidemische Katastrophen größten Ausmaßes erlebt. Erinnert sei nur an die Seuchen der entsehligen russischen Hunger- und Verhungerungsjahre. Vor mehr als 30 Jahren wütete in Hamburg, der stolzen, reichen Seefahrerstadt, die Cholera in für unsere mitteleuropäischen Verhältnisse glücklicherweise unerhört heftigem Maße. Tausende und aber Tausende starben, und es war kein Haus, aus dem sie nicht fast täglich die eiligst aus rohem Holz zusammengeschlagenen Erhlärgänge trugen. Erkrankungen epidemischer Art in ge-

ringertem Umfange sind auch heute nicht nur nicht ausgestorben, sondern fast alljährlich. Erinnert sei z. B. an den Karlsruher Podensall, der, allerdings entgegen wilden Sensationsgerüchten, völlig auf seinen Herd beschränkt blieb, sowie die Solinger und Kallamer Typhusepidemien. Was sind es nun hauptsächlich für Krankheiten, deren Gefahr für uns heute noch akut ist? Wie sind ihre Merkmale und wie können wir uns gegen sie schützen?

Unterleibstypus.

Es ist die Krankheit, die bei uns verhältnismäßig noch am häufigsten und im Massenumfang auftritt. Der Typhusbazillus, der diese schwere Erkrankung erweckt, erregt eine Allgemeininfektion des Blutes und führt zur Erkrankung der Lymphgefäße, insbesondere im Verdauungskanal. Der Unterleibstypus äußert sich in schweren Brechdurchfällen, die mit hohem Fieber verbunden sind und aufs gefährlichste schwächen. Ueberaus leicht ist die Gefahr der Infektion. Ausschreibungen der Erkrankten, vor allem auf Aborten usw., sind fast immer infektiös. Mancherlei sind die Gelegenheiten, die eine Ansteckung herbeiführen. Schon persönlicher Kontakt mit einem an Typhus Erkrankten birgt in hohem Maße Ansteckungsgefahr in sich. Man spricht von „Familien- und Hausepidemien“. Weiterhin muß man Typhuserkrankungen sehr oft mit Wasserinfektion mitordern, ferner kommt eine Infektion durch bazillenverseuchte Milch (in ungekochtem Zustand getrunken, Solingen!) in Frage. Auch sonstige Nahrungsmittelinfektion sowie verunreinigte Wäsche sind in Betracht zu ziehen. Die staatliche Bekämpfung des Typhus ist nicht reichsgesetzlich geordnet, sondern vielmehr der landesrechtlichen Regelung überlassen. Nichtsdestoweniger ermöglichen die §§ 55 ff. des Reichs- seuchengesetzes eine staatliche Überwachung der Trink- und Bewirtschaftungswasser. Interessant ist, an Hand von Statistiken die Kurve der Typhuserkrankungen bzw. ihrer tödlichen Ergebnisse in den Jahren 1900—1920 zu verfolgen. Die letzten vier Jahre fehlen in dem uns vorliegenden statistischen Material! Im Jahre 1900 starben im Gebiet des (vorkrieglichen) Deutschen Reiches an Flexityphus: 6081 Personen, 1901: 3914, 1902: 3937, 1910: 2544, 1914: 5576, 1915: 6864 (Höchstzahl!), im Jahre 1918: 4986 und 1920: 2739 Personen. In dieser Statistik fehlt Mecklenburg, das aber mit seiner geringen Einwohnerzahl wenig ins Gewicht fällt. Eine Statistik über die Zahl der monatlichen Erkrankungen in Preußen in der behandelten Zeitspanne erweist die interessante Tatsache, daß die ersten Herbstmonate in der Regel die Höchstzahl der Typhusfälle aufzuweisen hatten und wohl auch noch haben. Auf je 10 000 Lebende kamen in Preußen an Typhus Gestorbene:

Table with 2 columns: Year and Deaths per 10,000 living. Data: 1888: 2.81, 1900: 1.38, 1914: 0.90, 1915: 1.11, 1919: 0.74.

Paratyphus.

Der Paratyphus ist eine Art des Unterleibstypus, dem er zwar im Symptomatischen sehr ähnelt, von dem er aber doch durch- aus zu trennen ist. In der Presse ist der Paratyphus vor kurzem anlässlich der Erkrankungen in der Polizeisportschule in Spandau behandelt worden. (Siehe den betr. „Vorwärts“- Artikel.) Wie beim Unterleibstypus sind auch beim Paratyphus Bazillenträger vorhanden. Die Krankheit tritt sehr oft durch den Genuß schlechten oder rohen Fleisches, insbesondere Hackfleisch, auf. Die charakteristischen Merkmale des Paratyphus sind schwere Ver- giftung und Brechdurchfälle.

Die Ruhr.

Die Ruhr ist eine infektiöse Erkrankung von außerordentlich starker Ansteckungswirkung, die sich durch eine Entzündung der Darmmuskulatur und durch sie bewirkte blutige Entleerungen dar- stellt. Als Infektionsvermittler spielen Nahrungsmittel eine sehr erhebliche Rolle. Hauptüberträger bei der Verschleppung der Ruhr- keime sind die Fliegen. Ramentlich im Kriege nahm die Ruhr, in der Heimat wie vor allen Dingen an den Fronten, eine ver- heerende Ausdehnung an. Grund: die Infektion durch verunreinigte Trinkwasser und Nahrungsmittel. Im August 1917 ist das Höchstmaß der Erkrankungen erreicht. In diesem Monat starben 20 000 Men- schen an der Ruhr. Die Kurve geht dann wieder abwärts. Im August 1922 z. B. verstarben an Ruhr 600 bis 650 Personen (Höchst- zahl!). Was kann man gegen die Ruhr tun? Sauberkeit und noch- mals Sauberkeit! Ständesamtlich wurden Ruhrerfälle im Jahre 1917 gemeldet:

Table with 2 columns: Year and Number of cases. Data: 1914: 585 Personen, 1917: 17-581, 1920: 5041.

Wir haben gesehen, daß 90 Proz. der ansteckenden Volkskrank- heiten auf hygienischen und familiären Mängeln basieren. Was ist die Forderung, die nicht dringend genug an die maßgeblichen Stellen gerichtet werden muß? Sorgt für menschenwürdige Zu- stände! Führt das Proletariat heraus aus den engen ungesunden Höfen und stickigen Stuben der Mietkasernen, führt es heraus aus den Krankheitsherden der Hinterhäuser! Schafft Abhilfe der katastrophalen Wohnungsmisere! Es ist ein Skandal, der zum Himmel schreit, daß sechs-, siebenköpfige Familien in einem Zimmer hausen müssen. Gleichzeitig als Wohn-, Schlafzimmer und Küche markiert. Hier sind die Brustfluten aller Krankheiten. Schafft Sonne, Licht und Sauberkeit! Denn werdet ihr die Verderber in jähem Kampfe niederringen können. Nur durch- greifende Reformen können hier helfen. Sonst werden alle Medi- ziner der Welt trotz „heißer Bemühens“ nur elende Quacksalber bleiben.

Verboten ist . . .

Verboten ist . . . Der Leser wird mit so viel Verordnungen und Verboten geärgert, geplagt und gereizt, daß ihn jedes neue Verbot sichtlich nicht freundlicher stimmen wird. Aber es handelt sich ja hier nicht um ein neues Verbot. Er soll daran erinnert werden, daß ein hoher Rat am 25. Januar 1917, wo man schließlich nicht nur Kohlrübenfänger hatte, folgendes bekanntgab: „Verboten ist nament- lich das Hinwerfen von Obst- und Abfällen auf die Straße, das Fallenlassen von Wasser auf die Straße bei dem Begießen von Blumen auf dem Balkon und auf den Fenstern, sowie bei dem Reinigen der Balkons.“ Nichts ist davon bekannt, daß dieses Verbot nicht heute aufgehoben wurde, wohl aber lehrt uns jeder Spazier- gang, daß das Hinwerfen und das hier so herrlich zum Ausdruck ge- brachte „Fallenlassen“ von Objekten und Wassertropfen in polizei- wridriger Menge nicht nachgelassen hat. Liebe Einwohner der Stadt Berlin, so geht das nicht mehr weiter. Schon in der frühesten Jugendzeit wird uns gelehrt: „was du nicht willst, daß man dir tu, das füg auch keinem andern zu.“ Aber jeder, der diese Zeilen liest, ge- hört natürlich zu den Ausnahmen. Er spuckt keine Kirchsteme, Er findet kein sonderliches Vergnügen daran, seinen Weg mit Apfel-

Die Baumwollpflücker.

Roman von B. Traven.

Copyright 1925 by B. Traven, Columbus, Tamaulipas, Mexico. (Schluß.)

Wir deponierten jeder unsere zwanzig Pesos, die Sam vor sich auf einen Stein legte und dann legte er selbst seine fünf Pesos Beiteinsatz hinzu.

Sam schritt fünf- und zwanzig Schritte ab und wir legten jeder ein langes Stück Holz an die Marken, die keiner der Kämpfer überschreiten durfte, wenn er nicht sofort fünf Pesos an den anderen verlieren wollte.

Dann warfen wir die Speere aufeinander los. Zum Rückwerfen benutzte jeder den Speer des anderen.

Bei dem Stöckern, ab und zu qualmenden Feuer konnte ich Gonzalo nur in Umrisßen sehen und den Speer, wenn er auf einen zugeflogen kam, konnte man beinahe gar nicht sehen, denn rund herum war ja stockdunkle Nacht.

Gleich beim zweiten Gang bekam ich einen Stich in die rechte Schulter. Sie können hier die Wunde noch sehen, Gale. Dabei zog er sein Hemd von der Schulter und ich sah den Stich, noch unvernarrt.

Nach und nach kamen wir in Bewegung oder eigentlich in Aufregung. Ich bekam nach einigen weiteren Gängen noch einen Stich, der mir durch die Hofe ins Bein ging. Aber ich konnte ganz gut aushalten.

Wie lange wir warfen, weiß ich nicht. Aber weil keiner nachgeben wollte, wurde das Tempo immer rascher. Es kam so mittlerweile ein gutes Stück Wildheit in die Sache und jemand, der uns jetzt beobachtet hätte, würde niemals ge- glaubt haben, daß es nur ein Spiel sei.

Vielleicht warfen wir eine Viertelstunde, vielleicht eine halbe. Ich weiß es nicht. Ich wußte auch nicht, ob ich Gonzalo überhaupt schon einmal ernsthaft getroffen hatte oder nicht. Aber ich fing dann doch an, müde zu werden. Der Speer wurde mir bald so schwer als ob er zwanzig Kilo wiege und das Werfen wurde langsamer bei mir. Ich konnte mich bald kaum noch hüden, um den Speer aufzuheben und einmal wäre ich beim Niederbüden beinahe zusammengefunken. Aber ich hatte doch das Gefühl, ich darf nicht niedersinken, sonst kann ich bestimmt nicht mehr aufstehen.

Gonzalo konnte ich nicht mehr sehen. Ich konnte über- haupt nichts mehr sehen. Ich warf den Speer immer nur in der Richtung, in der ich ihn bisher geworfen hatte und wo Gonzalo stehen mußte. Es wurde mir ganz gleichgültig, ob ich ihn traf oder nicht. Ich wollte nur nicht zuerst aufhören. Und weil von drüben immer wieder der Speer kam, warf ich ihn eben immer wieder zurück.

Plötzlich, als das Feuer einmal hell aufflammte, sah ich, daß Gonzalo sich umdrehte, um den Speer zu suchen, der offenbar weit an ihm vorbei geflogen war. Er ging ein paar Schritte zurück, fand den Speer, hob ihn auf und als er sich mir zuwandte, um ihn zu werfen, sank er auf einmal so heftig in die Knie, als habe ihn jemand mit großer Wucht nieder- geschlagen.

Ich warf meinen Speer, den ich in der Hand hatte, nicht, weil ich froh war, ihn zu stellen und mich darauf zu stützen, sonst wäre ich umgefallen. Wenn Gon also jetzt aufgestanden wäre und geworfen hätte, ich hätte meinen Arm nicht mehr heben können, um zu erwidern.

Aber Gonzalo blieb in die Knie gesunken.

Sam lief hin zu ihm und rief dann: „Jetzt habe ich meine fünf Pesos verloren. Antonio, Sie haben gewonnen. Gonzalo gibt auf.“

Ich schleppte mich zu einer Kiste am Feuer, hatte aber nicht mehr die Kraft, mich drauf zu setzen. Ich sank neben der Kiste auf den Boden.

Sam führte Gonzalo schleifend zum Feuer und gab ihm Wasser, das er gierig hinuntergoß. Ich sah jetzt, daß keine nackte Brust blutig war. Aber ich hatte für nichts mehr Interesse. Mir fiel der Kopf schläfrig auf die Brust und als ich gleichgültig die Augen aufschlug, bemerkte ich, daß mein Hemd und meine Brust ebenso voll Blut waren, wie die Gonzalos. Aber ich legte keinen Wert darauf. Es war mir alles egal.

Sam brachte mir die vierzig Pesos und schob sie mir in die Hofentasche. Ich hatte das Empfinden, als ob das alles irgendwo in ganz weiter Ferne geschähe. Wie durch einen Schleier sah ich, daß Sam dem Gonzalo die fünf Pesos eben- falls in die Tasche steckte. So hockten wir wohl eine halbe oder eine ganze Stunde. Das Feuer wurde kleiner und kleiner.

Da sagte Sam: „Jetzt lege ich mich schlafen.“ Und ich wiederholte diese Worte, als wären sie meine eigenen gewesen: „Ja, jetzt lege ich mich schlafen.“

Ich sah, wie sich auch Gonzalo erhob und ebenso schwan- kend und sich festkrallend wie ich die Leiter zum Hause rauf- kletterte.

Und als ich mich dort hingeworfen hatte und eben ein- dämmerte, hörte ich, wie Gonzalo sagte: „Wenn ihr morgen zeitig geht und ich bin noch nicht auf, braucht ihr mich nicht wecken. Ich will lange durchschlafen, ich bin furchtbar müde. Ich fahre ja doch nicht mit euch, ich habe ja kein Fahrgeld.“

Langsam vor Sonnenaufgang stieß mich Sam an. Es war Zeit. Um acht Uhr abends mußten wir auf der Station sein, sonst verloren wir zwei Tage.

Es war noch stockfinster. Ich konnte nichts in der Hütte sehen. Sah auch Gonzalo nicht, der noch fest in seiner Ecke schlief.

Wir weckten ihn nicht, sondern ließen ihn ruhig weiter- schlafen.

Wir packten rasch unsere Bündel zusammen und als ge- rade der Tag zu grauen anfang, gingen wir. Ein paar Schritte weiter trafen wir den Indianer, der die Hühner kaufen wollte.

„Ja, sehen Sie, Gale, das ist die Geschichte, die wahre Geschichte.“

„Ihr hättet Gonzalo an diesem Morgen auch gar nicht wach gekriegt,“ sagte ich.

„Warum denn nicht?“ fragte Antonio, die Wahrheit schon halb ahnend.

„Weil er bereits tot war!“ —

„Aber das ist die Wahrheit, Gale. Wir können noch gleich jetzt zu Sam gehen, der weiß es auch.“

„Ist nicht nötig Antonio. Lassen Sie nur sein. Ich glaube es. Es ist die Wahrheit!“

19.

Die Musik im Park hatte angefangen zu spielen.

Die Ouverture zu Cavalleria rusticana.

Da kam das wehmütige Motiv des Intermezzos.

Klagend und weinend schwebten die Töne über den Plaza. Sie schlangen sich trauernd um die königlichen Palmen.

Ich schloß die Augen, um die starren elektrischen Lampen nicht sehen zu müssen.

Aber ich sah Gonzalo auf dem Boden liegen. Betrodnet. Ausgelöscht aus den Lebenden und Hoffenden. Seine Hand mit einem Knäuel roher schwarz verfärbter Baumwolle auf die Brust gepreßt.

Die Baumwolle! —

Antonio hatte mich offenbar eine Zeitlang schon ange- sehen, ohne daß ich es bemerkte.

„Warum weinen Sie denn, Gale?“ jagte er da.

„Halten Sie's Maul!“ rief ich wütend. „Ich glaube Sie sehen Gespenster. Bilden Sie sich doch keine Dummdheiten ein.“

Er schwieg.

„Ach, diese verfluchte Begräbnismusik!“ sagte ich ärger- lich.

„Sollen lieber spielen. Der Graf von Luxemburg.“ Es ist ja alles so lustig! Das ganze Leben ist so lustig!

Begräbnismusik für die Toten! Für die Lebenden schmetternde Fanfaren! Kommen Sie, Antonio! Es ist Zeit. Wir müssen uns eilen zur Bäckerei.

„Seien Sie pünktlich! hat der Meister gesagt.“

finen- und Bananenschalen gelb zu pflastern. So werde jeder wenigstens zum Lehrer, zum Wähler und zum Prediger der anderen und verkünde: Es ist Sünde wider den heiligen Geist der Rächstliebe, Kirchlerne auf den Bürgersteig zu spucken, und es ist nicht anständig, derartige Manipulationen vom Dach eines Omnibusses oder vom eigenen Balkon aus vorzunehmen. Daß man vom Balkon aus auch nicht gerade sinnstuhliche Zustände beim Begleichen der Blumen hervorrufen soll, befiehlt ja auch schon das eingangs zitierte Verbot, das jeder, den es interessiert, im § 142 der Berliner Straßenpolizei-Verordnung nachlesen kann. Und man wird zugeben, daß es sich hier um ein Verbot handelt, das an sich nicht natürlich wäre, wenn nicht so viele es gedankenlos oder aus übel angebrachter Bequemlichkeit überträten.

„Slonka von Tschalkoff.“ Ein weibliches „Genie“!

Vor der Ferienkammer des Schöffengerichts in Moabit hat sich eine Hochstaplerin so verantworten, die manchen ihrer männlichen „Kunden“ in den Schatten stellt. Fortgesetzte Betrügereien, die allerdings große Anforderungen an die Beichtgläubigkeit der nun einmal nicht „alle werdenden“ Opfer stellt, werden Charlotte Walter, der Tochter eines anständigen Lederarbeiters, zur Last gelegt. Wie ein Roman jener berühmtesten Zehnplennigheute muten die Schwindelereien dieser Angeklagten an.

In Palermo oder in Rußland hätte ihre Biographie gestanden. Die Angeklagte liebt Abwechslung in ihren Ausschweifungen, sie weiß, ihre „Kunden“ lieben das Romantische. So nennt sie sich weiter Baronin Slonka von Tschalkoff, Witwe eines russischen Barons gleichen Namens, der in Hamburg durch Selbstmord geendet haben soll. Vorübergehend mußte die Baronin arbeiten und sei deshalb Angestellte der russischen Handelsdelegation. Nun ist das Recht geschloffen, die dummen Fliegen werden schon kommen. Und sie kommen, die kluge Spinne hat eine reiche Auswahl! Der erste, der sich allzu willig fangen ließ, bezahlte seine Beichtgläubigkeit mit einer goldenen Uhr mit Kette, einem wertvollen Ludwigswing, einer silbernen Zigarettenbox und vielen baren Geldbeträgen, insgesamt ein Schaden von 2000 Mark. Die Betrügereien wurden immer umfangreicher, die Walter erforderte die unglücklichsten Dinge. In Holland war „Frau Baronin“ kurze Zeit als Schauspielerin tätig, bei einem Konjunkt hat sie dort viel Geld als Depot gelassen, und in einem großen Hotel stehe ein wertvoller Koffer mit kostbarem Schmuck, jarten Angebinde des Herrn Konjunkt. Was die raffinierte Schwindlerin aber auch erlangt, stets fand sie Gutgläubige, die der „interessanten Frau“ mit neuen Händen Geld borgten. Aber auch in Berlin ist die „Gnädigste“ selbstverständlich nicht ohne „Apartements“, — in Wohnungen pflegen sich solche Baroninnen nicht wohl zu fühlen. In der Konigsstraße verwaltet ein Baron von Forell eine Fünfstümmwohnung für sie. In ihrem bewegten Leben lernt die Walter ein Ehepaar kennen, dem sie zunächst die alten Lügen auftrifft. Eines Tages kommt sie plötzlich in die Wohnung ihrer neuen Bekannten und bittet um Aufnahme, da sie krank und, zufällig ohne Logis sei. Als Dank für die erfolgte Gastfreundschaft liefert die Angeklagte prompt weitere Fortsetzungen ihres Romans. Jetzt kommt Wien an die Reihe, wo sich noch umfangreiche Besitzungen ihres verstorbenen Mannes befanden, die durch ihre gräßliche Schwiegermutter verwaltet würden. Das Ehepaar bezahlt für die „Anerkennungen“ in Summa 700 Mark. Wieder einmal braucht „Slonka von Tschalkoff“ dringend Geld, um zu verhindern, daß die Gebeine ihres verstorbenen Kindes, auf dem Tegeler Friedhof exhumiert würden! — Jedes weitere Wort über derartig freche Schwindelereien würde sich in der Tat erübrigen, wenn man nur möchte, worüber man den Kopf schütteln muß! Ueber die Betrügerin oder über die Betrogenen! Man wundert sich, wenn eine solche Leute vom Lande in der Nähe der Großstadtbahnhöfe immer wieder auf die Bauernfänger hereinfallen. Die Geschädigten der Walter alias Baronin Slonka von Tschalkoff gehören durchweg den gebildeten Ständen der Großstadt an...! Charlotte Walter wird vom Gericht zu 1 Jahr und 9 Monate Gefängnis verurteilt, zwei Monate werden auf die Untersuchungshaft angerechnet!

Autobus und Feuerwehr.

Der Zusammenstoß eines Autoomnibusses der Linie 19 mit der Feuerwehr, der sich am 13. Mai nachts zwischen 1 und 2 Uhr in der Königsstraße bei der Kreuzung der Poststraße ereignete und bei dem der Autobus umstürzte, hatte gestern sein gerichtliches Nachspiel in Form einer Anklage gegen den Führer des Autoomnibusses, Kautenberg, der sich vor dem Schöffengericht Mitte unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Kettner wegen Körperverletzung zu verantworten hatte. Die Feuerwehr kam von der Poststraße, während der Autobus aus der Richtung der Kurfürstendstraße die Königsstraße hinunterfuhr. Der Angeklagte bestritt jede Schuld. Er behauptete, daß es ein alter Wagen gewesen sei und daß der Motor auf dem Pflaster ein so starkes Geräusch gemacht habe, daß er die Signale der Feuerwehr aus der Poststraße nicht habe hören können und die Feuerwehr erst gesehen habe, als sie in der Höhe der Königsstraße war. Im letzten Augenblick habe er links ausweichen wollen, sei dann aber gepackt worden. Die vernommenen Feuerwehrleute schrieben dagegen dem Angeklagten alle Schuld zu. Nach ihren Angaben habe die Feuerwehr, wie üblich, dauernd Signale gegeben, die unbedingt gehört werden mußten. Auch eine Reihe von Augenzeugen ist der Meinung, daß die Schuld in erster Linie bei dem Angeklagten zu suchen sei. Er hat die Haltestelle an der Kurfürstendstraße überfahren und fuhr in so schnellem Tempo, daß er den Wagen nicht mehr zum Halten bringen konnte; daher sei sein Bestreben gewesen, nach schnell an der Feuerwehr vorbei zu kommen, weshalb er links ausgab. Der Autoomnibus war zwar ein alterer Wagen, soll aber kurz vorher repariert worden und in gutem Zustande gewesen sein. Es wird auch bestritten, daß ein so starkes Geräusch war, daß die Signale der Feuerwehr nicht gehört werden konnten, da sich an jener Stelle Asphaltpflaster befindet und die Straßen um jene Zeit ruhig waren. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten Kautenberg wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 3 Monaten Gefängnis. Das Gericht hatte dem Angeklagten nicht widerlegen können, daß er die Signale der Feuerwehr nicht gehört habe. Dies wird gewissermaßen unterstützt durch Zeugen, die im Innern des Wagens gefessen haben und die Klingelzeichen ebenfalls nicht gehört hatten. Auch das Verhalten des Angeklagten an der Straßenkreuzung, indem er links abgab, ist nicht unsahgemäß gewesen. Dagegen war die Fahrlässigkeit in seinem Verhalten bis zur Poststraße vorhanden. Wenn er bei dem dritten Gang des Motors nichts hören konnte, wie er angab, mußte er sich besonders vorsichtig der Straßenkreuzung nähern und die Geschwindigkeit so einrichten, daß er den Wagen sofort zum Stehen bringen konnte, weil die Wagen von rechts die Vorfahrt hatten. Er hatte sich aber nicht darauf eingerichtet, sondern ist darauf losgefahren, weil es seine letzte Fahrt war und er nach Hause kommen wollte. Das ist seine Fahrlässigkeit. Das Verurteilte ist nicht allzu groß gewesen, aber immerhin war der Schaden erheblich. Durch das Urteil mußten die Chauffeure Berlins endlich zur Befinnung kommen, daß die Straßen auch für Leute da sind, die nicht Auto fahren. Das Gericht bewilligte dem Beurteilten Bewährungsfrist.

Der Leichenfund im Grunewald aufgeklärt.

Der tote, der im Grunewald gefunden wurde, ist von seiner Mutter, seiner Schwester und seiner Braut an den Kleibungsstuden und den Söhnen, die man bei ihm fand, als ein 29 Jahre alter Kaufmann Erich Wiesner aus der Wilmersdorfer Straße zu Charlottenburg erkannt worden. Wiesner trug sich schon länger mit Selbstmordgedanken, weil er an einem unheilbaren Halsleidenden krankte. Am 30. Juni machte er mit seiner Braut noch einen Ausflug. Wahrscheinlich hat er sich bereits am nächsten Tage im Grunewald erschossen.

Der „Kronprinz von Kurdistan“.

Aus dem Leben eines internationalen Schwindlers.

Seit Juni d. J. verkehrte in den Berliner Kreisen ein gern gesehener Gast, ein Ausländer von etwa 30 Jahren, der sich für einen Sohn des „Emirs von Kurdistan“ ausgibt und es sich auch gern gefallen läßt, daß man ihn in Berlin „Kronprinz von Kurdistan“ nennt und als solchen behandelt und feiert. Der Mann trägt eine schöne türkische Uniform mit knaifrotem Kragen und Ärmelausschlößen, in der er, ziemlich groß und lehnig von Gestalt, recht stattlich aussieht. Sein Haupt schmückt der rote Fez, die Äpfeln ganz breite goldene Äpfelstübe, die Brust ein großer türkischer Orden am Bande und zahlreiche andere Orden, die aufgesteckt sind. Tadellose lange rotbraune Schafstiefel mit goldenen Sporen umschließen die schlanken Beine.

Der „Kronprinz von Kurdistan“ wohnt zunächst in einem vornehmen Hotel und zuletzt in einem Privatlogis in der Mittelstraße. Er verkehrte viel in den Vorhallen der ersten Hotels. Er reiste aber nicht rein zum Vergnügen. In Berlin versuchte er vielmehr, eine Filmexpedition nach seinem Heimatlande zustande zu bringen. Zu diesem Zwecke wandte er sich an mehrere Gesellschaften. Eine solche Expedition nach dem interessanten Lande und unter der Pro-

Abteilungs- u. Kreismieteroblenke

sowie alle im Wohnungswesen tätigen Genossen!

Freitag, den 17. Juli 1925, abends 7 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 24

Wichtige Versammlung

Tagesordnung:

1. Jölle, Steuern und Wohnungswesen. Referent: Minister a. D. Genosse Lipinski.
2. Anträge zum Bezirksrat und Parteitag. — 3. Verschiedenes. Bezirksmieterschutz der SPD.

tektion des „Kronprinzen“ mußte eigentlich reizen. Aber es scheint doch, daß das Unternehmen nicht in Gang kommen will. Bestimmt weiß man nur, daß der „Kronprinz“ zunächst einmal versuchte, auf die Expedition einen Vorstoß von 10 000 Mark zu bekommen. Wie die Sache augenblicklich steht, weiß man nicht recht, die Verhandlungen scheinen sich alle zerfallen zu haben. Vorläufig haben nun die Abteilungen IA und IV des Polizeipräsidiums Veranlassung gefunden, sich den „Kronprinzen“ näher anzusehen und ihn deshalb in Gewahrsam zu nehmen. Es besteht nämlich der begründete Verdacht, daß er niemand anders ist als ein Schwindler, mit dem sich früher schon die amerikanischen und englischen Behörden beschäftigt haben. Im Jahre 1921 trat in Washington ein vornehmer Kurde unter dem Namen „Major Domo“ als Bevollmächtigter einer Prinzessin Fatmah auf, die er begleitete. Das Paar erregte erhebliches Aufsehen und verkehrte in der vornehmsten Gesellschaft. Die Prinzessin fiel besonders durch einen riesigen Brillanten auf, den sie als Schmuck an einem Rosenring trug. Sie wurde für eine echte Prinzessin gehalten und mit ihrem Bevollmächtigten auch im Weißen Hause vom Präsidenten Harding empfangen. Das Paar war geradezu eine Sensation. Bei der Abreise aber haperte es mit der Bezahlung der Schulden. Die große Bereicherung hinderte die praktischen und nüchternen Amerikaner nicht, auf Zahlung zu bestehen, und weil bares Geld nicht oder wenigstens nicht genügend vorhanden war, so mußte Fatmah ihren Brillanten opfern und zum Pfande lassen. Im März 1923 tauchte „Major Domo“ als Prinz von Kurdistan in London auf, fleg im Savoy-Hotel ab und mietete eine Zimmersucht für 200 Mark den Tag. Geld sollte sein Sekretär mitbringen, der in einigen Tagen nachkommen werde. Der kam aber nicht, und so konnte der Prinz nicht bezahlen. Er sah sich genötigt, auszugehen, siedelte nach dem Hyde-Park-Hotel über und berief sich hier auf den türkischen Botschafter, jedoch ohne Erfolg. Es gelang ihm nur, von einem Privatmann 1000 Mark zu borgen. So befaßte sich denn Scotland Yard mit ihm, und das Ergebnis waren 6 Monate schweren Kerkers. Die englische Polizei stellte den Mann als einen damals 28 Jahre alten Kegypter Said Mohamed Kales fest und ermittelte, daß er während seines Londoner Aufenthalts tagsüber in East End bei Schneidern Hosen gebügelt hatte. Abends aber hatte er sich in seiner pompösen Uniform in der Gesellschaft und auf den Decken der Hotels gebührend bestaunen und feiern lassen. Dieser Zwischenfall und der unruhliche Abgang aus Washington hinderten ihn aber, nachdem die Engländer ihn deportiert hatten, nicht, in New York den außerordentlichen Gesandten von Kurdistan zu spielen und wieder in den vornehmsten Kreisen zu verkehren und abermals reichlich Schulden zu machen. Als außerordentlicher Gesandter ging er dann sogar auch nach Washington zurück und traf Anstalten, seinen Freund, den Staatssekretär Hughes, persönlich zu besuchen. Dieser hörte aber rechtzeitig von den Vorbereitungen und erkundigte sich näher nach dem Manne. Da erinnerte man sich denn seines früheren „Gospitals“ und statt zum Staatssekretär wanderte der außerordentliche Gesandte auf ein paar Monate nach Sing-Sing. Von dort entlassen, wandte sich der „Kronprinz von Kurdistan“ im März 1924 nach Liverpool, wo er grobhartig empfangen wurde. Es dauerte aber nicht lange, da mußte man von London her, mit wem man es zu tun hatte und schon den Mann als löstigen Ausländer ab. Jetzt prüft man in Berlin, ob der „Kronprinz von Kurdistan“ jener Schwindler ist.

Die Zahl der Rundfunkteilnehmer.

Die Zahl der deutschen Rundfunkteilnehmer, die am 1. Juni 334 647 betrug, ist immer noch im Steigen begriffen, so daß man für den Herbst mit einer Teilnehmerzahl von einer Million rechnen kann. Die bei weitem meisten Teilnehmer zählt der Sendebereich Berlin mit 848 724 Hörern, dann folgt Hamburg mit etwa 118 000, Leipzig mit etwa 100 000, München mit rund 90 000, Frankfurt a. M. mit 64 810, Breslau mit 47 000, Nürnberg mit 27 000, Stuttgart mit 26 815 und Königsberg mit nicht ganz 15 000 Teilnehmern. Die tägliche Zunahme betrug im Mai 600 Neuanmeldungen.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 16. Juli.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
5-6.30 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann. 7 Uhr abends: Dr. med. B. Hirschfeld: „Hygiene des Halses, der Nase und der Ohren“. 8. Vortrag: „Das Ohr und seine Hygiene“. 7.30 Uhr abends: Reg.-Rat Dr. Friedrich Zacher: „Speicher- und Haushalteschädlinge und ihre Bekämpfung“. 8 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Dipl.-Ing. J. Arend: „Wie gewinnt man Eisen“. 8.30 Uhr abends: Volkstümliches Konzert. Dirigent: Georg Szöll. 1. L. Spohr: Konzert Nr. 8 (in Form einer Gesangszone) (Maurits van den Berg, Violine). 2. Bizet: Blumenaria aus der Oper „Carmen“ (Marcel Nos, Tenor). 3. Bizet: Aria der Micaela aus der Oper „Carmen“ (Asta v. Oppeln-Bronikowski, Sopran). 4. Bizet: Duett Micaela und José aus der Oper „Carmen“ (Asta v. Oppeln-Bronikowski und Marcel Nos). 5. Mozart: Serenade D-Dur (Orchester). Berliner Funkorchester. Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12 Uhr abends: Tanzmusik.

Der Wunderdoktor.

„Hypnotische Fernkuren.“

Ein umfangreicher Kurpfuscher- und Betrugsprozeß begann vor dem Schöffengericht Schöneberg. Die Anklage richtete sich gegen den Tischler Oswald Siemann, der sich den Dokortitel beigelegt hatte und seine Wunderkuren für alle möglichen Krankheiten in Antündigungen anbot. Er nannte sich Homöopath und Arzt. Seine Ausbildung bestand nur in einem einmonatigen Privatkursus bei einem Homöopathen.

Da er in seinen Antündigungen durchblicken ließ, daß er über unfehlbare Mittel gegen gewisse Erkrankungen verfüge, hatte er ganz besondere Zuspruch aus Frauenkreisen, die Rat und Hilfe verlangten, wenn ihnen ein bestimmter Unfall passiert war. Seine Kuren nahm er auch brieflich vor. Er empfing aber auch seine Berliner Patientinnen in seinem Sprechzimmer in Neukölln, das nach Art eines Frauenarztes mit einem Untersuchungsstuhl und mit einer elektrischen Aufstrichmaschine ausgestattet war. Das mit Sicherheit wirkende, seit 20 Jahren glänzend bewährte Mittel „Frauenwohl“ bestand in Teeputern und einer braunen Flüssigkeit. Der Zuspruch war so stark, daß im Jahre Tauende von Leuten die Hilfe des Homöopathen in Anspruch nahmen. Wie die im Ermittlungsverfahren vernommenen über 400 Zeugen angegeben hatten, vertrauten sie auf den Doktor und glaubten, daß sie es mit einem Arzt zu tun hätten. Der Angeklagte bestritt, seine Patientinnen untersucht zu haben und wollte die Krankheiten nur durch „Augendiagnose“ festgestellt haben. Bei den Fernbehandlungen will er mit Hilfe der Hypnose gewirkt haben, da es sich um ausnahmslos eingebildete Kranke gehandelt habe. Die Verteidiger beantragten, Geheimrat Bier als Sachverständigen zu vernennen, der bekanntlich ein Aufsehen erregendes Buch über die Homöopathie geschrieben habe. Die Vernehmung des Angeklagten ließ eine gewisse Tragik in seinem Lebensschicksal zutage treten. Siemann, jetzt ein bald 50 Jahre alter Mann, war in seiner Jugend getrauscht und hatte eine längere Strafe erhalten. Als er diese verbüßt hatte, kam er mit ersten Besserungsabsichten ins Leben zurück. Er bemühte sich auch, ein ordentliches Leben zu führen und erlangte durch Fleiß und Sparsamkeit eine gute Stellung, zunächst als Zeichner für ein Architekturbureau. So hat er die Entwürfe für den Innenausbau des Landgerichtsgebäudes zu Hirschberg in Schlesien und für eine Oberrealschule gemacht. Er wurde dann Mitinhaber einer Möbelfabrik, die aber infolge des Krieges in Konkurs geriet. Daraus erlang er sich wieder eine gute Stellung, bevor sie aber, als er für das Amt eines Schöffen berufen wurde und seine Vorstrafe dabei herauskam. Eine Erfindung auf dem Gebiete der gebogenen Möbel verhielt ihm eine glückliche Zukunft, aber die Geldleute zogen sich immer wieder zurück, wenn ihnen seine Vergangenheit bekannt wurde. Das brachte ihn auf den Gedanken, seinen Namen zu verschleiern, und er legte sich den Dokortitel bei. Auf diesem Wege heiratete er einmal auch als Kurpfuscher und kam dann nach längerer Pause von neuem mit dem Strafschloß in Konflikt. Die Verhandlung wird das Schöffengericht längere Zeit in Anspruch nehmen.

Als die Sorgen kamen...

Das recht schwere Vergehen der Amtsunterschlagung wird dem erst 27jährigen Magistratsinspektor Harry K. zur Last gelegt. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte muß er sich deswegen verantworten. Das Schicksal hat dem Angeklagten böse mitgespielt, seine anerkannte Tüchtigkeit und außerordentliche Fähigkeit habe ihn zu früh an einen Posten gestellt, dessen Verletzungen K. in bitterer Not zum Opfer gefallen ist. K. ist der Sohn hochachtbarer Leute, die ihren begabten Jungen den Besuch eines Gymnasiums ermöglichten. In dem Beamtenberuf, dem sich der Angeklagte widmete, leistete er hervorragendes und wurde früh zum Magistratsinspektor ernannt. Eine weitgehende Selbstständigkeit in der Abteilung für soziale schularztliche Fürsorge wurde ihm zum Verdienst. Als über K., der seine Mutter und die stellungslose Verlobte unterstützte, schwere Sorgen hereinbrachen, ließ er sich verleiten, Gelder zu unterschlagen, die er an Ärzte oder Schwestern anzuweisen hatte. Erst auf eine Anzeige von dritter Seite hin werden die Veruntreuungen entdeckt und dem Gericht übergeben, K. wird vom Dienste suspendiert. Seine Braut begeht Selbstmord, der Angeklagte ist der Bergweisung nahe. Noch einmal rafft er sich auf und er kämpft sich mit zäher Energie eine neue Stellung, er wird Geschäftsführer einer Werk. Als erste Tat ist ein Besuch an den Magistrat, seine Verletzungen zu entschuldigen und das feste Versprechen, in monatlichen Raten von 500 Mark die unterschlagenen Gelder zurückzuerstatten. Das Gesuch bleibt ohne jede Antwort! Das Gericht glaubt dem Angeklagten seinen guten Willen und läßt Milde walten, die Strafe lautet auf acht Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit, ein öffentliches Amt zu bekleiden, auf die Dauer von drei Jahren. — Hat sich aber an verantwortlicher Stelle im Magistrat kein Mann gefunden, der frei von bureaukratischen Bedenken sich sagen mußte, daß hier ein Menschenleben vor dem Gefängnis zu retten war? Ist Bestrafung auf jeden Fall die einzig mögliche Antwort auf eine ehrliche Reue gewesen...?

Ohne ein Wort des Dankes!

An einem der letzten Sonntage herrschte am Grunewaldsee wieder einmal lebhafter Badebetrieb. Wäglich erhalteten laute Hilferufe, allem Anschein nach aus dem dichten Schilf heraus, daß den Ausblick auf den See verdeckte. Der Student der Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau in Dahlem Karl Schneider sprang sofort ins Wasser, bahnte sich zunächst durch den Salamm waten, mit aller Kraft einen Weg durch das dichte Schilf und entschwand dann den Blicken der am Ufer stehenden Menge. Einige junge Leute eilten ihm nach, und nach wenigen Minuten kehrten sie zurück mit einer Dame, die beim Schwimmen zwischen Schlingpflanzen geraten war, sich nicht wieder zu befreien vermochte und bereits das Bewußtsein verloren hatte. Es gelang den vereinten Bemühungen des Lebensretters und anderer hilfsbereiter Menschen, die Befinnungslose wieder ins Leben zurückzurufen. Sie hat sich dann — ohne ihren Namen zu nennen und ohne ein Wort des Dankes — entfernt.

Better für Berlin und Umgegend. Warm und heiler, später Gemütemeigung. — Für Deutschland. Straßische Gemütemeigung, überall warm.



Gewerkschaftsbewegung

(Siehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

Der deutsche Verkehrsband 1924.

Das Jahr 1924 stand im Zeichen des Wiederaufbaues. Es galt zunächst die unter den Keulenschlägen der Ruhrbesetzung und des Währungs zusammenbruchs zu Boden gedrückte deutsche Wirtschaft wieder aufzurichten. Eine zweite große Aufgabe, die uns das Jahr 1924 zuwies, war der Wiederaufbau der Gewerkschaften. In der Lösung beider Aufgaben hat der Deutsche Verkehrsband zu seinem Teile redlich mitgearbeitet. Das große und auch im Interesse aller Arbeitnehmer liegende Werk des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft wurde gefördert, unbekümmert um die Wutausbrüche und Hohnreden der kommunistischen Katastrophen- und Weltrevolutionspropheten in der festen und zweifellos sehr richtigen Überzeugung, daß der soziale Gedanke nur in einer hochentwickelten und prosperierenden Wirtschaft Fortschritte machen kann.

Reich an Opfern und Kämpfen war das verfloßene Jahr. Nach dem Willen der Unternehmer sollten die Lasten des Stabilisierungswertes ausschließlich auf die Schultern der Arbeiterkraft gelegt werden. Kürzung der Löhne und Gehälter, Verlängerung der Arbeitszeit, Beseitigung der „sozialen Lasten“, das waren die Zeichen, unter denen die „nationalen“ Schornsteine stehen wollten. Dazu gefellte sich der Druck einer großen Arbeitslosigkeit, der vom Ende des Inflationsjahres bis weit herein in das Jahr 1924 auf der Arbeiterschaft lag. In wessen Seele nur das Strohfeuer überzeugungsloser Begeisterung brannte, der hielt diesem Druck nicht stand. Gar nicht zu reden von denjenigen, die vorher schon ein widerwilliges Lippenbekenntnis zur gewerkschaftlichen Organisation abgelegt hatten. Sie alle wurden in der Stunde der Gefahr zu Deserteurern an der gemeinsamen Sache.

So hatte denn, wie fast alle anderen Gewerkschaften, auch der Deutsche Verkehrsband im Jahre 1924 noch einen Mitgliederverlust zu verzeichnen. Am Jahresende betrug die Zahl der Mitglieder 274 275, die sich auf 554 Verwaltungsstellen verteilten. Wird die Zeit des Krieges und der Inflation ausgeschaltet und als vergleichbares Jahr 1913, das letzte Friedensjahr vor dem Kriege, in Parallele gestellt — damals betrug die Mitgliederzahl 229 427 —, dann ist

ein harter Fortschritt der Organisation

unverkennbar. In den letzten Monaten ist die Mitgliederzahl dauernd im Zunehmen begriffen, so daß die volle Zahl 300 000 bald erreicht sein wird.

Die Massenverhältnisse des Bundes haben sich, verglichen mit dem Zustande bei Einführung der stabilen Währung, in durchaus zufriedenstellender Weise entwickelt. Der Gesamteinnahme von 6 693 859,16 M. stand eine Gesamtausgabe von 5 397 497,36 M. gegenüber. Das Barvermögen betrug am Jahresende 1 489 676,67 M. Für Unterstellungen wurden im Jahre 1924 insgesamt 1 610 222,68 M. verausgabt. Daß innerhalb Jahresfrist, nach den verheerenden Wirkungen der Inflation, die finanzielle Leistungsfähigkeit wieder auf diese Höhe gebracht werden konnte, zeugt nicht nur für den Opfermut der dem Bunde treu gebliebenen Mitglieder, sondern in gleichem Maße auch für die Lebenskraft der Organisation.

Die Bundespresse, die während der Inflation ihr Erscheinen zeitweise einstellen mußte, wurde wieder in vollem Umfang herausgebracht. Neben dem Hauptorgan „Deutscher Verkehrsband“ werden die Fachzeitschriften: „Die Schifffahrt“, „Deutsche Privat- und Straßenbahnen-Zeitung“, „Post und Telegraphie“, „Luft- und Kraftfahrt“ und die „Hausangestellten-Zeitung“ unentgeltlich an die Mitglieder geliefert.

In den 4390 Lohnbewegungen, die der Deutsche Verkehrsband im Jahre 1924 führte, waren insgesamt 579 437 Personen

beteiligt. Das Ergebnis dieser Wirtschaftskämpfe, die fast ausnahmslos erfolgreich beendet werden konnten, drückt sich neben Verbesserungen der mannigfachen Art in einer Erhöhung des Lohnes um 2 975 141 Goldmark pro Woche für 471 339 Beteiligte aus. Am 31. Dezember 1924 waren 610 vom Deutschen Verkehrsband abgeschlossene Tarifverträge für 33 750 Betriebe mit 395 500 Beschäftigten in Geltung. Diese Zahlen beweisen, daß die Schlagkraft der Organisation ungebrochen erhalten blieb. Von erfolgreichen Kämpfen um die Erhaltung des Achtstundentages im Tarifgebiet des Deutschen Verkehrsbandes sei nur der mehrwöchige Kampf im Hamburger Hafen erwähnt, der mit einem vollen Siege der Hafenarbeiter endete.

Der Gesamteindruck, den man bei der Beurteilung der vom Deutschen Verkehrsband im letzten Jahre genommenen Entwicklung gewinnt, ist der, daß auch diese Organisation Inflation und Stabilisierungstrübe glänzend überwunden hat. Die Arbeiterfunde, die schon von der Vernichtung der Gewerkschaften geträumt hatten, sehen sich enttäuscht.

Ende des kommunistischen Landarbeiterverbandes.

Der kommunistische Land- und Waldarbeiterverband ersuchte vor einigen Monaten den Deutschen Landarbeiterverband um Verhandlungen zwecks Verschmelzung. Der Deutsche Landarbeiterverband konnte dieses Ersuchen nicht als den Ausdruck eines ehrlichen Einigungswillens einschätzen, sondern lediglich als einen Versuch, der kommunistischen Sonderorganisation einen günstigen Abgang zu verschaffen. Er erwiderte daher, daß Verhandlungen erst dann zweckmäßig und angebracht erscheinen, nachdem festgestellt ist, um wieviel Gruppen und Mitglieder es sich handelt, die sich dem Deutschen Landarbeiterverband anschließen wollen.

Diese Einschätzung des kommunistischen Verbandes hat sich jetzt als durchaus richtig erwiesen. Aus allen Teilen des Reiches wird gemeldet, daß von einer Existenz des kommunistischen Land- und Waldarbeiterverbandes keine Rede mehr sein kann. So gut wie alle Ortsgruppen haben sich aufgelöst. Soweit Angestellte vorhanden waren, hat man sie jetzt in den kommunistischen Parteidiensft eingestellt oder, wie vor einigen Tagen im Kreise Insterburg in Ostpreußen geschehen, gegen Aushandigung einer Bescheinigung, in der von Arbeitsmangel gesprochen wird, sofort entlassen. Was von der ganzen Herrlichkeit noch übrig blieb, ist das Verbandsorgan „Freie Landpost“. Dieses wird kostenlos aufs Land geworfen, wo das Papier gebraucht werden kann.

So haben die Kommunisten die Quittung bekommen über ihr frivoles Spaltungsspiel unter der ländlichen Arbeiterschaft. Auf eine Blamage mehr oder weniger mag es ihnen nicht ankommen. Doch die Zeche haben die Landarbeiter zu bezahlen. Niemand hätte die landwirtschaftlichen Arbeitgeber wieder so rücksichtslos auftreten können, wenn nicht die kommunistische Sonderorganisation gewesen wäre, deren ganzes Streben nur auf die Zersplitterung des Deutschen Landarbeiterverbandes und damit auf die Beforgung der Geschäfte der Arbeitgeber eingestellt war. Die Landarbeiter müssen daraus lernen und begreifen, daß es jetzt darauf ankommt, den Deutschen Landarbeiterverband wieder stark und mächtig zu machen.

Stillelegungen über Stillelegungen im Ruhrbergbau.

Essen, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Verwaltung der Zeche „Adler-Rupferdreh“ macht der Belegschaft durch Anschlag bekannt, daß sie infolge der weiteren Verschärfung der Abfahrtsbeschränkungen, ihren Betrieb stillzulegen und der Belegschaft zum 31. Juli zu kündigen. Von den Kündigungen werden 600 Bergarbeiter und 60 Beamte betroffen. Die Zeche ist Eigentum der Bochumer L.-G. für Bergbau. Der Gesellschaft gehören die Zechen Johannes Deimelsberg in Steele, Zentrum 4-6 in Kranz sowie Prinz Wilhelm an. Diese Zechen werden vorläufig noch in Betrieb bleiben.

Vollkommen stillgelegt wurden am Mittwoch die in der

Umgebung von Dortmund liegenden Zechen „Admiral“, „Freie Vögel“, „Unverhofft“ und „Schleswig“. Durch diese Maßnahme werden 1000 bis 1100 Bergleute betroffen. Man hofft, einen geringen Teil von ihnen den nördlichen Randzechen überweisen zu können. Unter die besonders in kommunalen Verwaltungsfreien vorbereitete Ansicht, daß die jetzt 8000 bis 9000 Mann zählende Belegschaft des Eisenwerks „Phönix“ in Hörde namentlich wegen ungenügender Frachtlage den Werken Düsseldorf und Ruhrort gegenüber demnächst um 40 Proz. verringert werden soll, wird von der Verwaltung erklärt, daß aus zwingenden Sparmaßnahme-gründen die Belegschaft im Laufe der Zeit auf die Vorkriegsstärke zurückgeführt wird und infolgedessen in absehbarer Zeit einige kleinere Entlassungen vorgenommen würden.

Der Phönixkonzern will die ihm angeschlossenen Schachtanlagen in Horst-Emscher zum 1. August stilllegen. Durch diese Maßnahme werden insgesamt 4000 Arbeiter und Beamte ihrer bisherigen Einkünfte beraubt. Ein kleiner Teil der Belegschaft wird in Alteneisen Unterkunft finden. Ein anderer geringerer Teil der Arbeiter begibt sich zur Instandhaltung des Betriebes an seine alte Arbeitsstätte. Für Horst-Emscher bedeutet diese Maßnahme den Ruin, denn diese Kommunalverwaltung ist einzig und allein von der Steuerkraft der Betriebe abhängig, und auf die Kaufkraft ihrer Arbeiter und Angestellten angewiesen. Ferner stehen auf den Wöllers-Rheindahlen-Schächten in Gladbeck und Luer Betriebseinsparungen bevor. So soll die Zeche „Scholven“ stillgelegt werden.

Die Lage im Saarbergbau.

Saarbrücken, 15. Juli. (Wrb.) Die normalen Förderungsverhältnisse sind auf Anregung der Gewerkschaften auf sämtlichen Gruben des Saargebietes am Montag wieder hergestellt worden. Es wird jetzt bei der französischen Generaldirektion der Saargruben liegen, so bald als möglich über die Erhöhung der Löhne mit den Organisationen zu verhandeln. Von dem Verhandlungsergebnis wird es abhängen, ob der Wirtschaftsfrieden im Saarbergbau für die kommende Zeit erhalten bleibt. Auch auf der Privatgrube Frankenholtz, wo die Belegschaft mehrere Tage gestreikt hatte, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Zur Illustration der menschenunwürdigen Lohnverhältnisse im Saarbergbau teilt die „Volkstimme“ zwei Beispiele mit. In dem einen ist einem Arbeiter von seinem Gesamtlohn von 671,30 Franken die Summe von 628 Franken im Abzug gebracht worden. In einem anderen Fall erhielt der Arbeiter zum Lebensunterhalt für 10 Tage noch 75,85 Franken nach allen Abzügen. Es versteht sich von selbst, daß ein Arbeiter mit Familie bei den hohen Lebenshaltungskosten im Saargebiet bei einer solchen Entlohnung dem bittersten Mangel ausgesetzt ist.

Der Konflikt im englischen Bergbau.

London, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Krise im englischen Bergbau hat mit dem Beschluß der Bergarbeiterkonferenz, den von der Regierung vorgeschlagenen Schiedsgerichtshof abzulehnen und mit den Unternehmern auf der Grundlage ihrer bisherigen Vorschläge nicht zu verhandeln, eine weitere ernste Verschärfung erfahren. Da andererseits die Unternehmer zweimal als unabänderlich und endgültig die Erklärung abgegeben haben, sie würden ihre Vorschläge nicht zurückziehen, scheint die Gefahr einer Ausweitung im gesamten britischen Bergbau für Ende Juli unmittelbar in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gerückt. Wie verkannt, versucht die Regierung, Unternehmer und Arbeiter noch auf einem anderen Wege zusammenzubringen, nachdem auch die Unternehmer, wenn auch weniger scharf, den von der Regierung eingesetzten Schiedsgerichtshof abgelehnt hatten. In den Gewerkschaftsfreien wird als einziger Ausweg ein teilweiser Rückzug der Unternehmer für möglich gehalten, zumal auch die bürgerliche Öffentlichkeit, die Presse und die Abgeordneten den hartnäckigen Standpunkt der Unternehmer scharf kritisierten und auf den Unternehmerverband einen gewissen Druck ausübten.

LJUERGENS
ALEXANDER PLATZ
Das Haus der
Einkaufenden



Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Freitag, den 17. Juli, abends 7 Uhr, in den „Gophen-Sälen“, Gophenstr. 17/18:
Branchenversammlung der Rohrleger und Helfer.
Tagesordnung: 1. Der Streit im Decliner Baugewerbe. 2. Aufstellung von Lohnforderungen. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Mitgliedsbeitrag legitimiert.
Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig.
Die Vertrauensmännertagung findet um 1/2 Uhr im Galerieraum statt.
Am Freitag, den 17. Juli, nachm. 5/2 Uhr, im Hofenthalet Hof, Rosenhalet Str. 11/12:
Außerordentlich. Branchenversammlung der Zigarettenmaschinenführer und Betriebshandwerker.
Tagesordnung: Stellungnahme zur Lohnforderung.
Die Vertrauensleute treffen sich um 6/2 Uhr in demselben Lokal.
Sonabend, den 18. Juli, abends 7/2 Uhr, im Lokal von Schafe, Lindauer Straße 26 (am Weddingplatz):
Branchenversammlung der Schlossermeister und der dazu gehörigen Berufe.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
Achtung! Verwaltungsmittglieder!
Am Freitag, den 17. Juli, abends 7 Uhr, Sitzung der mittleren Ortsverwaltung.
Die Ortsverwaltung.
Heizungsmonteur und Helfer!
Wegen Streit ist jeder Junge nach Frankfurt a. M. ferngehalten!
Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
Das Vorlesungs-Verzeichnis der Universität Marburg f. d. Winter-Semester 1925/26 ist geg. Postsend. u. 0,50 M. durch das Sekretariat der Universität zu beziehen. (138/17)

Saison - Ausverkauf

Erneute Preisherabsetzung!

Leichte Sommerkleidung	Stoffanzüge, Gr. 1-4, aus haltbarem Buckskin in Sportform, durchweg 5.20
Waschjoppen, glatt und in Sportform; glatt anfangend, mit 4.40 div. einzelne Jacketts i. klein. Größ. 2.75	Stoffanzüge, Gr. 1-7, in Blusen-, Schlüpf- und anderer Form aus farbigen und blauen Stoffen, je nach Qualität und Art 13.50, 10.50, 7.80
Lüsterjackets von 7.— an	Original Kieler-Anzug, Gr. 0-12 in verschiedenen Qualitäten vorrät., Gr. 0/3 anfangend mit 11.—
Khaki-Anzüge Sportform mit langer Hose von 8.— an	Manchesteranzüge, Sportform, Gr. 7/12 15.— Gr. 0/6 10.50
Tussor-Anzüge, imit., Weilig, bastfarbig . . . 32.—, 29.—, 27.—, 21.—	Sportanzüge, Gr. 7/12, Breeches aus Donegal, Gabardine u. mod. gemusterten Cheviotstoffen, je nach Qualität 29.—, 26.—, 22.—, 17.—, 13.— 10.90
Schifflein-Anzüge 10.50	Pyjacks, Gr. 0/6 gefüttert, a. blauem haltbarem Stoff in verschiedenen Qualitäten Gr. 0/3 von 9.— an
Lange Hosen a. Khakistoff. v. 2.40 an	Ulster u. Raglans, Gr. 0/12, schöne moderne Muster, Gr. 0/5 von 10.— an
Tennis- und Strandhosen aus Cheviotstoffen je n. Qualität 16.50, 14.50	Damenwintermäntel mollige Stoffe, fesche Muster, je nach Qualität 25.—, 14.50
Sportanzüge	Kinder-Sommersweater in den schönsten Farben 0.75
Sportanzug mit Breeches aus modernen gemustertem Stoff . . . 22.—	dazu passende Hüschchen . . . 0.60
Waschkordanzüge Sportjoppe m. Breeches oder langer Hose . . 27.50	gestrickte Ueberblusen reine Wolle 2.75
Gabardine-Anzug mit Breeches in mode und grau 29.—	Strickjacken in Backfischergrößen, gute Qualität, reine Wolle, kleinste Größe 4.50
4teileriger Gabardine-Anzug mit Breeches und langer Hose 48.—	Pullover für Damen, reine Wolle 2.90
Knaben- u. Burschenanzüge	
Waschanzüge, Gr. 1/5, Zwirn oder Schifflein 3.90	
Waschanzüge, Gr. 0/10, aus gestr. Perkal und Zephir in Blusen und anderen Form., Gr. 4/7 3.90, Gr. 0/3 2.90	
Kittel-Anzüge aus modelarbenem Rippsstoff, eleg. verarb. mit weißem Kragen und Manschetten 4.—	
Jackettanzüge, Sommer- und Winterpaletots, Wettermäntel, Windjacken, Herrenhosen, Damen-Breeches, Lederbekleidung, Chauffeur-ausrüstungen, Sport-, Oeh- und Jagdpeize in für jede Figur passenden Größen am Lager vorrätig.	
Lederjacken für Herren, aus gutem, braun. Leder, elegant gefüttert . von 59.— an	
Gummimäntel für Herren, kaschmirartiger Stoff, vorzügliche Gummierung 13.75	
Govercoat-Gummimäntel, Schlüpfertform 17.50	

Baer Sohn A.-G.

Chausseestraße 29-30

Reist ins schöne Schlesien!

in seine Hochgebirge, das romantische Vorgebirge, die berühmten Heilbäder und Luftkurorte, altertümlichen Städte, Burgen und Klöster, durch

BRESLAU

Gute, billige Verpflegung, billige Bedarfsmittel, berühmte Bauten (Kathaus, Dominsel, Universität, Jahrhunderthalle usw., Museen, gute Theater.
Näh. Verkehrsüro, Breslau, am Hauptbahnhof 1, 1. Btg.

Besonders wirkungsvoll sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtanfrage des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**



Nelson-Fahrräder

direkt ab Fabrik zu Original-Fabrikpreisen

Seit 1. Januar 1924
weit über 12000 Fahrräder
u. Fahrradrahm. allein in Berlin verkauft

Halbrennmaschinen 1 Jahr schriftl. Fabrikgarantie . . . M. 55.—	Solide Tourenmaschinen 1 Jahr schriftl. Fabrikgarantie . . . M. 75.— 60.—
Nelson-Tourenräder für Damen und Herren 1 Jahr schriftl. Fabrikgarantie . . . M. 88.— 84.—	Nelson-Luxusräder 3 Jahre schriftl. Fabrikgarantie Nelson-Rennmaschinen

Nelson-Herrenrahmen 38.-, 35.-, 32.- | 1 Jahr schriftliche Fabrikgarantie
Nelson-Damenrahmen 41.-, 38.-, 35.- | 1 Jahr schriftliche Fabrikgarantie

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung!
Man verlange kostenlos unsere reich illustrierte Preisliste

Nelson - Fahrradbau G.m.b.H.

Fabrik und Versandabteilung für auswärts
Berlin - Schönberg 305, Akazienstraße 28
Fabrik-Verkaufsniederlagen:
Berlin-Zentrum, Große Frankfurter Str. 66
Berlin-Norden, Chausseestraße 84
Berlin - Schönberg, Hauptstraße 96
Berlin - Neukölln, Berliner Str. 35-39
Verkaufzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends

Hindenburg soll entscheiden!

Reichstagsentscheidung über die Aufwertung: ein Drittel für Aussetzung des Gesetzes, Dringlichkeitsklärung der Mehrheit.

Im Reichstag lagen gestern auf dem Tische des Hauses etwa 50 Hefte, die 466 000 Unterschriften enthalten, die ein Schankfängengesetz mit dem Gemeindebestimmungsrecht verlangen. Ebenso liegt eine Petition aus, die gleichfalls dafür eintritt, die Schankstätten zu beschränken. Sie trägt die Unterschrift: „Millionen von Trinkerkindern“.

Die dritte Lesung des Aufwertungsgesetzes, die an erster Stelle der Tagesordnung steht, wird für einige Stunden zurückgestellt und zunächst in zweiter Lesung der Gesetzentwurf über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt verhandelt.

Abg. Bachmann (Dnat.) berichtet über die Ausschuhverhandlungen.

Der Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung, Graf Raut, setzt sich für die Annahme des Entwurfes ein. Die Kreditanstalt soll vornehmlich Personalkredite geben, die bis 1930 laufen sollen. Außerdem werde sie sich bemühen, insbesondere langfristige Auslandskredite für die deutsche Landwirtschaft hereinzubekommen.

Abg. Schmidt (Soz.):

Während man bei den Beratungen im Handelspolitischen Ausschuh und auch bei den Verhandlungen der Enquetekommission immer wieder hören mußte, die Landwirtschaftler in Krediten, wird in der Begründung des Gesetzes gesagt, der Landwirtschaft müßten unbedingt Kredite gewährt werden. Ein Mitglied dieses Hauses hat in einem Aufsatze auseinandergesetzt, daß bei der Zusammenfassung des Verwaltungsrats der Rentenbank-Kreditanstalt dafür gesorgt werden muß, daß nicht eine bestimmte Agrarorganisation das Übergewicht erhalte. Wir haben im Ausschuh in dieser Richtung gewirkt. Die Begründung der Vorlage in diesem Punkte ist sehr oberflächlich, wie alles, was aus diesem Ministerium kommt. Das ist nicht nur die Meinung der Sozialdemokraten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man hat dem Reichslandbund große Machtbefugnisse eingeräumt, und es ist überhaupt so, daß das Landwirtschaftsministerium in die geistige Abhängigkeit des Reichslandbundes geraten ist. Dieses Ministerium ist schon nichts anderes mehr als der Ballzugausschuh des Reichslandbundes. (Zuruf links: Sein Kommissar!) Das von mir erwähnte Mitglied dieses Hauses hat verlangt, daß die Rentenbank unter der Kontrolle des Staates und der öffentlichen Meinung stehen müsse. Auch hier haben wir dahin gewirkt, daß eine Reihe von Verbesserungen erzielt werden konnten. Es ist uns auch gelungen, die wichtigsten Bestimmungen der Satzungen in das Gesetz hineinzubringen. Diese Satzungen hat man lange verheimlicht, erst auf unser Drängen mußten sie veröffentlicht werden.

Aber trotz der Vorteile, die wir erzielt haben, sind wir doch gezwungen, diese Vorlage abzulehnen. Bestimmend ist dabei für uns, daß die Arbeiter dabei nichts mitzureden haben. Im Ernährungsministerium kennt man wohl alle anderen Organisationen, aber nur nicht den Deutschen Landarbeitervereinband. Wir lehnen es ab, daß uns gestattet sein soll, einen Wunschzettel einzureichen. Ich richte die besondere Mahnung an den Ernährungsminister, mit dem Reichsarbeitsministerium Fühlung zu nehmen, damit er endlich erfahre, was unter Arbeiterverbänden zu verstehen ist. Mit aller Deutlichkeit will ich sagen, daß man in der Landwirtschaft darunter nur zwei Organisationen versteht. Wenn es in der Begründung des Gesetzes heißt, daß die Bank gegründet werden solle, um die landwirtschaftliche Produktion zu fördern, so will ich dazu sagen, daß dazu zu allererst die Arbeiter gehören. Aber der Artikel 165 der Reichsverfassung, der die Mitarbeit der Arbeiter an allen Einrichtungen vorschreibt, scheint für das Ernährungsministerium nicht mehr zu existieren. Wenn die landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden soll, so muß die Mitarbeit der landwirtschaftlichen Arbeiter gesichert sein. Die Arbeiter müssen bei allen Institutionen mitzubestimmen haben, man darf nicht nur einige Konzeptionsbüros hinzunehmen. Aber auf der rechten Seite wird ja unter Wirtschaft und Volkswirtschaft nur die Wahrnehmung der Interessen der Unternehmer verstanden und namentlich der Reichslandbund wirkt rücksichtslos nur für die eigene Tasche. Ist man denn blind der Tatsache gegenüber, daß sich vom Lande eine ungeheure Abwanderung vollzieht, trotzdem die Arbeitsgelegenheiten in der Industrie und im Bergwerk nur beschränkt sind. Man sieht ja jetzt aber schon wieder in zahlreichen Fällen ausländische Arbeiter herein, weil man die Mitarbeit der deutschen Arbeiter gar nicht will. Das steht mit dem Gesetz in Verbindung, denn wir hören, daß auch die landwirtschaftliche Siedlung gefördert werden soll. Um so notwendiger ist es, daß die Arbeiter dabei mitzusprechen haben. Wir haben beantragt, daß der Bau kleiner Landarbeiterwohnungen durch die Gemeinden mit Mitteln des Reichs gefördert werden soll. Wenn die Rentenbank auch nicht direkte Kredite geben kann, so kann sie doch dafür sorgen, daß in diesem Sinne gewirkt wird.

Wie bei allen anderen öffentlichen Einrichtungen schalten sie auch hier geflissentlich die Arbeitervertreter aus, und wenn wir gegen die Vorlage stimmen, trotzdem sie auch manches Gute enthält, so soll es ein Warnungsschild sein, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, sich ihre Rechte nehmen zu lassen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Namens der Kompromißparteien gibt Abg. Dietrich-Prenzlau (Dnat.) eine Erklärung ab, in der der Vorlage zugestimmt wird.

Abg. Hörske (Komm.) lehnt für seine Partei den Entwurf ab.

Abg. Rönneburg (Dem.) übt scharfe Kritik an dem Entwurf, erklärt aber, seine Partei werde zustimmen, um der Landwirtschaft zu helfen.

Abg. Schröder-Mecklenburg (Völk.): Die Völkischen werden dem Gesetz ihre Zustimmung geben.

In der Einzelaussprache lehnte sich Frau Abg. Sender (Soz.) nochmals für die sozialdemokratischen Anträge ein.

Damit ist die zweite Lesung des Gesetzentwurfes für die Errichtung der Rentenbank-Kreditanstalt beendet, bis auf die ausgelegten Abstimmungen. — Das Haus wendet sich dann der

3. Lesung des Hypothekenaufwertungsgesetzes

zu. — In der allgemeinen Aussprache gibt nach Äußerungen des Abg. Henning (Völk.) Abg. Reil (Soz.) für die Sozialdemokratische Partei eine Erklärung ab, die wir an anderer Stelle veröffentlichen.

Präsident Löbe teilt dann dem Hause mit, daß die Völkische Arbeitsgemeinschaft einen Antrag eingebracht habe, der verlange, daß die Verkündung des Aufwertungsgesetzes um zwei Monate auf Grund des Artikels 72 der Reichsverfassung ausgesetzt werde.

Abg. Philipp (Dnat.) erklärt seine Zustimmung zu einer Resolution der Sozialdemokraten, in der verlangt wird, daß die öffentlichen Bauarbeiten nicht höher aufgewertet werden sollen als die Hypotheken.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Dr. Korsch (Komm.), teilt Präsident Löbe mit, daß die Kompromißparteien einen Eventualantrag für den Fall der Annahme des völkischen Antrages eingebracht haben, in dem verlangt wird, daß das Gesetz für die Aufwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen für dringlich erklärt werde.

Das Haus nimmt dann Bestimmungen vor und lehnt dabei u. a. einen Antrag Korsch (Komm.) auf Rückverweisung der Vorlage an den Aufwertungsausschuh gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und Völkische ab.

Der auch in 3. Lesung wieder eingebrachte Antrag Reil (Soz.), den Aufwertungssatz für Hypotheken von 25 auf 40 zu erhöhen, wird in namentlicher Abstimmung mit 244 gegen 181 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, abermals abgelehnt.

Die Einzelabstimmung erbrachte unter Ablehnung aller Anträge der Opposition von der kompakten Mehrheit der Kompromißparteien die Aufrechterhaltung der Kompromißvorlage.

Vor der Schlussabstimmung über das Hypothekenaufwertungsgesetz wendet sich

Abg. Reil (Soz.)

scharf gegen den Abgeordneten Henning, der den letzten Augenblick der Beratung zu benutzen suchte, um der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie handele in der Aufwertungsfrage gegen ihre Grundsätze. Was versteht Herr Henning von sozialdemokratischen Grundsätzen? Wir Sozialdemokraten haben zum Unterschied von den anderen Parteien den Gläubigern und Sparern keinerlei Besprechungen gemacht. Wir haben bei den Beratungen im Ausschuh und hier im Plenum nicht einen einzigen Antrag gestellt, der nicht mit unserer grundsätzlichen Anschauung und unserem wirtschaftlichen Gewissen vereinbar wäre. Wie im Ausschuh hat auch hier die Mehrheit jede sachliche Würdigung unserer Anträge abgelehnt. Wenn wir den Versuch unternehmen würden, die wichtigsten Fragen in der dritten Lesung noch einmal aufzurollen, so würde die Mehrheit dieselbe Stellung einnehmen. Um das festzustellen, werden wir zwei Stichproben vornehmen und beiden §§ 4 und 8 namentliche Abstimmungen beantragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Richthofen (Dem.) erklärt noch einmal, daß seine Partei dem Gesetz nicht zustimmen könne, da es in den Beratungen keine Verbesserung erfahren habe. (Beifall links.)

Abg. Hergt (Dnat.) Wir halten es für unter unserer Würde liegend (Lärm links), auf die rein demagogische und agitatorische Haltung der Sozialdemokraten einzugehen. Die Mehrheit wird sich von selbst durchsetzen. (Beifall rechts; Gelächter links.)

Abg. Seiffert (Völk.) unterstützt den sozialdemokratischen Antrag.

Abg. Korsch (Komm.) erklärt, daß die Kommunisten die gegenwärtige Vorlage ablehnen und darüber hinaus dem Antrag auf Aussetzung der Verkündung des Gesetzes zustimmen würden, um dem Reichspräsidenten von Hindenburg Gelegenheit zu geben, seine den Sparern gemachten Versprechungen zu erfüllen.

In der namentlich vorgenommenen Schlussabstimmung stimmt das Haus mit 230 gegen 197 Stimmen bei einer Enthaltung der Kompromißfassung des Gesetzes über die Aufwertung von Hypotheken und sonstigen Ansprüchen zu.

Die Beratungen wurden hierauf, nach 9 Uhr abends, auf 20 Minuten vertagt, um den Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem völkischen Antrag auf Aussetzung der Verkündung des Gesetzes zu geben.

Um 10 Uhr eröffnet Präsident Löbe die Sitzung wieder und teilt, auf Wunsch, mit, daß das Hypothekenaufwertungsgesetz nur mit einfacher Mehrheit, nicht mit 2/3 Mehrheit angenommen ist.

Abg. Dr. Best begründet seinen Antrag auf Aussetzung der Verkündung des Hypothekenaufwertungsgesetzes um 2 Monate.

Abg. Dr. Berndt (Sp.) wendet sich gegen die Auslegung des Abg. Reil, der dem Reichspräsidenten die Verantwortung für die Aufwertungsgesetze zuschieben wolle. Der Reichspräsident brauche zur Verkündung des Volksgesetzes die Gegenzeichnung eines Staatsministers. Und den Staatsminister wolle er sehen, der in diesem Falle gegenzeichnete.

Abg. Koch-Beser (Dem.) erklärt, daß die Demokraten den Antrag auf Aussetzung der Verkündung des Aufwertungsgesetzes nicht unterstützen würden.

Abg. Dr. Korsch (Komm.) besteht auf der Aussetzung der Gesetzesverkündung.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag auf Aussetzung der Gesetzesverkündung mit 169 gegen 249 Stimmen angenommen.

Präsident Löbe stellt fest, daß also das erforderliche Drittel erreicht ist.

Der Kompromiß-Eventualantrag, des Aufwertungsgesetzes als dringlich zu bezeichnen, wird dann in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Demokraten angenommen.

Um 10 1/2 Uhr abends vertagte sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr: 3. Beratung des Gesetzentwurfes über die Abfassung öffentlicher Anleihen.

Präsident Löbe erklärt, daß die Tätigkeit des Reichstags damit erledigt sei. Das Weitere lege nun beim Reichsrat und beim Reichspräsidenten.

Zustimmung des Reichsrats.

Der Reichsrat beschäftigte sich gestern gleichfalls mit dem vom Reichstag angenommenen Hypothekenaufwertungsgesetz; er verzichtete auf die Erhebung eines Einspruchs und erklärte das Gesetz ebenso wie der Reichstag für dringlich.

Mindestzölle sind unnötig!

Der Bericht des Agrarenquête-Ausschusses.

Der Agrarenquête-Ausschuh des Reichstags, und zwar der aus sechs Wissenschaftlern bestehende engere Ausschuh, hat am Dienstagabend, den 14. Juli, seine Untersuchungen abgeschlossen und über das Ergebnis an den handelspolitischen Ausschuh des Reichstags einen ausführlichen Bericht abgegeben.

In der Einleitung zu diesem Bericht stellt der Ausschuh in sehr scharfen Ausdrücken fest, daß man ihm für seine Arbeiten eine völlig ungenügende Zeitspanne zur Verfügung gestellt habe. Die verflochtenen Monate hätten der Reichsregierung hinreichend Zeit zur Vorbereitung und Durchführung einer gründlichen Untersuchung geboten. Nur der Umstand, daß ganz allgemein ein starkes Bedürfnis nach sachlichen Unterlagen für die Behandlung der Zollfrage vorhanden ist, habe die Mitglieder veranlaßt, sich trotz ihrer großen Bedenken an diesen Untersuchungen zu beteiligen. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß gerade aus den Mängeln dieser Untersuchungen die Notwendigkeit gefolgert wird, auch in Deutschland die Methode der wissenschaftlich-parlamentarischen Untersuchung auszubauen und zu vervollkommen.

Ein großer Teil des Berichts ist tatsächlichen Feststellungen über die Lage der Landwirtschaft gewidmet. Im ersten Abschnitt werden zunächst die weltwirtschaftlichen Bedingungen untersucht, von denen die Lage der deutschen Landwirtschaft beeinflusst wird, im zweiten Abschnitt die besonderen deutschen Verhältnisse. Zu der Entwicklung auf dem Weltmarkt wird festgestellt, daß durch die neue Preissteigerung auf der ganzen Welt das

Mißverhältnis der Preise für Agrarprodukte gegenüber den Preisen der industriellen Erzeugnisse erheblich vermindert worden

ist. In den Vereinigten Staaten ist die Preischere stark verengt, in einzelnen Ländern, wie in England und Dänemark, war sie nach den letzten statistischen Unterlagen geschlossen.

Bei der Untersuchung über die besonderen wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland wird festgestellt, daß die Schwierigkeiten der Landwirtschaft zu einem ganz wesentlichen Teile darauf zurückzuführen sind, daß die deutschen Landwirte für ihr Getreide infolge der noch immer nicht aufgehobenen Ausfuhrverbote einen Preis erhielten, der hinter dem Weltmarktpreis erheblich zurückblieb. Trotzdem hat eine eingehende, unter Berücksichtigung von vier verschiedenen statistischen Methoden durchgeführte Untersuchung ergeben, daß auch in Deutschland die Preisverhältnisse für die Landwirtschaft günstiger geworden sind.

Die Preischere sei im allgemeinen gegenwärtig geschlossen, wenigstens soweit es sich um die industriell erzeugten Produktionsmittel der Landwirtschaft handelt. Eine Ausnahme bildeten nur die Handwerksleistungen und die persönlichen Bedarfsgüter des Landwirtes.

Zur Frage der Verschuldung ist eine große Anzahl von Sachverständigen gehört worden, vor allem Vertreter der zentralen Kreditinstitute, der Reichsbank, der Rentenbank, der Preußischen und der Preussischen Hypothekenbank. Es hat sich bestätigt, daß die Kreditnot und die Höhe der Zinsen wohl das ernsteste Problem für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion ist. Gleichzeitig haben die Feststellungen dieser Sachverständigen jedoch dazu beigetragen, übertriebene Beforgnisse über die Mobilisierung der neuen Ernte und über die Zurückzahlungen von Wechselverbindlichkeiten zu zerstreuen. Es wurde festgestellt, daß der Betrag von Wechseln, der nach der Ernte zurückzahlen ist und für den neue Kreditmöglichkeiten zunächst nicht bereitstehen, nur etwa 5 Proz. der gesamten kurzfristigen Kredite beträgt, die der Landwirtschaft in den letzten 1 1/2 Jahren zugeflossen sind. Diese Feststellungen sind besonders interessant, nachdem der Landbändler Schlangenschnitten sich zu der Behauptung verstellte, die Landwirtschaft brauche die vorgesehenen Zölle, um die Kredite zurückzahlen zu können.

In sehr entschiedener Weise weist der Bericht auf die steuerliche Belastung der Landwirtschaft, vor allem aber auf die

Konstruktionsfehler unseres Steuerwesens

hin. Die Umsatzsteuer für agrarische Erzeugnisse, insbesondere für Brotgetreide, wird als eine der schlechtesten Steuern bezeichnet, die es gibt, und ihre Aufhebung gefordert.

Der Ausschuh sagt seine Feststellungen über die Lage der Landwirtschaft dahin zusammen, daß in den Jahren seit 1919 die Roherträge der Landwirtschaft und ihre Intensität sich in einer stark aufsteigenden Richtung bewegt haben, ohne jedoch Intensität und Roherträge von 1913 schon erreicht zu haben. — Ein sehr wichtiger Punkt in diesem Bericht ist

die soziale Auswirkung der Zölle.

Bezüglich der Belastung der Konsumenten bemühte man die Berechnung, die kürzlich durch die Gewerkschafts- und Parteipresse gegangen ist und nach der eine minderbemittelte 5köpfige Familie durch die Lebensmittelzölle mit einer Mehrausgabe von 150 M. jährlich belastet wird. Gegen diese Berechnung wurde lebhaft eingewandt, daß die Zölle sich vielleicht nicht voll auswirken würden, eine Annahme, der jedoch Sering mit aller Entschiedenheit entgegentritt.

Nach dieser ausführlichen Konstatierung der wichtigsten Tatsachen, die für die Beurteilung der Zollpolitik den Ausgangspunkt bilden, wendet sich der Bericht den Zollfragen selber zu. Es wird festgestellt, daß der Regierungsentwurf den Plan eines fast lückenlosen Zolltarifes enthält.

Dieses System des lückenlosen Zollschutzes wird von dem Ausschuh einmütig abgelehnt, weil es der Wirtschaftslage Deutschlands nicht entspricht.

Deutschland ist als überöfferner Industriestaat darauf angewiesen, sein Preisniveau nicht unnötig über dasjenige des Weltmarktes zu heben. Es wird daher im Interesse der Landwirtschaft der Abbau vieler Industriezölle gefordert. Wenn Industriezölle nicht bestünden, könnte die deutsche Landwirtschaft eines Zollschutzes entbehren. Solange ein Abbau der Industriezölle nicht erfolgt ist, hält es der Ausschuh jedoch für erforderlich, daß der Landwirtschaft ein Ausgleich zuteil wird. Dieser Ausgleich darf sich aber nicht in mechanischer Weise, nicht nach dem Prinzip des lückenlosen Zolltarifes vollziehen. Er muß sich mit einem aufbauenden Gedanken verbinden. Die Agrarzölle, soweit sie von dem Ausschuh gebilligt werden, sind als Teil eines Intensivierungsprogrammes anzusehen, das gleichzeitig auf die Tragfähigkeit der Verbraucher Rücksicht nimmt. Der Ausschuh war sich aus diesen Gründen darüber einig, daß die Berechnungsergebnisse eine Bevorzugung erfahren müssen. Zwei Mitglieder des Ausschusses, Sering und Aeroboe, entwickeln nun an diesem Grundgedanken den Vorschlag eines Zollsystems, das auf Zollfreiheit für sämtliche Futtermittel und Brotgetreide, ferner auf Zollfreiheit für Geflügelfleisch, dagegen auf einem Zollschutz für die Bereidungsprodukte der Viehhaltung, in erster Linie Molkereiprodukte, Frühgemüse und Qualitätsfleisch, aufgebaut ist. Dieses System ist als ein realer Erziehungszoll gedacht. Man hofft, daß die Belastung der Verbraucher, die durch Zollfreiheit für Geflügelfleisch und Getreide schon auf ein Drittel der im Regierungsentwurf vorgesehenen Belastung herabgedrückt ist, nur eine ganz vorübergehende sein wird. Bei vollkommener Einfuhr von Kraftfuttermitteln würde es möglich sein, den Bedarf der Bevölkerung an tierischen Erzeugnissen nach einer ganz kurzen Zeit vollständig im Inlande zu decken, und die Preise würden nach vorübergehender Steigerung auch für die zollgeschützten Produkte dann wieder einen normalen Stand annehmen.

Brotgetreidezölle hält diese Gruppe des Ausschusses nicht für gerechtfertigt.

Sie treffen den ärmsten Haushalt im Lande, während jeder Beweis dafür fehlt, daß der deutsche Getreidebau durch

eine überlegene Auslandskonkurrenz für gefährdet anzusehen ist. Während Getreidezölle auch dem untüchtigen Landwirt erhöhte Einnahmen schaffen, kommen die Zölle auf Erzeugnisse der tierischen Veredelungswirtschaft vornehmlich dem tüchtigen Landwirt zugute.

Die 4 anderen Mitglieder des Ausschusses (August Müller, Rothke, Warmbold, Sagawe) haben sich diesem Gutachten nicht angeschlossen. Sie glauben, auf einen Schutz des Getreidebaus nicht verzichten zu können, weisen aber gleichzeitig darauf hin, daß es sich ja nur um eine Regelung für kurze Fristen handelt. Neben den eigentlichen Getreidezöllen befürworten sie auch einen Zoll auf Mais und Futtergerste, sie schließen sich also in wesentlichen Punkten an die Vorlage der Regierung an.

Mit Rücksicht auf die Handelsvertragsverhandlungen halten die Mitglieder des Ausschusses sämtlich Verhandlungszölle auch für Brotgetreide für erforderlich, um die agrarischen Exportländer zum Abbau ihrer Industriezölle zu veranlassen.

Die Forderung nach Mindestzöllen wird dagegen auch von den Befürwortern der Getreidezölle im Ausschuss nicht erhoben.

Die Textil-Fertigungsindustrie bedroht.

Späte Vorstellungen der Interessenten.

Das skandalöse Verhalten der Regierungsparteien, die alle Gründe gegen die unerhört hohen Textilzölle vollkommen ignorieren und ohne ein Wort der Widerlegung alle Abänderungsanträge niederstimmen, hat die gewerblichen Verbraucher von Textilergzeugnissen im Interesse der Lebensfähigkeit ihrer Industrie auf den Plan gerufen. So war vor einigen Tagen eine Deputation aus der Seidenkonfektion im Reichstag, um den Vertretern der Parteien den Nachweis zu führen, daß die enormen Zölle auf Seidenwaren zu einem Niedergang der ganzen Produktion für den Export und zu einer gewaltigen Verminderung der Erzeugung für den Innenmarkt führen müssen. Solche Deputationen sind den Regierungsparteien höchst unbequem. Der Vertreter des Zentrums, Herr Dr. Lammers, hat deshalb den Vorsitzenden des Zollausschusses ersucht, dafür zu sorgen, daß die Abgeordneten von dieser Frage verächtet werden. Die genannte Kommission sprach auch mit dem Vertreter der Wirtschaftspartei im Zollausschuss Herrn Drewes. Dieser Herr gab den Vertretern der Konfektionsindustrie in allen ihren Darlegungen recht und gestand, aber trotzdem für den Zolltarif stimmen zu müssen, um die Regierung zu „schützen“. Das müssen sich die Wähler des Herrn Drewes merken. Sie haben ihn doch gewählt, damit er ihre schwache wirtschaftliche Existenz vor den Gefahren der großkapitalistischen Beherrschung der Wirtschaft schützen sollte. Jetzt „schützt“ er die Regierung, die die Bereicherungspolitik der Großkapitalisten fördert.

Herr Drewes gehört auch zu den Leuten, die den Tarif nur befristet bewilligen wollen. Aber die befristete Bewilligung wird genügen, hochwertige Industriezweige unserer Wirtschaft zum Absterben zu bringen; denn wenn die Befristung überhaupt beschlossen wird, so dürfte sie doch auf Jahre hinaus bestehen. Wie der hohe Zoll die Fabrikation der verarbeitenden Industrie verteuert und ihre Konkurrenzfähigkeit aushebt, zeigen folgende Angaben aus der Konfektion seidenen Blusen und Kleider:

Artikel	Verkaufspreis	Zollbelastung
	in	in Proz.
Leichte Crepe-de-chino-Bluse	13,90	2,40 18
Langärmelige Crepe-de-chino-Bluse	25,50	3,50 20
Crepe-de-chino-Kleid ohne Kermel	27,50	4,30 16
Crepe-de-chino-Kleid mit Kermel bestickt	74,—	11,72 21
Crepe-Georgette-Kleid im letzten Federbesatz	88,—	7,20 19
Ein rein kunstseidenes Kleid mit Federn	37,50	8,36 22

Das ist gegenüber dem Zoll in der Vorkriegszeit eine Steigerung um das Zweieinhalbfache. Die Seidenkonfektion Deutschlands soll ihrem ausländischen Konkurrenten also mit einer Belastung von 20 Proz. im Konkurrenzkampf entgegentreten. Es ist ohne weiteres ersichtlich, daß eine solche Zollpolitik für die verarbeitende Industrie geradezu vernichtend sein muß. Das gleiche gilt, teilweise sogar im erhöhten Maße, für die Konfektion wollenen Damen- und Kinderkleider. Es ist aber nicht zu glauben, wie politisch naiv die Arbeiterkreise sind. Als der oben erwähnte Deputation vorgehalten wurde, daß sie sich reichlich spart, erklärte sie, man hätte es nicht für möglich gehalten, daß die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien so verfahren würden, wie es jetzt geschieht. In den Vorkriegsjahren habe das Kabinett immer erklärt, der Reichstag werde schon einen gerechten Interessenausgleich herbeiführen. Mit Hilfe des Reichstags werde die Regierung manchen Zweig der Vorlage, der zu lang hervorgehoben sei, auf das zulässige Maß zurückführen. Jetzt aber zeige sich, daß feste Vereinbarungen zwischen der Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien getroffen sind, die Vorlage, so wie sie ist, anzunehmen. Die Leute waren einfach sprachlos, als ihnen gesagt wurde, daß der Abgeordnete Hoff von der Deutschen Volkspartei an einen Industriellen in Blauen geschrieben hat, die Regierung verhandle mit den Regierungsparteien um die Vorlage en bloc anzunehmen.

Jetzt erst erkannte die verarbeitende Industrie die ganze Gefahr des Hochzollzollens, denn soviel weiß sie auch, daß die große Gefahr besteht, bei den Handelsvertragsverhandlungen auf den hohen Zöllen sitzen zu bleiben. Dann ist aber die deutsche Industrie erledigt. Das Ganze nennen die Parteien der Beutelschneiderei aber: „Nationale Wirtschaftspolitik“.

Hermann Krähig.

Die Erhebungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes über den Geschäftsgang in der deutschen Textilindustrie ergaben, daß sich der Beschäftigungsgrad gegenüber dem Monat Mai kaum verändert hat. Diese Tatsache mag vielleicht mit der veränderten Beobachtung zusammenhängen, daß augenblicklich in Handwerkerkreisen zum Teil aus spekulativen Erwägungen größere Nachfrage nach Ware herrscht, während der tatsächliche Absatz in der Bevölkerung, besonders infolge der steigenden Nahrungsmittelpreise, mehr als je sinkt.

Die Erhebungen des Textilarbeiterverbandes ergeben für den Monat Juni 10 720 Arbeitslose gegenüber 10 167 Arbeitslose im Monat Mai. Prozentual hat sich demnach die Arbeitslosigkeit geringfügig von 3,2 auf 3,4 Proz. gesteigert. Dagegen hat sich die Anzahl der Kurzarbeiter verringert, und zwar von 52 719 im Monat Mai auf 52 373.

Amerikanische Produktionsmethoden in der Herrenkonfektion. Die englisch-amerikanische Herrenkonfektionsfirma Polikoff, Ltd., London, wird, wie der „Konfektionär“ erzählt, demnächst in Frankfurt a. M. ein Zweighaus gründen, in dem sie Herrenkonfektion nach amerikanischen Massenproduktionsmethoden herstellen will. Die Polikoff'sche Zweigfirma in Frankfurt a. M. soll im Anfang nur 200 Angestellte pro Woche stellen, man hofft jedoch, es im Laufe der Zeit bis zu einer Produktion von 10 000 Angestellten pro Woche bringen zu können. Das Anfangskapital der Frankfurter Firma wird eine Million Mark betragen. Inwiefern das neue Projekt geeignet sein wird, der durch langjährige Praxis und Qualitätsbezeugung erfolgreich eingeführten deutschen Herrenkonfektion eine Konkurrenz zu bedeuten, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen.

Die Preiskämpfe im Textilgewerbe.

Im Textilgewerbe spielen sich bekanntlich sehr heftige Preiskämpfe ab. Auf der einen Seite stehen die Einzelhändler, die mit den Konsumenten auf die Preise drücken, weil sie wissen, daß sie nur zu billigen Preisen Ware absetzen in der Lage sind, auf der anderen Seite die Fabrikanten, die nur schwer zur Preisentfaltung zu bewegen sind. In diesem Zusammenhang ist die nachfolgende Resolution, die der Verein Deutscher Wirkerien auf seiner letzten Mitgliederversammlung in Nürnberg gefaßt hat, von besonderem Interesse:

„Der Verein Deutscher Wirkerien verpflichtet seine Mitglieder, Verlangen der Kundschäft auf Gewährung von Preisnachlass auf Abzählung zu festen Preisen unter allen Umständen abzulehnen. Gejunkene Marktpreise für Rohstoffe können ebensowenig einen Grund für ein solches Verlangen abgeben, wie umgekehrt eine Erhöhung der Gesehungskosten des Fabrikanten diesen nicht berechtigt, Aufschläge zu verlangen. Die rückgängige Tendenz der Wollpreise hat sich zudem im Fertigerzeugnis nicht entsprechend ausgewirkt, weil die übrigen Gesehungskosten (Löhne usw.) inzwischen wieder gestiegen sind. Schließlich haben sich die Fabrikanten für fest abgeschlossene Verträge als umsichtige Fabrikanten mit Rohstoffen fest eindecken müssen, so daß die Senkung der Wollpreise in den Gesehungskosten überhaupt nicht zur Geltung kommt. Der Verein Deutscher Wirkerien hält sich im Interesse der deutschen Wirtschaft für verpflichtet, als obersten Grundsatz des Wirtschaftslebens das Gebot unbedingter Vertragstreue hochzuhalten. Nur auf einer solchen gefestigten Grundlage ist eine Gesundung unserer gesamten Verhältnisse überhaupt möglich.“

Aus Kreisen des Einzelhandels erfahren wir hierzu folgendes: Wirt- und Wollwaren benötigen eine Fabrikationsdauer von zirka einem halben Jahre. Sie werden von den Einzelhandelsgeschäften bei den Wirkerien in der Regel im Februar, März bestellt und im August, September geliefert. Der größte Teil der Wirkerien bestet sich je nach dem Auftragsingang sofort mit den für die Fabrikation der Aufträge notwendigen Wollgarnen ein. Der geringste Teil der Fabrikanten spekuliert, d. h. er wartet mit der Eindeckung der Wollgarnen, wenn er glaubt, diese vorteilhafter vornehmen zu können, als wenn er sich die Wollgarnen sofort beschafft, eine geraume Zeit. Nun haben diese Firmen, die sich nach diesen Grundsätzen eindecken, in diesem Jahre das Glück gehabt, daß bei der Wollaution in London am 5. Mai ein sehr erheblicher Preissturz begann. Aber für diese Fabrikanten besteht eine andere Gefahr, nämlich die, ob sie in der Lage sind, die Lieferfristen, soweit solche in den Abzählungen festgesetzt sind, auch einzuhalten. Und wenn sie das nicht können und bei den Einzelhändlern, ihren Abnehmern, um Gewährung längerer Fristen nachsuchen werden, so haben diese die Möglichkeit, auf die Preise zu drücken. Selbst von denjenigen Wirkerien, die sich sofort bei den Abzählungen mit dem notwendigen Wollgarn versehen haben, hat jedoch ein Teil Zirkulare an die Kundschäft verschickt, daß sie bereit sind, sich nicht an die Abzählpreise zu halten, sondern zu den Tagespreisen, wenn diese niedriger als die Abzählpreise sind, liefern werden. Unter den Firmen, die ein derartiges Zirkular versandt haben, ist z. B. die Fabrikantin der Jäger- und Ribana-Wäsche, die ein gewisses Monopol für ihre Fabrikate besitzt. Aus den erwähnten Beispielen geht hervor, daß in manchen Fällen Preisabschlüsse mit Rücksicht auf die allgemeine Marktlage durchaus möglich sind und den Fabrikanten zur Aufrechterhaltung ihres Absatzes sogar dienlich erschienen.

Wir unsererseits möchten dazu betonen, daß die Vertragstreue selbstverständlich das oberste Prinzip jeder geschäftlichen Betätigung sein muß und daß es notwendig ist, überall zu festen Verträgen zu kommen, deren Innehaltung auch gewährleistet ist. Die Produzenten machen nun ihren Abnehmern die Vertragstreue oftmals schwer, indem sie durch zu hohe Preise und offenbar ungerechtfertigte Gewinnquoten die Ware künstlich verteuern. Daher kann es gar nicht schaden, wenn die Einzelhändler mit allen Mitteln auf die Preise zu drücken versuchen und wenn sie feste Verträge und doch möglichst billige Preise zu erreichen bestrebt sind. Wenn es gelingt, beide Prinzipien miteinander zu vereinigen, dann ist ein sehr großer Schritt vorwärts zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens getan.

Der Bauauftrag der AEG. Eine lebhaftere Ausdehnung der AEG-Aktien, die in den letzten Tagen zu verzeichnen war, wird an der Börse mit dem an die AEG. erteilten Bauauftrag für das neue städtische Kraftwerk in Kummelsburg begründet. Die Höhe dieses Auftrags wird auf 60 Millionen Mark beziffert. In dieser Form ist die Nachricht falsch. Die AEG. kommt, wie wir hören, nur als Lieferantin der drei Turbo-Dynamo-Aggregate von je 75 000 Kilowatt Leistungsfähigkeit und der elektrischen Ausrüstung (Kabellegung usw.) des Kraftwerks in Betracht. Die Kosten dieses Teiles der Bauausführung können auf etwa ein Drittel, höchstens auf zwanzig Millionen Mark, geschätzt werden. Daneben laufen aber noch die Aufträge für die Kanalausführung, für die Hochbauten, für die Reservoiranlagen und für die Kohlenförderung. Diese Aufträge stellen zahlenmäßig den viel größeren Teil der Ausgaben dar. Aus der Presse ist bereits bekannt geworden, daß die Direktion der Elektrizitätswerke die Absicht hat, die Ausführung der Hochbauten der Sozialen Bauhütte zu übertragen, wogegen die Unternehmer einen großen Protestrummel bereits inszeniert haben.

Schnellbahnen zur Milderung der Arbeitslosigkeit. Im Rathaus zu Köln hat am 11. Juli eine Besprechung der Oberbürgermeister, Landräte und des Direktors des Ruhrkohlenfeldesverbandes über die Rheinisch-Westfälische Schnellbahn stattgefunden. Hierbei ist folgende Entschliessung gefaßt worden: „Die Städte Bochum, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hamborn, Köln, Mülheim, Oberhausen, die berühmten rheinischen und westfälischen Landkreise und der Ruhrfeldesverband befanden ihren einmütigen und entschlossenen Willen, die Rheinisch-Westfälische Schnellbahn bald zur Durchführung zu bringen. Sie erklaren in der Schnellbahn ein für die Fortentwicklung und die Wohlfahrt des Bezirkes bringend nötiges Unternehmen, das zu einer starken Belebung von Industrie, Handel und Gewerbe führen wird. Sie sind davon überzeugt, daß die Schnellbahn zu einem günstigen wirtschaftlichen Unternehmen werden und die in ihr angelegten Kapitalien angemessen verzinst werden. Die Schnellbahn wird ferner während der mehrjährigen Bauperiode den Arbeitsmarkt beleben und Tausenden von Arbeitern und Angestellten Arbeit und Verdienst bringen. Der Bau muß daher in die gegenwärtige Periode der Arbeitslosigkeit gelegt werden. Sie sind daher entschlossen, sich mit allen Kräften für die baldige Inangriffnahme der Schnellbahn einzusetzen.“

Genossenschaftlicher Wiederaufbau. Von der zwar sehr langsam, aber doch spürbaren Aufwärtsentwicklung der deutschen Konsumvereine liefert ein Vergleich der Umsatzergebnisse von 45 größeren und mittleren Thüringer Konsumvereinen für das erste Vierteljahr 1924 und 1925 einen Beleg. Während nämlich die Mitgliederzahl infolge Säuberung der Listen von Konjunkturmitgliedern der Zwangsmittelzeit von 105 140 auf 104 052 zurückging, stieg der Umsatz von 7 678 863 M. auf 9 957 410 M. Nur zwei Vereine wiesen einen geringen Rückgang auf, bei den übrigen betrug die Zunahme 2,8 Proz. bis 216,4 Proz.

„Verschwendungsucht“ der Gemeinden.

Die gemeindefeindliche Haltung der Rechtsparteien und der Industrie ist bei den Beratungen über den Finanzausgleich im Steuerausgleich des Reichstags so stark in die Erscheinung getreten, daß die antikomunale Haltung dieser Kreise jetzt auch vom Deutschen Städte tag ganz offiziell gebrandmarkt wird. Die bei der Beratung der Steuerentwürfe teils angenommenen, teils in Aussicht gestellten Anträge der Rechtsparteien verraten eine so reaktionäre Einstellung gegenüber jeder selbständigen Arbeit in den Gemeinden, daß der Widerstand gegen diese Tendenzen selbst in bürgerlichen Kreisen wach wird. Das allgemeine Schlagwort, mit dem die von der Schwerindustrie beherrschte Presse die öffentliche Meinung gegen die Gemeinden mobil zu machen sucht, ist die These von der angeblichen „Verschwendungsucht“. Wenn irgendeine Großstadt für die Sicherung ihrer künftigen Wohnungspolitik Grundstücke ankauft, erhebt sich regelmäßig in der ganzen Börse- und Industriepresse ein ungeheures Geschrei. Jeder Spielplatz, den eine Gemeinde im Interesse der heranwachsenden Jugend anlegt, wird als „Luxus“ gebrandmarkt. Dieselben Kreise, die jahrelang die Inflation als das einzig wahre Heil hinstellten, die Hugo Stinnes als die Krone der Schöpfung anpriesen, versuchen jetzt alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den Gemeinden eine selbständige Entwicklung unmöglich zu machen.

Das Verfahren, das dabei angewandt wird, ist ein äußerst einfaches. Man wiederholt die Behauptung von der Verschwendungsucht der Gemeinden ununterbrochen, sorgt dafür, daß vollkommen aus dem Zusammenhang herausgerissene Einzelheiten in verzerrter Form durch die Spalten der Presse geschleift werden, und hat es auf diese Weise bei der starken Einflußmöglichkeit der Industrie leicht, die nicht bewiesene These als unumstößliche Weisheit hinzustellen. Das Verhalten der Regierungsparteien im Reichstag zeigt, wie sehr Deutschnationale und Deutsche Volkspartei sich nur als Bediente „der Wirtschaft“ fühlen und wie sie bereit sind, alles zu apportieren, was von ihnen verlangt wird. Jahrelang haben sie gegen die Erzberger'sche Steuerreform geschrien, jahrelang haben sie die Weimarer Verfassung eines doktrinareren Zentralismus bezichtigt, jetzt übertrumpfen sie Erzberger und Weimar. Jetzt überzentralisieren sie das deutsche Steuersystem, jetzt greifen sie rücksichtslos in die Befugnisse der Länder ein und versuchen, von Reichs wegen eine laufende Verwaltungskontrolle über die Gemeindefinanzverwaltung zu etablieren.

In bezeichnendem Widerspruch zu der Unverfrorenheit, mit der sich die industrielle Presse von Männern, die gänzlich außerhalb der kommunalen Verwaltung stehen, die über gar keine Kenntnisse auf diesem Gebiete verfügen, den blühendsten Linsen über die Wirtschaft in den Gemeinden zusammenschreiben läßt, steht die Qualität dieser Angriffe. Es ist bezeichnend, daß in einer Stadt wie Berlin, deren Stadtverordnetenversammlung in ihren Reihen maßgebende Abgeordnete des Reichstags und des Landtages aus allen Parteien zählt, keine einzige Rechtspartei auch nur die Möglichkeit gesehen hat, bei dem großen Milliardenetat dieser Riesengemeinde irgendwelche Abstriche zu machen. Selbst die Deutschnationalen haben sich nach einer sechs Wochen langen eingehenden Beratung gezwungen gesehen, auf die von ihnen früher verlangte Einstellung von Mitteln für die Aufwertung zu verzichten, weil nach ihrem eigenen Geständnis dieser Etat sich in den Ausgaben durchaus auf das Notwendigste beschränkte.

Trotzdem ist es zweifellos richtig, daß in Deutschland von der Wirtschaft zu hohe steuerliche Leistungen für Verwaltungszwecke erhoben werden. Die jetzt am Ruder befindlichen Parteien haben aber noch nicht den leisesten Versuch gemacht, dem hier vorliegenden und auf die Dauer sehr ernsthaften Problem wirklich auf den Leib zu rücken. Die Milderung des Steuerdrucks von der Ausgabe Seite her könnte nur dann erfolgen, wenn eine grundlegende Verwaltungsreform im Reich und in den Ländern an Haupt und Gliedern erfolgte. Der Deutsche Städte tag hat durch seinen Vorschlag einer Reichs-Städteordnung und der darin vorgesehenen zwangsweisen Einführung des Einkörpersystems zum erstenmal auf einen Punkt hingewiesen, durch den ungezählte Millionen erspart werden können. Man kann gespannt sein, wie die Rechtsparteien im Reichstage sich diesem Vorschlag, der eine organische und nicht willkürliche Ersparnis bedeuten würde, gegenüber verhalten werden. Wenn der ernsthafte Wille vorhanden wäre, da zu sparen, was gesparr werden kann, dann müßten sich die Rechtsparteien dazu aufschwingen, die in Weimar stehengebliebene Entwicklung zum Einheitsstaat als ihre Forderung zu erheben. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Befreiung der lächerlichen und kostspieligen Kleinrenterei eine ungeheure Entlastung des Steuerzahlers mit sich bringen würde. Dazu fehlt es aber den Rechtsparteien vollständig an Mut. Sie bringen es nur fertig, in stümperhafter Weise eine willkürliche Beschneidung der sozialen Aufgaben der Gemeinden vorzunehmen, wodurch gar nichts erspart, sondern nur die Verelendung der Massen gefördert wird. Sparsamkeit ist in Deutschland nicht dadurch zu erzielen, daß an den kulturellen Leistungen der Gemeinden herumgedokkelt wird, sondern allein dadurch, daß der Behördenaufbau übersichtlich und einfach gestaltet, die Vielheit der parlamentarisch regierten Länder beseitigt und eine Organisation der deutschen Verwaltung nach sachlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt wird.

Würden die Kreise „der Wirtschaft“ ihre Kritik an der Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Körperschaften nicht mit dilettantischen Redensarten bestreiten, die jeder Kenner bei all den vielen Einzelfällen mit Leichtigkeit widerlegen kann, sondern würden sie den Versuch zu einer wirklich politischen und schöpferischen Kritik machen, dann könnte aus dem an sich berechtigten Streben nach Milderung des Steuerdrucks eine durchaus erfreuliche Entwicklung sich ergeben. Solche Tendenzen sind aber bei den maßgebenden Kreisen nicht zu spüren. Die Rechtsparteien haben, seitdem sie am Ruder sind, auch nicht einen einzigen positiven zu verwerfenden Vorschlag einer solchen umfassenden Reform gemacht, trotzdem sie wissen könnten, daß sie dabei Unterstützung auch in anderen Parteien finden würden. Schon aus diesem Grunde kann man ohne Uebertreibung behaupten, daß diesem ganzen demagogischen Gezeter gegen angebliche Verschwendungsucht der Kommunen in erster Linie Abneigung gegen die sozialen und kulturellen Leistungen zugrunde liegt und daß diese Abneigung bei „der Wirtschaft“ gesteigert wird durch die Furcht vor dem starken und in Zukunft sicher noch stärker werdenden Einfluß der organisierten Arbeiterschaft in der Verwaltung der Großstädte und der Industriegemeinden.

Die Stadtbahn donnert . . .

Aus fahlen Flächen wächst die große Stadt aus Stein.
Schon türmen sich zyklisch graue Quadern.
Der Zug stürmt über Straßen, Brücken, Wasseradern
Und wühlt sich in die Weltstadt ein.
Wir fahren hin in laufendem Geborgensein.
Hoch um Berlin flammte letzter Abendschein.

Noch zittern leicht die lichtbeträuften Schienen,
Signale wachsen blumenhaft und fern,
Als stünde strahlend Stern an Stern
Hoch über allen, die der Arbeit dienen,
Als müsse Glanz um diese Sterne sein.
Die Stadtbahn donnert in den Bahnhof ein.

Begwischt der Zug die taumelhaften Lichter;
Mit letztem Rasestof ist nun die Stadt erreicht.
Im sanften Spiegel vieler Angesichter
Am Bahnsteig schönes Licht verlockt und weicht.
In vielen Augen zuckt ein großer Schein,
Als blühten Blumen auf in grauem Stein.

Des Abends Süßigkeit noch so viel Tätigsein
In den Fabriken, Hinterhöfen und Kontoren
Spült trunken über Stadt und Mensch wie Wein.
Die ersten Sterne werden neu geboren.
O du hoch über allem Jammer schöner Schein!
Die Stadt lacht auf und kann nicht traurig sein.

Max Barthel

Zaleuke Mordhorst, der wandernde Zyklop.

Von Alfred Brühl

Er schob die abgekehrte Fiedel unter sein schmutziges Leder-
wams und wachte mit der Hand über sein einziges Auge. Sie
hatten ihm nichts gegeben im Dorf, sondern waren neugierig und
lächelnd um ihn gestanden und hatten ohne Verständnis den alten
Piedern seiner Geige zugehört, wie kleine Kinder den Orgelpfeifen
lauschen und nicht verstehen können, woher die Töne kommen. Er
wußte es: die Fiedler waren häufig herzlos. Aber den Städten
flußte er! Er wollte freie Luft atmen und lieber hungern, als in den
frühen Mauern der Stadt den schwülen Geruch zerfahrener Frauen
erleiden.

Zaleuke Mordhorst, der einäugige Riese, war weit mit seiner
Geige gewandert! Er hatte im Mittelmeer gebadet und auf Italia
Pampelmusen gegessen; und er kannte die wilden Nächte der Do-
brutsch. Die russischen Steppen hatte sein Fuß durchquert, und an
sein Ohr hatte lange das Sprachgewirr der tausendfachen Stämme
geklingelt. So war er all geworden, sehr alt. Auf fünfundsünzig
schätzte ihn zwar, wer ihn sah. Aber schon siebenzig Jahre waren an
seinem Haupte vorübergezogen, obgleich kein graues Haar an Kopf
und Bart ihm glänzte. Keine Runzeln hatte ihm die Fausi des
Schicksals ins Gesicht zu werfen vermocht.

Zaleuke Mordhorst war wenigstens kein Geizhals. Das stand
fest. Denn am frühesten Morgen ließ er in die Einsamkeit und
schmürzte die dicken, weißen Strähnen ängstlich mit einer glänzen-
den Paste. Sehr langsam und deutlich war dieses, sein wichtiges
Tun. Es fiel nicht unangenehm auf, daß ihm das linke Auge fehlte;
im Gegenteil, es machte den Betrachter fesseln. Wo mochte er es
verloren haben? Richtig hatte er es erzählt. Vielleicht war es auch
das Opfer eines seiner zahllosen Liebesabenteuer geworden. Denn
Zaleuke war ein Jäger, ein jagdbundlerender, ein rechter Wildbidi,
wenn man das so nennen soll. Und die immer wieder aufgetriebene
Farbe seines Haars war hierbei von entscheidender Bedeutung. Er
mußte dem zarten Geschlecht gefallen. Denn es heißt: die knorrige
Fische erschauert, wenn die weiche Brust einer Taube ihr hartes Geiß
nur leise berührt. Er wußte, wo die Liebe wächst, und ließ durch ihre
zitternden Nächte. Und diese Leidenschaft hatte ihn über das ganze
Festland getrieben. — O! Er sah zwei Meter in der Länge, zu
welcher sein Körper die nötigen Verhältnisse aufwies. Sein Gesicht

Westarps Dolchstoß.



Zum Luther sagt der Stresemann:
„Einst hat man selbst gewählt,
Sind Tag für Tag vom Dolchstoß an,
Auf daß die Stimmen man gewann,
Und hat doch falsch gespielt!“

Graf Westarp sprach den großen Bann
Und hat auf uns gezielt.
Ich weiß nicht, wie ich weiter kann!
Jetzt nämlich hab' ich armer Mann
Den Dolchstoß auch gefühlt!“

war nicht gedunsen, aber auch eben nicht mager und wurde von
einem wilden Vollbart innig umschlossen. Dazu trug er ein langes
Haupthaar, das unter dem Hutrande sich kräufelte. Ueber das feh-
lende Auge hatte er eine der dicken, schwarzglänzenden Strähnen
gestrichen. Wie ein Folsunger schaute er aus, und sein Blick blühte
mitten hinein in jedes weibliche Herz!

Zaleuke Mordhorst, der wandernde Zyklop! Er hatte in der
Jugend ein berühmter Künstler werden wollen, doch ein steifer
Finger, einer gepertten Zahnschur grümmigen Bisses denkwürdige
Folge, ließ diesen Wunsch nicht reifen. So meisterte er sein In-
strument für weniger kunstgeübte Ohren und spielte sich mit seiner
Kantilene in aller Frauen Sehnsuchtsbrust. Er kannte die Leiden-
schaften aller Volkstämme Europas und wußte aller Rassen Reiz
hinlänglich zu schätzen. Alle Abstufungen der Hingabe wußte er mit
stiller Wort zu sagen, und feinfühlig war er geworden bis in den
leisesten Charakter der Rasse hinein.

Aber jetzt — plötzlich! — traf ihn dieses entgötterte Schicksal!
Weshalb nur war er durch diesen Landstreich gezogen, den er bisher
so streng gemieden hatte? Weshalb nur war er nach dem baltischen
Meer gekommen, wo er so wenig offene Herzen fand, wo die Menschen
alle heftig für die Existenz des eigenen Daseins kämpfen mußten,
daß sie für sein Spiel kein Ohr zeigten? Er konnte ja nicht viel;
und die alten, ach so alten Stücke verstand niemand mehr. Und die
Frauen waren mild und kühl zugleich; und seinen Fjennig mehr
beherbergte sein Beutel. Ihn plagte der Hunger, doch er war ihn
auch gewohnt. Aber die Liebe schwand für ihn dahin. Keine Frau
sah ihm an die Brust, und kein Mund war, der ihn berührt hätte!
Schlimme, stille Menschen — im targen Reiz ihrer schweren Land-
schaft!

So kam der erste Tag, an dem Zaleuke sein weißes Haupt nicht
mehr verbergen konnte. Schmutzgrau hingen ihm Bart und Haar
auf dem Körper herab. Er ging hinaus auf das Feld, fierte in seinen
runden Kaiserpiegel und weinte aus seinem Auge dicke Tränen.
Nun trachte für ihn die Welt in allen Fugen. Nun strömten seine

Seiden heißeren Gefühls hervor. Und der reine Horizont stand ihm
in Flammen! Zaleuke brachte keinen Groschen auf . . .
Es kam der zweite Tag. Und Zaleuke wusch sein Haar im sal-
zigen Meer, bis es weiß war. Er konnte sich fast selbst nicht wieder.
Die Bude des schlendenden Auges gähnte schmerzlich ins Nichts und
mußte jeden erschüttern und abstoßen, der ihn nur ansah. Aber auch
kein Erbarmen gab ihm Geld. Ueber Brot und Fisch reichte die
Teilnahme dieser Menschen nicht hinaus.

Einsam wandte er durch Felder und Wald. Was nützte ihm
die Sonnenuntergänge in Illa und der Bögel Lied auf schwanken
Zweigen! Er taumelte hin und weiter, und es war einen ganzen
Monat hindurch Abend und Morgen geworden, und finster war es
in Zaleukes Herzen. Und als es wieder einmal Morgen wurde,
konnte er dieses Los nicht mehr ertragen. Traurig schritt er an
einem Seeufer hin und suchte nach einer Stelle, die tief genug war.

Da tönte liebliches Blättern an sein Ohr. Verhohlen lugte er
durch das Gebüsch . . . Bestürzt aber zog er den Kopf zurück . . .
Rein! Rein!! — Ein altes Weibchen! Weiß Gott! — Er schloß das
Auge, und volle, warme Gestalten gingen an seiner Dunkelheit vor-
über. Von einem Elternteil bei Vollmondschein im Waldgrunde
träumte er . . . Aber was wollte er denn? — War er, Zaleuke
Mordhorst, nicht ein Scheusal anzusehen? Wer gab ihm das Recht
nach Leibern zu häßchen, die der Jugend waren? Weshalb wider-
strebte er dem gefälligen Gern von Gleich und Gleich? —
Ein Schrei!! — Die alte Dame sah sich entdedt —

Zaleuke Mordhorst schritt durch das friedliche Dorf.
Von ungefähr trat er in eine Kräuter- und Salbenhandlung
und rief schon auf der Türschwelle gestraft mit jugendlicher
Stimme: „Eine Paste, bitte! Eine Paste!“ Und dabei vollführte
er noch Bart und Haupt eine eindeutige Bewegung. „Nicht diese,
Herr! Eine andere, wenn ich bitten darf. Schwarz! Schwarz!!
Soooo! — Drei Mark fünfundsiebzig? Bitte fünf! Ja — fünf
solche!“
Und ließ silberne Münzen aus den Händen rollen . . .

Sind die Reichen glücklich?

Von Stephen Leacock.

Laßt mich dieser Abhandlung die Bemerkung vorausschicken,
daß ich sie, ohne angemessenes Material gesammelt zu haben —
wozu ich leider nie Gelegenheit hatte — niederschreibe: Denn reiche
Leute habe ich niemals kennen gelernt. Oft dachte ich, endlich ein-
mal wirklich Reiche gefunden zu haben, aber es stellte sich dann
heraus, daß ich mich wiederum getäuscht hatte. Sie waren absolut
nicht reich, sie waren ganz arm. Sie waren in arger Bedrängnis,
sie steckten in einer Geldklemme. Sie wußten nicht einmal, wo sie
10 000 Dollar hernehmen sollten. In all die Fälle, die ich studierte,
schlich sich derselbe Irrtum ein. Ich hatte mir eingebildet, aus der
Tasche, daß Leute fünfzehn Diensthuten hielten, schließen zu
können, daß sie reich wären. Ich hatte angenommen, daß eine
Frau, die in einer eleganten Limousine zur Stadt fuhr, um sich
einen Hut für 50 Dollar zu kaufen, in guten Verhältnissen lebe.
Aber ganz gar nicht. Bei näherer Prüfung zeigte es sich, daß
diese Leute absolut nicht reich sind. Sie sitzen in der Klemme. Sie
sagen es selbst. Im Druck sein, das ist das Wort, das sie gebrauchen.
Wenn ich eine schimmernde Gruppe von acht Leuten in einer
Opernloge sitzen sehe, weiß ich, daß alle im Druck sind. Die Tatsache,
daß sie im eigenen Auto nach Hause fahren, hat damit nichts zu
tun. Einer meiner Freunde, der 10 000 Dollar im Jahr hat, sieht
mit neulich leuchtend auseinander, daß es für ihn ganz unmöglich
ist, es mit den Reichen aufzunehmen. Mit diesem Einkommen
kann er es absolut nicht schaffen. Eine mir bekannte Familie, die
20 000 Dollar im Jahr hat, erklärte mir dasselbe. Sie können mit
den Reichen nicht Schritt halten. Sie versuchen es erst gar nicht.
Ein Mann, den ich sehr hoch schätze, verdient als Anwalt 50 000 Dollar
im Jahr. Er erzählt mir mit großem Freimuth, daß er mit den
Reichen nicht mithalten könne. Er sagte, es sei besser, der brutalen
Tatsache, arm zu sein, ins Auge zu sehen. Er könne mich nur zu einer
einfachen Mahlzeit, die er häusliches Abendessen nennt, einladen und
bitte mich, damit vorlieb zu nehmen. Drei Männer und zwei
Frauen sind nötig, um es zu servieren. Soweit ich mich erinnern
kann, bin ich nie Carnegie begegnet, aber wenn es der Fall gewesen
wäre, hätte er mir sicher mitgeteilt, daß es für ihn ganz unmöglich

sei, mit Rockefeller Schritt zu halten. Und ohne Zweifel hat Rocke-
feller die gleiche Ueberzeugung. Andererseits gibt es und muß es
irgendwo reiche Leute geben. Ich stoße überall auf ihre Spuren.
Der Aufsicher des Gebäudes, in dem ich beschäftigt bin, erzählt mir,
daß er einen reichen Better in England habe, der an der Südwest-
Eisenbahn ist und zehn Pfund die Woche bekommt. Er sagt, die
Eisenbahngesellschaft wüßte nicht, was sie ohne ihn anfangen sollte.
Ebenso hat die Frau, die in meinem Hause wohnt, einen reichen
Onkel. Er lebt in Winnipeg, im eigenen unverkündeten Hause und
hat zwei Töchter, die auf die höhere Mädchenschule gehen.

Aber dies sind lediglich Berichte vom Reichtum. Ich kann mich
nicht für sie verbürgen. Wenn ich von reichen Leuten spreche und
nachdenke, ob diese glücklich sind, kann ich selbstverständlich meine
Schlußfolgerung nur von Leuten ziehen, die ich kenne und sehe.
Mein Urteil ist, daß die Reichen grausame Versuchungen und bittere
Tragödien erleiden, von denen die Armen nichts ahnen. Die
Armen sitzen beglückt zu Hause, während der Sterling um zehn
Punkte täglich fällt. Regen sie sich darüber auf? Nicht ein bißchen.
Eine ungünstige Handelsbilanz überflutet die Nation wie eine
Sturmflut. Wer hat das auszubaden? Die Reichen. Ich kenne
einen Mann — er heißt Spugg — dessen privates Bankkonto
vorigen Monat mit zwanzigttausend Dollar überzogen war. Er er-
zählte mir das beim Abendessen im Klub, als Entschuldigung dafür,
daß er verstimmt sei. Er sagte, es wäre ihm ein ungemütliches
Gefühl, und er fände es von seiner Bank unfair, ihn darauf auf-
merksam zu machen. Er werde wohl seinem Bureau telephonieren
müssen, ein paar Papiere zu verkaufen, um das Konto auszu-
gleichen. Arme Leute brauchen nie dergleichen zu tun. Wir sind
zwar Fälle bekannt, wo vielleicht etwas Möbel verkauft worden sind,
aber man stelle sich vor, die guten Papiere aus dem eignen Schreib-
tisch. Darin steckt eine Bitternis, von der der arme Mann nichts
ahnen kann.

Mit demselben Herrn Spugg habe ich mich oft über das
Problem des Reichtums unterhalten. Er erzählt mir immer wieder,
daß das Geld, das er zusammengebracht hat, eine bloße Last für
ihn sei. Oft, wenn ich mit ihm bei einem Essen von neun Gängen
sitze, spricht er davon, wieviel lieber es ihm wäre, eine einfache
Portion Schweinefleisch mit Rüben zu verzehren. Ich habe es ver-
gessen, warum er es eigentlich nicht tut. Ich habe oft gesehen, wie
Spugg sein Glas mit Champagner oder sein Glas, nachdem er den
Champagner ausgetrunken hat, verächtlich von sich schiebt. Er denkt
an eine Quelle auf seines Vaters Farm zurück, wo er sich, auf allen
Bieren liegend, satt trank. Champagner, sagt er, kann niemals so

wie das schmecken. Ich habe ihm vorgeschlagen, sich im Klub noch
auf den Bauch zu legen und eine Untertasse voll Sodawasser aus-
zutrinken. Aber das will er nicht.

Spugg betrachtet, wie ich bereits mitgeteilt habe, seinen Reich-
tum als eine schwere Bürde. Ich habe ihn schon oft gefragt, warum
er sie nicht von sich abwägt, z. B. auf eine Universität. Denn trotz
allem, was Herr Carnegie und andere getan haben, gibt es noch
tausende und aber tausende alter Professoren von fünfundsiebzig und
sogar vierzig Jahren, die Tag für Tag vor sich hinarbeiten und
nichts dafür bekommen als ihr Gehalt und eine Verpflegung, die nur
bis zum fünfundsiebzigsten Lebensjahre reicht. Aber Herr Spugg
sagt, sie seien die Heiden der Nation und ihren Lohn fänden sie in
ihrer Arbeit.

Aber man darf das Schicksal der Reichen nicht in allzu düsteren
Farben malen. Es gibt auch bei ihnen Fälle reinen, unbeschwerter
Glücks. Ich habe beobachtet, daß dies besonders bei Reichen der
Fall ist, die das Glück haben, ruiniert zu sein. Es mag durch die
Börse geschehen sein, oder durch Banken, oder auf ein Duzend
anderer Arten und Weisen. Die geschäftliche Seite des Ruiniert-
werdens ist nicht schwer. Wenn die Reichen erst einmal ruiniert
sind, ist, soweit meine Beobachtung langt, alles in Ordnung. Sie
können sich dann, was sie nur wollen, leisten. Diese Wahrnehmung
wurde mir erst neulich wieder bestätigt. Ich ging mit einem Freunde
spazieren, als ein Auto mit einem eleganten jungen Mann vorbeif-
am, der sich vergnügt mit einer hübschen Dame unterhielt. Mein
Freund nahm seinen Hut ab und schwenkte ihn so aufmunternd,
als ob er Glück und Zuersticht hinüberwinken wollte. „Der arme
Kerl, der Edward Overjois“, sagte er, als das Auto nicht mehr zu
sehen war. „Was ist denn mit ihm los?“ „Hast du nicht davon
gehört? Er ist vollkommen ruiniert — man hat ihm nichts ge-
lassen — nicht einen Cent.“ „Ach Gott“, sagte ich, „das ist ja
schrecklich, da wird er wohl sein schönes Auto verkaufen müssen?“
Mein Freund schüttelte den Kopf. „Ach nein“, sagte er, „das will
er wohl nicht. Seine Frau hätte das nicht gern.“

Mein Freund hat recht. Die Overjois haben ihr Auto nicht
verkauft, noch ihre herrliche Sandsteinvilla. Ich glaube, sie hängen
zu sehr an ihr, um sie zu verkaufen. Ein paar Leute dachten, daß
sie ihre Opernloge ausgeben würden. Aber anscheinend auch das
nicht. Sie sind zu musikalisch, um es zu tun. Währenddessen ist es
eine allgemein bekannte Tatsache, daß die Overjois absolut ruiniert
sind. Sie besitzen tatsächlich nicht einen einzigen Cent mehr. Nach
meiner Information könnte man sich Overjois für zehn Dollar
kaufen. Aber ich sehe, daß er noch immer einen Scalpel trägt, der
wenigstens fünfshundert Dollar wert ist.

*) Im Verlag Williams & Co., Charlottenburg, Königs-
weg 33, ist soeben der erste Band „Humor und Humbug“ des
bekanntesten kanadischen Humoristen Stephen Leacock erschienen,
dem wir die obestehende Satire entnehmen.

